



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Studentische Vertretungsorganisationen und ihre Politik in der Zwischenkriegszeit

Verfasser

Marian Miehl

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt. Studienbuchblatt: A 312/300

Studienrichtung lt. Studienbuchblatt: Geschichte

Betreuerin: A. Univ.-Prof. Dr. Johanna Gehmacher

Meinen Eltern

Und allen, die mit in den letzten Jahren hilfreich
und in Freundschaft beigestanden sind

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Studentische Zusammenschlüsse im 19. Jahrhundert	15
2.1 Die Entstehung des Korporationswesens	15
2.2 Die Lager der deutschnationalen und katholischen Korporationen	20
3. Die erste Studierendenvertretung an der Universität Wien	27
3.1 Die letzten Jahre der österreichischen Monarchie	28
3.2 Eine veränderte Situation nach dem Krieg	32
3.3 Die Entstehung der Deutschen Studentenschaft	35
3.4 Die Streitfrage Studierendenrecht	41
3.5 Der Aufbau der Deutschen Studentenschaft in Österreich	48
3.5.1 Der Siegfriedskopf	53
3.6 Der Kampf um das Studierendenrecht im Dachverband Deutsche Studentenschaft	55
4. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB)	64
4.1 Der NSDStB in Deutschland	65
4.2 Der NSDStB in Österreich	75
5. Die Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft	80
5.1 Die Schaffung der Sachwalterschaft	81
5.2 Inhaltliche Eingriffe in die universitäre Ausbildung	85
5.3 Der Aufbau der Sachwalterschaft	95

6. Antisozialismus, Antisemitismus und Anschlußgedanke als allgemeines Gedankengut des österreichischen Verbindungswesens	100
6.1 Anschlußgedanke und deutsches Kulturbekenntnis als Teil der österreichischen Selbstsicht	101
6.2 Antisozialismus und Antimarxismus als Zeichen einer konservativen Werthaltung	109
6.3 Korporationen als Träger des studentischen Antisemitismus	115
7. Ausblicke	122
7.1 Die Universität Wien unter nationalsozialistischer Herrschaft	122
7.2 Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg	126
8. Schlussbetrachtung	129
Literaturverzeichnis	133
Ungedruckte Quellen	143
Internetquellen	144
Gesetzestexte	144
Wikipediaeinträge	145
Universitätsarchiv	147
Weitere Internetseiten	147

1. Einleitung

Die Themenfindung für die Abschlussarbeit meines Studiums gestaltete sich schwieriger als erwartet. Mehrere Konzepte standen am Beginn der Studienendphase; ein anderes Thema sollte ursprünglich dafür auserkoren werden. Nach mehreren Monaten stellte es sich allerdings, aufgrund der Unzugänglichkeit der Akten durch die 30jährige Sperrfrist, als unmöglich heraus, dieses auch zu einem entsprechenden Ende zu führen. Nach einem längeren Prozess, den mehrere Gespräche und Diskussionen mit meiner Betreuerin A. Univ.-Prof. Dr. Johanna Gehmacher und den KollegInnen im DiplomandInnen- und DissertantInnenseminar begleiteten, kristallisierte sich das endgültige Thema heraus. Meine eigene langjährige Mitarbeit in der Studienrichtungsvertretung (StRV) Geschichte und die kurzfristigen Abstecher auf die Fakultätsvertretung Geisteswissenschaften bzw. auf die Universitätsvertretung Wien stellten die Brücke dar, ein studierenden- bzw. universitätsnahes Themenfeld zu wählen.

Die Historie der StRV Geschichte, bzw. den ihr nahestehenden Basisgruppen wurde des öfteren über mündliche Erzählungen weiter gegeben, die sogar in einer Diplomarbeit mündeten¹; zu einer Auseinandersetzung mit der älteren Geschichte der Studierendenvertretungen kam es allerdings nicht.

Umso interessanter war es, sich mit den Vorläufern der heutigen Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) auseinander zu setzen, auch wenn in der Literatur eher bald Grenzen gesetzt werden. Eine Frage, die sich zu den studentischen Vertretungsorganen der Zwischenkriegszeit stellte, beschäftigt sich mit der inhaltlichen Ausrichtung dieser Einrichtungen sowie ihrer Akteurinnen und Akteure. Damit im Zusammenhang steht die Hauptthese der Arbeit, wonach die deutschnationalen und katholischen korporierten Studierenden lange vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus die Universitäten für dieses Gedankengut vorbereitet hatten.

Diese Fragestellung wird einerseits über die Organisationsgeschichten der beiden Studierendenvertretungen, andererseits über die drei inhaltlichen Punkte Antisozialismus, Anschlußgedanken und Antisemitismus untersucht. Für diese wird gezeigt, dass sie sowohl bei den deutschnationalen, als auch bei den katholischen Korporierten ideologisch

¹ Steiner, Olivia; Zur Entstehung der Basisgruppenliste Geisteswissenschaften an der Universität Wien. Eine qualitativ-empirisch gestützte Annäherung unter besonderer Berücksichtigung der Apperzeption von Basisdemokratie, Dipl., Wien 2005.

verankert waren und somit ihre Politik im Rahmen der Deutschen Studentenschaft beeinflussten. In diesem Zusammenhang soll untersucht werden, in welcher Weise diese Ideologien das Aufkommen des Nationalsozialismus an der Universität Wien begünstigten.

Die Thematik dieser Arbeit brachte aber auch einige Probleme mit sich. Zwar ist beispielsweise die Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Beginn des Austrofaschismus für die Universität Wien zum Teil recht gut aufgearbeitet, trotzdem ergeben sich gewisse Lücken, die auch in dieser Arbeit nur in Ansätzen gefüllt werden können. Besonders zu den im angesprochenen Zeitraum im, jüdische und sozialistische Studierende diskriminierenden sowie deutschnational ausgerichteten, Vertretungsorgan Deutsche Studentenschaft aktiven Studierenden ergeben sich mehrere Fragen. Die Deutsche Studentenschaft, die nach ihren ersten mittels eingeschränktem Wahlrecht durchgeführten Wahlen 1919 von Seiten der Universität Wien als Vertretung ihrer Studierenden angesehen wurde, wurde im Zeitraum ihrer Existenz nur von Mitgliedern der deutschnationalen und katholischen Korporationen² bzw. nationalsozialistisch gesinnten Studierenden besetzt. Allerdings ergibt schon die Formulierung 'deutschnationale und katholische Korporierte' mehrere Ungenauigkeiten. Denn das Korporationsleben war und ist sehr vielfältig, die Verbindungen können nicht als großes Ganzes, als eine homogene Gruppe betrachtet werden. Auch die Bezeichnungen 'deutschnational' bzw. 'katholisch'

² „Eine Korporation ist ein in seiner Mitgliedschaft präzise bestimmter Personenverband, der von geistlichen und/oder weltlichen Gewalten zugelassen wird, von ihnen privilegiert und auf bestimmte Verpflichtungen und sachthematische Zuständigkeiten festgelegt werden kann.“ (Stichweh, Rudolf; Soziologie des Vereins. Strukturbildung zwischen Lokalität und Globalität. In: Brix, Emil; Richter, Rudolf (Hg.); Organisierte Privatinteressen. Vereine in Österreich, Wien 2000, S. 19) Als Korporation oder Verbindung wird unter anderem auch eine studentische Organisation bezeichnet, die politischer, konfessioneller oder anderer Natur sein kann. Analog zu der Beschreibung von Rudolf Stichweh gibt es bei ihnen einen geregelten Ablauf der Mitgliedschaft (Voraussetzung dafür ist zu studieren, nur in Ausnahmefällen wird davon abgesehen) und einen entsprechenden Aufbau. Ebenso gibt es einen strengen Katalog von Rechten und Pflichten (Comment genannt), die einzuhalten sind. Im Normalfall gilt innerhalb dieses Zusammenschlusses unter allen Mitgliedern das ‚Du‘, also auch zwischen den neuen und den alten Mitgliedern. Eine Eigenheit von ihnen ist das ‚Lebensbundprinzip‘, sprich ein Mitglied ist bis zu seinem/ihren Tod Teil dieser Gemeinschaft. Lange Zeit waren Korporationen ausschließlich Männerbünde. Schon kurz nach der Zulassung von Frauen an den Universitäten gründeten diese ähnliche Zusammenschlüsse, die sich in allen Bereichen den männlichen Vorbildern anlehnen. In Deutschland sind die meisten Damenverbindungen konfessionslos, während in Österreich die katholischen Korporationen dominieren. Seit 1998 sind diese Korporationen auch von Seiten des Österreichischen Cartellverbandes (ÖCV) als vollwertig anerkannt worden. Mittlerweile gibt es in beiden Ländern auch gemischte Verbindungen. Zusätzlich sind Korporationen in Dachverbänden (auch Cartell genannt) organisiert und gehen untereinander Freundschaftsverhältnisse ein. Um an einer Universität aktiv werden zu können, muss ein Ansuchen an den Rektor gestellt werden, damit die Mitglieder in Farbe die Universität betreten kann. Jede farbentragende Korporation hat eine bestimmte Farbkombination, die sich auf verschiedenen Kleidungs- und Schmuckstücken ablesen lässt. Am bekanntesten und wichtigsten sind dabei das um den Oberkörper getragene Band und die Mütze. Der Begriff Korporation stellt dabei einen Überbegriff für die unterschiedlichen Arten von studentischen Zusammenschlüssen (so gibt es neben Burschenschaften auch Corps, Landsmannschaften, Turnerschaften oder Sängerschaften, um nur einige zu nennen), dar. Vgl. dazu: Lebensbund <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensbund>; Damenverbindung <http://de.wikipedia.org/wiki/Damenverbindung>; Dachverband <http://de.wikipedia.org/wiki/Dachverband>; Verhältnisvertrag <http://de.wikipedia.org/wiki/Cartell>; alle zuletzt abgerufen am 25. 06. 2008.

sind nur ungenau und beschreiben die nicht vielfältigen Ausrichtungen, die in diesen Zuschreibungen möglich sind. Sie tauchen aber, neben wenigen anderen, nur sehr selten verwendeten und noch ungenaueren Begriffen, als übergreifende und verallgemeinernde Beschreibungen in sämtlicher verwendeter Literatur auf. Daher werden diese Bezeichnungen auch in dieser Arbeit übernommen. Erschwerend kommen weitere in der Literatur verwendete Begriffe wie 'deutschfreiheitlich' oder 'deutschliberal' hinzu. Für diese findet sich keine inhaltliche Erklärung bzw. wird nicht angegeben welche Korporationen damit gemeint sind, geschweige denn, woher sie kommen oder von wem sie verwendet wurden. Daher haben diese Zuschreibungen auch nicht Eingang in diese Arbeit gefunden.

Ein weiteres Problem birgt die Ausrichtung der Vertretungsorganisationen der Zwischenkriegszeit in Österreich. Wie schon erwähnt, war die Deutsche Studentenschaft in Österreich eine diskriminierende Einrichtung, die bestimmte studentische Gruppen von einer Teilnahme ausschloss. Gleichzeitig waren die österreichischen Deutschen Studentenschaften in einen sich auf den deutschen Sprachraum ausdehnenden, und somit staatenübergreifenden, Dachverband organisiert. Dieser nannte sich ebenfalls Deutsche Studentenschaft³, womit sich ein weiteres Problem der Begrifflichkeit in der Literatur eröffnet. Denn durch die gleiche Bezeichnung kommt es in der Literatur mehrmals vor, dass nicht genauer zwischen diesen beiden unterschiedlichen Organisationen unterschieden wird. Daher sind Verwechslungen nicht ausgeschlossen. Die an den deutschen Universitäten eingerichteten Vertretungsorgane nannten sich Allgemeine Studentenausschüsse (AStA) und wurden ebenfalls in erster Linie von korporierten Studierenden gestellt. Der Dachverband stellte ein Konglomerat aus den AStAs Deutschlands und Danzigs und den Deutschen Studentenschaften Österreichs und des Sudetenlandes dar, die sich jährlich zu einem Studententag zusammenfanden. Die Mitglieder des Studententages und in weiterer Folge auch der Vorsitz setzten sich bis 1931, als der NSDStB die Führung des Dachverbandes an sich reißen konnte, aus korporierten Studierenden zusammen. Der Aufbau des Dachverbandes diente als Anlehnung für die einzelnen Studierendenvertretungen, sich an ihren Universitäten ebenso zu organisieren. Die ursprünglich demokratische Ausrichtung der DSt. wurde in erster Linie von den österreichischen StudierendenvertreterInnen desavouiert, denen es im Laufe der Zeit gelang, auch hier ihre diskriminierenden und rassistischen Ansichten zu verankern.

³ Um auch sprachlich zwischen dem Dachverband und der Deutschen Studentenschaft in Österreich zu unterscheiden, wird in Zukunft der Dachverband mit dem Kürzel DSt. bezeichnet.

Analog zu der Organisation in der Ersten Republik war die Studierendenvertretung im Austrofaschismus ebenfalls ein auf den Ausschluss nicht-systemkonformer Gruppen basierender Zusammenschluss. Offiziell wurden in diesen Jahren zwar alle Studierenden vertreten. Wahlen wurden in dieser Zeit allerdings weder angedacht, geschweige denn abgehalten und die Funktionäre vom Regime selbst eingesetzt.

Mit dem Fokus auf die akzeptierten Studierendenvertretungen fallen auf der anderen Seite alle organisierten und nichtorganisierten Studierenden, die nicht Teil davon sein wollten, bzw. durften, aus dem Blickwinkel. Außerdem wird damit impliziert, dass sie den inhaltlichen Ausrichtungen der Vertretungsorgane zugestimmt hätten. Ebenfalls wird aber auch der Wählerschaft eine uneingeschränkte Unterstützung der Inhalte der Deutschen Studentenschaft unterstellt. So blieb der Ende der 1920er Jahre gegründete Deutsche Studentenverband als Projekt einer ebenfalls staatenübergreifenden Gegenvertretung zur DSt., in dem sich die meisten oppositionellen Studierendengruppen sammelten, bis jetzt eine Fußnote in der Auseinandersetzung mit den Studierendenvertretungen der Zwischenkriegszeit.⁴ Dieses Problem wird vor allem in Bezug auf die Mitarbeit von Frauen in beiden Systemen virulent. Es sind sowohl die deutschnationalen als auch die katholischen Korporationen zu dieser Zeit reine Männerbünde. Allerdings gab es zu dieser Zeit auch schon die ersten Frauenverbindungen, die sich nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich stark an die männlichen Pendanten anlehnten. Daher kann nicht im Vorhinein ausgeschlossen werden, dass nicht auch Frauen Agenden in den Vertretungsorganen übernommen hatten. Auch wenn manchmal über diese Zeit zu lesen ist, dass Frauen nicht an den Wahlen zur Deutschen Studentenschaft teilnehmen durften⁵, war dem nicht so. Die im Studienjahr 1929/30 beschlossene Satzung der deutschen Studentenschaft legte auch die Wahlordnung fest, in der unter Punkt 7 zu lesen ist: „Wahlberechtigt ist jeder Studierende deutscher Abstammung und Muttersprache, der ohne Unterschied des Geschlechtes und der Staatsbürgerschaft an der Universität Wien voll

⁴ Vgl. dazu: Lichtenberger-Fenz, Brigitte; „... Deutscher Abstammung und Muttersprache“. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik, Wien, Salzburg 1990, S. 72 ff. In Hinkunft zitiert als: Lichtenberger-Fenz; „Deutscher Abstammung“; Gehler, Michael; Österreichische Studentenvereine und Korporationen. Ein Überblick von den Anfängen im 19. Jh. bis ins 20. Jh.: Entstehungsbedingungen – Zielsetzungen – Wirkungsgeschichte. In: Brandt, Harm-Hinrich; Stickler, Matthias (Hg.); „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (= Wagner, Ulrich (Hg.); Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg Bd. 8), Würzburg 1998, S. 183. In Hinkunft zitiert als: Gehler; Österreichische Studentenvereine.

⁵ Z. B.: „Sie [die Deutsche Studentenschaft, Anm. M. M.] schloss jüdische wie weibliche, aber auch sozialdemokratische, kommunistische und liberale Studierende von Mitgliedschaft und Vertretung aus.“ ORF ON Science – Uni Wien: „Siegfriedskopf“ wechselt Standort <http://science.orf.at/science/news/145111>; zuletzt abgerufen am 04. 07. 2008.

immatrikuliert ist, bis zur Vollendung seiner Studien“⁶. Da es im Vorfeld keine Entwicklungen gab, die eine solche Regelung eingefordert hätten, gibt es keinen Anlass zur Annahme, dass eine vorhergehende Satzung Frauen von den Wahlen ausschloss. Mit der Formulierung ‘deutscher Abstammung und Muttersprache’ ist auch das diskriminierende Element der Deutschen Studentenschaft in Wien angesprochen.

Die zuvor angeführte Vielfältigkeit des Korporationslebens erschwert es für jemanden, der – im Gegensatz zum größten Teil der AutorInnen – keiner derartigen Organisation angehört, einen umfassenden Überblick zu bekommen. Die Komplexität und das spezifische Vokabular erfordern einen größeren Zeit- und Rechercheaufwand bevor es gelingt, sich ein größeres Bild über das Korporationsleben machen zu können. Ebenso machen es die unterschiedlichen Korporationsbezeichnungen wie Turnerschaft, Burschenschaft oder Landsmannschaft⁷ (um nur einige zu nennen) nicht einfacher, Unterschiede zwischen den jeweiligen inhaltlichen Ausrichtungen zu erkennen.

Der Großteil der Literatur ist mit einem kritischen Blick zu betrachten. Bei Monographien aus der Zwischenkriegszeit ist relativ eindeutig nachvollziehbar, aus welcher Perspektive der oder die jeweilige AutorIn schreibt. Die Literatur aus der Nachkriegszeit über die Korporationen birgt das Problem in sich, dass sie meist von Personen verfasst wurde, die entweder aus den eigenen Reihen, oder zumindest aus dem Umfeld der Korporationen stammten.⁸ Das Problem der Unbefangenheit der AutorInnen ist somit ein ständiger Begleiter. Beschönigungen können somit nicht ausgeschlossen werden, bzw. birgt die inhaltliche Nähe des/der Schreibenden zum Thema eine gewisse Problematik. Da aber zum Thema studentische Verbindung kaum andere Literatur vorhanden ist⁹, besteht zusätzlich die Gefahr, sich während des Schreibens zu wenig von dieser zu distanzieren, womit das

⁶ Vgl.: Wahlordnung der Kammer der Deutschen Studentenschaft (D.St.) der Universität Wien. In: Satzungen der deutschen Studentenschaft der Universität Wien.

⁷ Einen Versuch die inhaltlichen Ausrichtungen und Merkmale mehrerer Korporationsformen zu beschreiben macht Gehler, wobei auch dieser bald an seine Grenzen stößt und der Heterogenität innerhalb einer Gruppe nicht Rechnung tragen kann. Vgl.: Gehler; Österreichische Studentenvereine, S. 193.

⁸ Ein Beispiel hierfür wären die ‚Beiträge zur österreichischen Studentengeschichte‘, die vom ‚Österreichischen Verein für Studentengeschichte‘ herausgegeben werden. Der von Korporierten gebildete Verein unter dem Vorsitz von Dr. Peter Krause, von dem ebenfalls einige Publikationen für die Erstellung dieser Arbeit verwendet wurden, hat unter anderem das Ziel der Aufarbeitung der korporierten Studentengeschichte. Vgl.: Österreichischer Verein für Studentengeschichte http://www.studentengeschichte.at/02_Studentengeschichte/studentengeschichte.htm, zuletzt abgerufen am 15. 08. 2008.

⁹ Eine Ausnahme bilden die in dieser Arbeit verwendeten Beiträge von Brigitte (Lichtenberger-)Fenz. Die Beiträge von Michael Gehler dürften ebenfalls in diese Kategorie fallen. Eine Mitgliedschaft in einer Korporation konnte ich, trotz mehrfacher gegenteiliger Hinweise, nicht feststellen.

fälschliche Bild entstehen kann, dass ich der gleichen Meinung wie der/die zitierten Autor/en und Autorin/nen sei.

Die Zeit des austrofaschistischen Regimes birgt ebenfalls ein Literaturproblem in sich, denn die Zahl der Monographien oder Sammelbänden zu den Studierenden in diesem Zeitraum und zu diesem Thema ist leider immer noch ein wenig dürftig.¹⁰ Sowohl zum Sachwalter der Österreichischen Hochschülerschaft, als auch zu den im Untergrund operierenden sozialistischen, nationalsozialistischen und anderen Gruppierungen findet sich nur ein spärlicher Bestand an Monographien. Zur Sachwalterschaft, ebenso wie zu den nationalsozialistischen Untergrundorganisationen nach 1933, finden sich in mehreren Monographien Hinweise; näher herausgearbeitet wurden diese aber in keinem Werk explizit. Im sozialdemokratischen Umkreis gab es eine gewisse Auseinandersetzung mit der Zwischenkriegszeit, wobei hier vor allem Wolfgang Speiser und Helge Zoitl zu nennen sind¹¹, die zusammen die studentische sozialistische Bewegung von der Monarchie bis 1938 behandeln.

Auch der österreichische Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) wurde bis jetzt noch kaum ausreichend aufgearbeitet. Während Anselm Faust¹² in seinem zweibändigen Werk die Geschichte des NSDStB in Deutschland rekonstruierte, fehlt ein entsprechendes Werk zum österreichischen Ableger, der zu Beginn der 1930er Jahre ein starkes Gewicht an den heimischen Universitäten hatte.

In dieser Arbeit stehen die studentischen Vertretungsorgane der Zwischenkriegszeit im Mittelpunkt. Daher werden im ersten Kapitel die Akteure der Organisationen vorgestellt. Es handelt sich dabei um die beiden großen Blöcke der deutschnationalen und katholischen Verbindungen, die ihre Ursprünge in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben. Ihre ideologische Ausrichtung ist ebenso Thema wie die ersten Konflikte zwischen diesen

¹⁰ Oftmals wird die Zeit des Austrofaschismus in den Arbeiten nicht berührt. Vgl. z. B.: Fenz, Brigitte; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft. Das Studentenrecht in Österreich 1918 – 1932, Diss. Wien 1977. In Hinkunft zitiert als: Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft; Zaunbauer, Wolfgang; Studenten und Politik an der Universität Wien 1918-34, Dipl., Wien 2004. In Hinkunft zitiert als: Zaunbauer; Studenten und Politik.

¹¹ Speiser, Wolfgang; Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938. (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 40), Wien 1986. In Hinkunft zitiert als: Speiser; sozialistische Studenten. Zoitl, Helge; „Student kommt von Studieren!“ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 62), Wien, Zürich 1992. In Hinkunft zitiert als: Zoitl; „Student kommt von Studieren!“.

¹² Faust, Anselm; Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Band 1 und Band 2, Düsseldorf 1973.

beiden Lagern, die nach einer kurzen Phase der versuchten Zusammenarbeit erneut ausbrechen.

Im zweiten Teil wird die erste Studierendenvertretung, die Deutsche Studentenschaft, beschrieben. Zu Beginn wird auf die Kriegsjahre, die bereits die spätere Politik der Deutschen Studentenschaft vorzeichnen, und die erste Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, in der sich durch die Auflösung der Monarchie wichtige Veränderungen ergeben, eingegangen. Danach wird die Entstehungsgeschichte und die inhaltliche Ausrichtung mit ihren diskriminierenden Ausschlussmechanismen, die sich in erster Linie über das Studierendenrecht festmachen lassen, behandelt. Des Weiteren wird der Aufbau der Deutschen Studentenschaft für die Klärung der Frage herangezogen, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sie sich für die Interessen der Studierenden einsetzte, bzw. in welchen Bereichen die ihr angehörenden Studierenden eine Unterstützung erhielten. Nachdem die Deutsche Studentenschaft in Wien auch im Dachverband aktiv war, wird auch auf diesen eingegangen, da sich hier die Vertreterinnen und Vertreter der österreichischen Studierenden ebenfalls exponierten. Zu überprüfen gilt, wie sehr die Agitation der österreichischen Studierenden im Dachverband Wirkung zeigte und ob die restlichen Mitglieder der Organisation für die Ideen empfänglich waren.

Der nächste Abschnitt behandelt den NSDStB in seiner Entstehung in Deutschland und seine dortigen Erfolge an den Universitäten. Dabei kommt dem Verhältnis zwischen dem NSDStB und dem Dachverband DSt., bzw. den sie stellenden Korporationen, ein besonderes Augenmerk zu, da sich hier die Politik des NSDStB sehr gut festmachen lässt. Für die österreichische Organisation gibt es bis dato noch keine Aufarbeitung. Zwar wird oftmals darauf hingewiesen, dass es in Österreich schon vor der Gründung der NSDAP nationalsozialistische Strömungen und Bewegungen gab¹³, doch meistens taucht der NSDStB ca. 1930¹⁴ an den österreichischen Hochschulen auf, ohne dass genauer darauf eingegangen wird, wie er entstand. Soweit dies die vorliegende Literatur zulässt, wird auf sein Wirken bis zum Verbot im Juni 1933 eingegangen.

Dem Verbot der nationalsozialistischen Organisationen folgte nur kurze Zeit später die Auflösung der Deutschen Studentenschaft. Sie wurde durch die austrofaschistische Einrichtung des Sachwalters der Österreichischen Hochschülerschaft abgelöst, womit sich

¹³ Vgl.: Pauley, Bruce F.; Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 38 f. In Hinkunft zitiert als: Pauley; Der Weg.

¹⁴ Einzig Zoitl schreibt von einem ab 1927 stärker werdenden NSDStB an der Universität Wien. Vgl.: Zoitl; „Student kommt von Studieren!“, S. 202.

der vierte Teil der Arbeit beschäftigt. Wie auch schon zuvor bei der Deutschen Studentenschaft wird in diesem Abschnitt die Entstehungsgeschichte, die ideologische Ausrichtung und die Verbote der anderen Studierendenorganisationen behandelt. Ebenfalls wird der Aufbau nachgezeichnet und es soll geklärt werden, ob die Einrichtung auch tatsächlich studentische Interessen vertrat, oder ausschließlich ideologisch aktiv war.

Anschließend wird auf die drei wichtigsten ideologischen Punkte eingegangen. Es soll dabei überprüft werden, ob es eine ideologische Verankerung unter den deutschnationalen und katholischen Studierenden, die über Jahrzehnte die bestimmenden studentischen Gruppierungen waren, gab und somit in weiterer Folge davon ausgegangen werden kann, dass sie damit den Boden für die nationalsozialistischen Erfolge zu Beginn der 1930er Jahre bereitet haben.

Das Ende dieser Arbeit bildet ein kurzer Ausblick auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sowie auf die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei wird die zuerst auf die Umgestaltung und Angleichung der österreichischen Universitäten an jene des Deutschen Reiches sowie die Kriegsjahre eingegangen, danach die Nachkriegszeit thematisiert. Dabei liegt das Augenmerk vor allem auf der Errichtung der Österreichischen Hochschülerschaft und der Frage der Entnazifizierung der Lehrenden und Studierenden.

2. Studentische Zusammenschlüsse im 19. Jahrhundert

In diesem Kapitel werden die Entstehungs- und Rahmenbedingungen für die beiden wichtigsten Akteure in den studentischen Vertretungsorganisationen der Zwischenkriegszeit, die deutschnationalen und katholischen Korporationen, beschrieben. Ebenso wird auf die unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen eingegangen, die von Beginn an die Gegnerschaft begründeten, die sich zum Teil noch bis heute erhalten hat, und lange Zeit gewalttätige Zusammenstöße provozierten. Dieses Kapitel stellt somit die Ausgangslage dar, welche die Geschehnisse der Zwischenkriegszeit erklärbarer machen.

2.1 Die Entstehung des Korporationswesens

Die Anfänge der Korporationen gehen zurück auf das Jahr 1815, als in Jena die Urburschenschaft¹⁵ gegründet wurde. Von dort aus griff diese neue Art von studentischer Gemeinschaft auf den gesamten deutschsprachigen Raum über. Die Studenten richteten sich dabei sowohl im Aufbau als auch in der inhaltlichen Ausrichtung nach den Ideen und Ideologien von Friedrich Ludwig Jahn¹⁶. Inhaltlich war die Urburschenschaft „national,

¹⁵ Die Ursprünge der Urburschenschaft lassen sich in den Napoleonischen Kriegen wiederfinden. Nach den Siegen des französischen Heeres bei Jena und Auerstädt im Jahre 1806 und der darauffolgenden Besetzung Preußens waren es nicht die Politiker, sondern „Dichter und Denker wie Johann Gottlieb Fichte, Ernst Moritz Arndt, Theodor Körner, Heinrich von Kleist und Friedrich Ludwig Jahn [die] die Deutschen zu vaterländischer Besinnung und Widerstand gegen den Unterdrücker“ (Obermüller, Heinrich; Verboten und verfolgt. Katholische Verbindungen an mittleren und höheren Schulen im deutschsprachigen Sprachraum. 1. Teil. Von den Anfängen bis 1918, Wien 1991, S. 35. In Hinkunft zitiert als: Obermüller; Verboten und verfolgt.) aufriefen und besonders bei den Studenten Gehör fanden. Die Bildung des Lützowschen Freicorps 1813 wurde von studentischer Seite begrüßt und viele traten diesem bei. In militärischer Hinsicht blieb das Freicorps zwar bedeutungslos, doch trafen die Studenten dort auf den ‚Turnvater‘ Jahn, der schon Jahre zuvor die Eckpfeiler und Statuten für eine burschenschaftliche Vereinigung festgelegt hatte und der diese Ideen nun unter den Studenten verbreitete. Jahns Ausgangspunkt war das Turnen (daher auch die Bezeichnung ‚Turnvater‘), das er mit deutschnationalistischen und antisemitischen Ansichten paarte, das die Grundlage bildete, auf der er die Jugend auf den Befreiungskampf gegen die Franzosen vorbereiten wollte. Nach Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen kehrten die Studenten wieder an die Hochschulen zurück, wo sie kurz danach die ersten Zusammenschlüsse auf Basis von Jahns Ideen und Ideologien gründeten. Aber erst am 12. Juni 1815 wurde eine solche Vereinigung zum ersten Mal als Burschenschaft (daher auch Urburschenschaft) bezeichnet. „Von den elf eigentlichen Gründern waren neun ehemalige Lützower.“ (Krause, Peter; Jena und die Urburschenschaft. In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 29.)

¹⁶ Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852), auch ‚Turnvater‘ genannt, gilt als der Begründer des modernen Turnens in Deutschland. Obwohl er keinen Schul- bzw. Studienabschluss hatte, kam er 1810 auf Anweisung des damaligen preußischen Kultusministers Wilhelm von Humboldt (1767-1835) an eine Berliner Schule.

also auf Überwindung der Kleinstaaterei, protestantisch-religiös, sittlich und demokratisch¹⁷ eingestellt.

Am 17. Oktober 1817 wurde das erste Burschenfest abgehalten, zu dem mehrere hundert Studenten von verschiedenen Universitäten (mit Ausnahme der katholischen Hochschulen wie z. B. Wien oder Freiburg¹⁸) eingeladen waren. Das Datum wurde bewusst gewählt, war es doch der „300. Jahrestag des Beginns der Reformation und des 3. Jahrestages des Sieges über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig“¹⁹. Austragungsort war die Wartburg bei Eisenach in Thüringen (daher auch Wartburgfest). Von den Organisatoren anscheinend ungeplanter Höhepunkt dieser Feier war, in Anlehnung an Luther, die Verbrennung mehrerer Werke von angeblich ‘undeutschen’ Autoren, denen im Anschluss „noch ein preußischer Gardisten-Schnürleib, ein hessischer Zopf und ein österreichischer Korporalsstock“²⁰ folgten. Die danach ausgearbeiteten ‘Grundsätze und Beschlüsse’, die

1811 wurde der erste Turnplatz in Berlin eröffnet. Danach beteiligte er sich an den Freiheitskämpfen im Lützowschen Freicorps. Er nahm am Wiener Kongress teil, bevor er 1819 aufgrund der ‚Turnerfehde‘ und dem staatlichen Vorgehen gegen die Burschenschaften selbst verhaftet wurde. Auch nach seiner Freilassung 1825 stand er weiter unter polizeilicher Aufsicht. Unter König Friedrich Wilhelm IV. wurde er 1840 wieder rehabilitiert. 1848 wurde er Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung. (vgl. Friedrich Ludwig Jahn http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Ludwig_Jahn; Friedrich Ludwig Jahn - ein kurzer Lebenslauf <http://www.fljahn-oberschule.cidsnet.de/zeitung/aus08/fljh.htm>; Friedrich-Ludwig-Jahn-Förderverein <http://www.jahn-museum.de/>; Porträt: Friedrich Ludwig Jahn <http://www.luise-berlin.de/BMS/bmstxt97/9701porb.htm>; alle zuletzt abgerufen am 01. 08. 2008.)

In Berlin entwickelte er den Turnunterricht, der aber nicht nur den Zweck der körperlichen Ertüchtigung hatte. Vielmehr kombinierte Jahn das Turnen mit dem ‚deutschen Volkstum‘ und seinen großdeutschen Ideen. „Die Leibesübungen sind ein Mittel zu einer vollkommenen Volksbildung“, was laut Jahn schon die Römer und Griechen erkannten. (Jahn, Friedrich Ludwig; Deutsches Volkstum, Berlin, Weimar 1991, S. 177.) Das Turnen war für ihn Bestandteil der ‚Volkserziehung‘ und die „wahre Volkserziehung muß die Vorarbeit für künftige Vaterlandsverteidiger ebensowohl übernehmen als andere Ausbildung“. (ebd. S. 175.) Seine Ansichten von der Größe des ‚deutschen Volkes‘ gehen Hand in Hand mit antisemitischen und frankophoben Einstellungen. (Vgl. dazu: Hacks, Peter; Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg, Berlin, Weimar 1991, S. 103; 118.) So waren beispielsweise Juden von Jahns Turnvereinen ausgeschlossen. Seine antifranzösische und antisemitische Einstellung wurde auch von Ernst Moritz Arndt geteilt. Vgl.: Schäfer, Gerhard; Die frühe Burschenschaftsbewegung. In: Heither, Dietrich; Gehler, Michael; Kurth, Alexandra; Schäfer, Gerhard; Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt am Main 1997, S. 35 f. In Hinkunft zitiert als: Schäfer; Burschenschaftsbewegung.

¹⁷ Obermüller; Verboten und verfolgt, S. 36.

¹⁸ Krause, Peter; Das Wartburgfest. In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 41. In Hinkunft zitiert als: Krause; Wartburgfest. Für Wien wurde von der Urburschenschaft konstatiert, dass hier ein „ordentliches Burschenschaftsleben‘ nicht möglich sei“. Vgl.: Gehler, Michael; Studentenverbindungen und Politik an Österreichs Universitäten. Ein historischer Überblick unter besonderer Berücksichtigung des akademischen Rechtsextremismus vom 19. Jahrhundert bis heute. In: Reinalter, Helmut; Petri, Franko; Kaufmann, Rüdiger (Hg.); Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, Innsbruck 1998, S. 340. In Hinkunft zitiert als: Gehler; Studentenverbindungen und Politik.

¹⁹ Obermüller; Verboten und verfolgt, S. 36.

²⁰ Bei der Verbrennung wurden nicht die Bücher, sondern stattdessen Makulaturbündel mit den verschiedenen Titeln dem Feuer übergeben. Betroffene Autoren waren u. a. August von Kotzebue und Saul Ascher, die im Anschluss an diese Feier nicht mit Kritik daran sparten. Vgl.: Krause; Wartburgfest, S. 41.

sehr weit gingen und sowohl politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, religiöse und soziale Forderungen beinhalteten, stellten im Zusammenhang mit den Verbrennungen „zweifelloso eine Kriegserklärung an die herrschende Macht im Staat und damit eine politische Demonstration“²¹ dar.

Die Reaktion der Machthaber auf die stattgefundene Provokation ließ nicht lange auf sich warten. Die Ermordung des Dichters August von Kotzebue durch den Burschenschaftler Karl Ludwig Sand 1819 wurde zum Anlass genommen, um gegen die sich ständig vermehrenden studentischen Zusammenschlüsse vorgehen zu können.

„Den Fürsten- und Königshäusern war das Attentat des Burschenschaftlers Sand, der in völliger Verkennung der tatsächlichen Zusammenhänge etwas Gutes für die deutsche Sache zu unternehmen glaubte, willkommenen Anlass, ihren schwindenden Einfluss zurückzugewinnen und das Ancien régime in Deutschland zu restaurieren, um es gegen revolutionäre Bestrebungen des erstarkten bürgerlichen Lagers zu sichern. Folge dieses unsinnigen Attentats waren nicht die erhoffte Aufbruchstimmung zu einer bürgerlichen Revolution und die Gründung einer vereinten deutschen Nation, sondern die Karlsbader Beschlüsse, die den Fortgang der bürgerlichen Emanzipation hemmten und etablierte Freiräume durch Ausweitung der Zensur und polizeistaatliche Maßnahmen wieder einschränkten, nicht zuletzt im Bereich der Kunst, besonders der Literatur und des Theaters.“²²

Infolge der Karlsbader Beschlüsse löste sich die Jenaer Burschenschaft noch im gleichen Jahr wieder auf, doch die Ideen blieben unter den Studenten weiter bestehen. So kam es in den folgenden Jahren zu weiteren Neugründungen von Burschenschaften im deutschen Raum, auch wenn sie offiziell nicht in Erscheinung traten und sich nur im Geheimen treffen konnten. Bis zur Revolution von 1848 gab es auf österreichischem Boden aufgrund der fehlenden organisatorischen Voraussetzungen keine entsprechende Entwicklung unter den Studenten.²³

²¹ ebd., S. 41.

²² August von Kotzebue <http://www.augustvonkotzebue.de/>; zuletzt abgerufen am 26. 06. 2008.

Die Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819 wurden vor allem vom österreichischen Staatskanzler Fürst Metternich vorangetrieben. Sie galten somit nicht nur, wie in dem Zitat suggeriert, für Deutschland sondern auch für Österreich. Die Karlsbader Beschlüsse richteten sich gegen alle Arten von studentischen Zusammenschlüssen, im besonderen aber gegen die Burschenschaften und galten nach mehrmaliger Verlängerung bis 1848. Vgl. auch: Obermüller; Verboten und verfolgt, S. 36 und 48; Krause, Peter; Die Karlsbader Beschlüsse. In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 46.

²³ Vgl.: Gehler, Michael; Die Geschichte der Studentenvereine in Österreich von den Anfängen bis ins 20.

Die bürgerliche Revolution von 1848, bei der sich die Studenten stark einbrachten, änderte nichts an den Zuständen. Vielmehr standen Studenten generell unter besonderer Beobachtung von staatlicher Seite und das Verbot der Burschenschaften wurde 1849 nochmals erneuert.²⁴ Somit konnten studentische Zusammenschlüsse wieder nur im Geheimen existieren. Um den Studenten auch keine Möglichkeiten zu bieten an das Jahr 1848 anzuschließen wurde noch 1865 die 500 Jahr Feier der Wiener Universität anstatt im März erst im August, also der vorlesungsfreien Zeit, abgehalten. Erst mit dem Vereinsgesetz von 1867 trat auch an den österreichischen Universitäten ein Wandel in dieser Haltung ein.²⁵

Für die österreichischen studentischen Verbindungen wurde noch davor das Jahr 1859 zum entscheidenden Wendepunkt, als sich von staatlicher Seite ein Entgegenkommen bemerkbar machte und die Restriktionen nachließen. Ausschlaggebend für das Ende der Reaktionszeit war der „unglückliche italienische Krieg von 1859 [...] [der] den Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems in Österreich“²⁶ brachte. Dieser bedingte weiters „ein Nachlassen des Polizeidrucks, eine neue Verfassung und eine liberale Regierung“²⁷. Ausdruck dieses Wandels waren die Schillerfeiern²⁸ anlässlich des 100. Geburtstages des Dichters, an denen sich erstmals auch wieder die Studenten vermehrt

Jahrhundert. In: Pelinka, Anton; Reinalter, Helmut (Hg.); Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938 (= Reinalter, Helmut (Hg.); Interdisziplinäre Forschungen Bd. 10), Innsbruck 2002, S. 59. In Hinkunft zitiert als: Gehler; Geschichte der Studentenvereine; Gehler; Studentenverbindungen und Politik, S. 340.

Allerdings schreibt Witzmann davon, dass sich „nach dem Mozartfest 1841/42 in Salzburg“ mehrere sogenannte ‚Vormärzburschenschaften‘ gründeten, die aber nach der Revolution wieder aufgelöst wurden. Vgl.: Witzmann, Erich; Der Anteil der waffenstudentischen Verbindungen an der völkischen und politischen Entwicklung 1918-1938, Diss., Wien 1940, S. 13. In Hinkunft zitiert als: Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen.

²⁴ Vgl. dazu die 2. Beilage zu RGBI 416/1849 ÖNB-ANNO+ /Reichsgesetzblatt 1849-1918 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000750>; zuletzt abgerufen am 22. 09. 2008. Der § 11 lautet: „Studentenverbindungen sind nicht gestattet.“

²⁵ Krause, Peter; Das Revolutionsjahr 1848. In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 55.

²⁶ Dvorak, Helge; 115 Jahre Burschenschaft in Österreich. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.); Die Vorträge der ersten österreichischen Studentenhistorikertagung (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Bd. 2), Wien 1975, S. 28. In Hinkunft zitiert als: Dvorak; 115 Jahre.

²⁷ Schillerfest <http://de.wikipedia.org/wiki/Schillerfeier>; zuletzt abgerufen am 28. 03. 2008.

²⁸ In Deutschland und Österreich fanden zum 100. Geburtstag Friedrich Schillers eine Woche dauernde Feiern statt, bei denen er „als der deutsche und Freiheitsdichter mit Begeisterung gefeiert wurde“. Den Wiener Studenten wurde dabei „trotz des Fortbestehens des Verbotes der Studentenverbindungen“ von der Polizei gestattet mit Mützen und Bändern den Festivitäten beizuwohnen. Durch die Haltung der Exekutive bestärkt, kam es noch während und unmittelbar nach den Festlichkeiten zu den ersten Gründungen von Studentenverbindungen. Vgl. dazu: Dvorak; 115 Jahre, S. 28.

einbringen konnten. Diese größeren Freiheiten der Studenten äußerten sich durch ein öffentliches Aufleben des Verbindungslebens und dem Entstehen neuer Korporationen trotz des weiterhin bestehenden Verbotes an den Universitäten. Die Neugründungen waren in erster Linie Zusammenschlüsse von Studenten, von denen „neben dem liberalen vor allem auch der großdeutsche Gedanke partikularistisch österreichischer bzw. antipreußischer Richtung gepflegt“²⁹ wurde. Dementsprechend war die Formulierung des deutschen Gedankens bis zum Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund 1866 auch kein Widerspruch zum herrschenden System. Erst danach, als es auch von offizieller Seite zu einer stärkeren Betonung des Österreichischen kam, „war der Gegensatz zwischen der deutschnationalen Bewegung und dem österreichischen Staatsgedanken gegeben“³⁰.

Relativ spät, nämlich 1864, wurde die erste katholische Verbindung in Österreich gegründet. Generell taten sich zu dieser Zeit die katholischen Studenten schwer, Zusammenschlüsse entstehen zu lassen.³¹ Daher spielten die konfessionellen

²⁹ Gall, Franz; *Alma Mater Rudolphina 1365-1965. Die Wiener Universität und ihre Studenten*, Wien 1965, S. 177. In Hinkunft zitiert als: Gall; *Alma Mater Rudolphina*.

³⁰ Molisch, Paul; *Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918*, Wien 1939, S. 67. In Hinkunft zitiert als: Molisch; *Politische Geschichte*.

³¹ Anders als in Österreich waren die meisten Studenten, Lehrer und Beamten in Deutschland Protestanten. Nachdem aber das konfessionelle in den Studentenverbindungen relativ rasch wieder an Bedeutung verlor, entstanden in den 1830er Jahren in Deutschland die ersten konfessionellen Zusammenschlüsse. Die katholischen Studenten griffen dies auf und in weiterer Folge entstanden mehrere katholische Verbindungen. Durch die gleiche Organisationsform wollten die katholischen Studenten klar machen, dass sie sich den anderen als gleich empfanden. In Deutschland wurde durch den in den 1870er Jahren stattgefundenen Kulturkampf die Feindseligkeiten den katholischen Korporationen gegenüber geschürt, die noch über Jahre anhielten. Evangelische und jüdische Verbindungen waren nicht von den Repressalien betroffen, sie richteten sich einzig und allein gegen katholische Einrichtungen.

Die österreichischen Universitäten waren hingegen immer katholisch und standen in einem engen Verhältnis zur Kirche. Dies änderte sich mit dem Auftreten des Liberalismus Mitte des 19. Jahrhunderts, dessen Anhängerschaft in erster Linie aus dem Großbürgertum und den Intellektuellen bestand. Der Kirche standen sie gleichgültig bis ablehnend gegenüber, sie forderten den Rückzug der Religion aus den öffentlichen Bereichen hin in das Private. Dies machte sich nicht nur in der Politik, sondern auch an den Hochschulen bemerkbar. Gerade die Universitäten wollten sich endlich aus der Umklammerung der Kirche befreien, da der Grundsatz galt, dass Religion und Wissenschaft unvereinbar seien. Die ‚Hörigkeit‘ der katholischen Studenten Rom gegenüber wurde mit dem Erstarken der deutschnationalen Bewegung ein weiterer Kritikpunkt, da ein ‚Deutscher‘ seine ‚Befehle‘ nicht aus dem ‚undeutschen‘ Rom entgegen nehmen sollte. Dieser Meinung hingen Teile der Lehrerschaft, vereinzelt bis zu den Rektoren, ebenso an. Die starke antikatholische Welle an den Universitäten wurde noch durch die Uneinigkeit der katholischen Kräfte gefördert. So gab es nicht nur weltanschauliche Hindernisse für katholische Zusammenschlüsse an den Universitäten, auch die eigenen Regelungen behinderten eine Ausdehnung und Verbreitung. Mit Beschluss von 1876 fiel die Beschränkung katholische Verbindungen nur an Universitäten zu gründen, wodurch nun auch konfessionelle Korporationen an den technischen Hochschulen entstehen konnten, mit der Gründung der Tierärztlichen Hochschule in Wien 1910 auch an dieser. Unmittelbar vor der Jahrhundertwende fiel auch die Beschränkung nur eine Verbindung pro Universität einzurichten. Vgl. Krause, Peter; *Die konfessionellen Verbindungen*. In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); *Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt*. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 79 f. In Hinkunft zitiert als: Krause; *Die konfessionellen Verbindungen*; Obermüller; *Verboten und verfolgt*, S. 53; 56; 58.

Gruppierungen an den Universitäten anfangs nur eine untergeordnete Rolle, da sie auch zahlenmäßig hinter den deutschnationalen zurückblieben. Eine Veränderung dieser Verhältnisse „fiel nicht nur zeitlich mit der stärkeren Ausbreitung der Christlichsozialen Partei zusammen“³². Obwohl die österreichische Bevölkerung zum Großteil katholisch war, spiegelte sich dies nicht an den Universitäten wider, wo im Gegenteil eher die Ablehnung des Religiösen praktiziert wurde. Einzig in Innsbruck konnten sich die katholischen Studierenden, und auch dies erst nach der Jahrhundertwende, durchsetzen. Diese Stellung gaben sie auch nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr ab. Aber in den anderen Universitätsstädten des heutigen Österreich herrschten durchwegs die deutschnationalen Anhänger in der Studentenschaft vor. Diese Vorherrschaft konnten die konfessionellen Gruppen zwar nicht durchbrechen, aber sie hielten dem deutschnationalen Druck stand und schafften es, kontinuierlich an Mitgliedern zu gewinnen.

2.2 Die Lager der deutschnationalen und katholischen Korporationen

Über die Jahrhunderte standen die österreichischen Universitäten in einer gewissen Abhängigkeit der Kirche gegenüber.³³ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang es der Universität, die Umklammerung der Kirche abzulegen, wobei diese weiterhin versuchte, den katholischen Charakter der Hochschulen aufrecht zu erhalten. Der Großteil der Studenten stand der konfessionellen Herrschaft über die Universitäten feindlich gegenüber. Seit der Gründung der ersten katholischen Korporation 1864 und den daraufhin folgenden späteren in anderen Universitätsstädten, kam es zu regelmäßigen Reibereien zwischen den beiden Lagern. Die katholischen Neugründungen wurden von nationaler

³² Molisch; Politische Geschichte, S. 145.

³³ Am 12. März 1365 wurde die Gründungsurkunde für die Universität Wien von Rudolf IV. und seinen beiden Brüdern Albrecht III. und Leopold III. unterzeichnet. Da Rudolf IV. der Aussteller der Urkunde war, wird er auch als Stifter der Hochschule angesehen, weshalb sie auch Alma Mater Rudolphina Vindobonensis genannt wird. Am 18. Juni 1365 wurde der Stiftbrief zwar von Papst Urban V. bestätigt, gleichzeitig untersagte er allerdings die Errichtung einer theologischen Fakultät. Diese war Voraussetzung dafür, dass die Universität Wien den Status einer Volluniversität erlangen konnte. Eine Volluniversität musste über die vier Fakultäten Theologie, Jurisprudenz, Medizin und Artes liberales, der Vorläuferin der Philosophischen Fakultät, verfügen. Knapp 20 Jahre später, mit dem Stiftbrief von Albrecht III. aus dem Jahre 1384, wurde dieser Status erreicht, als der Papst die Einrichtung einer theologischen Fakultät genehmigte. Vgl. dazu: <http://www.univie.ac.at/archiv/rg/1.htm>; <http://www.univie.ac.at/archiv/rg/2.htm>; zuletzt abgerufen am 28. 03. 2008; Mühlberger, Kurt; Maisel, Thomas; Rundgang durch die Geschichte der Universität Wien. Ausstellung im Rahmen der Präsentation der Universität Wien in Brünn vom 19. Oktober bis 12. November 1995, Wien 1995, S. 8 f. In Hinkunft zitiert als: Mühlberger; Maisel; Rundgang.

Seite immer mit Skepsis verfolgt bzw. sogar als Provokation angesehen. Ihre Ablehnung äußerte sich manchmal schon am Gründungstag mit handfesten Auseinandersetzungen.³⁴

Von katholischer Seite wurden die körperlichen Auseinandersetzungen mit einem geistigen Verfall an den Universitäten im Zusammenhang gesehen. Im Austrofaschismus klang die Beschreibung diese Zeit folgendermaßen:

„Die geistige Entwicklung seit den [18]60er Jahren hat Wiens Hochschule zu einer Kampfstätte gemacht, auf der die geistigen Strömungen, die heftiger als im übrigen Europa den Körper des alten Österreich durchzuckten, nicht bloß im Worte, sondern nur zu oft mit der Faust ausgetragen wurden. So war es der Kampf, den alldeutsche Waffenstudenten und Korporationen zunächst gegen den alten Liberalismus, dann gegen die katholischen Studenten und in der Folgezeit die deutschen Studenten miteinander gegen die nichtdeutschen ausfochten, der bis zum Kriege in der Aula dieser Hochschule tobte.“³⁵

Die Differenzen zwischen den deutschnationalen und katholischen Korporierten lagen in den unterschiedlichen Weltanschauungen begründet, ebenso wie am äußerlichen Erscheinungsbild. Letzteres sorgte deshalb für Erregung unter den deutschnationalen Studenten, da die Klerikalen bei feierlichen Anlässen im Wuchs – also in Farben und mit Waffe – auftraten, obwohl die katholischen Verbindungen nicht schlagend waren. Während sich die katholischen Verbindungen darauf beriefen, dass es sich dabei um ein Standesabzeichen handle, das jeder tragen dürfte, waren die Mitglieder schlagender Verbindungen der Meinung, dass nur diejenigen das Recht hätten einen Schläger³⁶ zu tragen, die diesen auch zu seinem Zweck einsetzten. Nur Korporierte die Messuren fochten, die bereit waren „ritterliche Genugtuung zu geben“, sollten auch bei akademischen Feiern mit der Waffe auftreten dürfen.³⁷

Die weltanschaulichen Differenzen begründeten sich damit, dass die katholischen Verbindungen den religiösen Gedanken als ihr Leitmotiv ansahen. Die meisten Studenten wollten eine Abnabelung der Universitäten von der Kirche, um der Wissenschaft auch die entsprechenden Rahmenbedingungen bieten zu können, da der Grundsatz galt, dass eine freie Wissenschaft unter dem Diktat religiöser Dogmen nicht existieren kann. 1872 wurde

³⁴ Vgl.: Obermüller, Verboten und verfolgt, S. 59.

³⁵ Deutsche Studentenschaft der Universität Wien (Hg.); Wiener Universitäts-Führer für das Studienjahr 1930/31, S. 13. In Hinkunft zitiert als: Deutsche Studentenschaft; Wiener Universitäts-Führer 1930/31.

³⁶ Als Schläger wird die Fechtwaffe bezeichnet.

³⁷ Vgl. dazu z. B.: Molisch; Politische Geschichte, S. 146. Gall; Alma Mater Rudolfina S. 185.

die Entkonfessionalisierung an der Universität Wien umgesetzt, wodurch die Stellung der theologischen Fakultät ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen wurde.³⁸ Von katholischer Seite wurde die Entchristlichung der Wissenschaft dem Liberalismus vorgehalten, dem der Großteil der nichtkonfessionellen studentischen Verbindungen anhing. Umgekehrt sahen diese die katholischen Korporationen als verlängerter Arm derjenigen Kreise an, die „die Hochschulen und die Wissenschaft dem kirchlichen Dogma unterzuordnen suchten“³⁹. Nicht verwunderlich ist daher, dass unter den Burschenschaften die 'Los-von-Rom'-Bewegung⁴⁰ immer populärer wurde.

Die unterschiedlichen Weltanschauungen traten aber auch noch in einem anderen Punkt zu Tage. Mit der Niederlage Österreichs im Krieg von 1866 änderte sich die Haltung der deutschnationalen Verbindungen. War bisher die Betonung des Deutschen und das gleichzeitige Bekenntnis zum österreichischen Herrscherhaus nie ein Gegensatz gewesen, es wurde im Gegenteil eine Einheit aller Deutschen unter österreichischer Führung gefordert, standen nun diese beiden Inhalte widersprüchlich zueinander und einer der beiden Punkte musste aufgegeben werden. Nachdem sich die 'deutsch' fühlenden Österreicher von diesem Bekenntnis nicht trennen konnten, musste die Entscheidung zuungunsten der Habsburgermonarchie ausfallen. Gefördert wurde dies unwissentlich von der Regierung selbst, indem sie versuchte die unterschiedlichen Nationen im österreichischen Vielvölkerstaat zu versöhnen und aus ihnen ein 'österreichisches Volk' zu

³⁸ Fischer, Marina; Strasser, Hermann; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten. Anhang: Teil C, Wien 1973, S. C/4 f. In Hinkunft zitiert als: Fischer; Strasser; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung, Teil C.

³⁹ Molisch; Politische Geschichte, S. 159.

⁴⁰ „Zum ersten Mal wurde der Ruf ‚Los-von-Rom‘ im Zuge der Revolution 1848 in Wien laut. Es ist eine Reaktion der Deutschkatholischen Bewegung auf den Reformkatholizismus, der seinerseits eine Reaktion auf die Religionspolitik des aufgeklärten Absolutismus (Josephinismus) ist.“ (Trauner, Karl Reinhart; Die Los-von-Rom= Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie, Diss., Wien 1997, S. 21.) In der meisten Literatur wird ihr Beginn aber erst mit Georg Ritter von Schönerer in Verbindung gebracht. Seine antikatholische Haltung fand auch Eingang in die 1879 gegründete Deutschnationale Partei bzw. die ebenfalls von ihm begründete Alldeutsche Bewegung. Der Antikatholizismus wurde dabei von einer antisemitischen und antihabsburgischen Haltung ergänzt. (Vgl. Krause; Die konfessionellen Verbindungen, S. 78 f.) Die Los-von-Rom-Bewegung förderte den Austritt aus der katholischen und einen Wechsel hin zur evangelischen oder altkatholischen Kirche. Gefördert wurde die Bewegung von den deutschnationalen Kräften in Österreich, die zumindest die deutschsprachigen Teile der Monarchie in einem Verbund mit Deutschland sehen wollten, und den Wunsch einer Angleichung auch auf die Konfession ausdehnten (Wie schon erwähnt waren in Deutschland viele wichtige Positionen mit Protestanten besetzt). Einen besonderen Aufschwung erfuhr die Bewegung 1897 mit der Sprachenverordnung von Ministerpräsident Badeni (sie sah die Gleichberechtigung der deutschen und tschechischen Sprache in Böhmen und Mähren vor), die sich der Zustimmung der katholischen Kreise erfreuen konnte. Für die deutschnationalen Kräfte war die Sprachenverordnung ein Eingriff in die deutsche Vormachtstellung im Land, an dem sich die katholische Kirche beteiligte. Ein Aufruf zum Kirchenaustritt und antikatholische Kundgebungen, die sich besonders stark an den Universitäten bemerkbar machten, waren die Folge. Vgl. Los-von-Rom-Bewegung <http://de.wikipedia.org/wiki/Los-von-Rom-Bewegung>; zuletzt abgerufen am 27. 06. 2008.

machen. Diese Vorgangsweise wurde in erster Linie von den Burschenschaften abgelehnt, die sich in weiterer Folge vom eigenen Kaisertum abwandten. In dieser veränderten Situation strebten die deutschnationalen Zusammenschlüsse ein Aufgehen Österreichs im deutschen Staatenbund an, feierten heimlich die Reichsgründung und standen dem österreichischen Herrscherhaus bzw. den offiziellen Stellen des Staates gleichgültig bis ablehnend gegenüber.⁴¹ Von katholischer Seite wurde diese Zeit folgendermaßen beschrieben:

„Der Schrei nach dem Anschluß an das Deutsche Reich, das Anhimmeln der deutschen Helden und Politiker sowie die Schmähungen des österreichischen Vaterlandes und der Habsburger waren geradezu zum täglichen Brot und zu der Lieblingsbeschäftigung der 60 Burschenschaften und der vielen ‘alldrutschen’ Verbindungen und Vereine geworden.“⁴²

Die katholischen Verbindungen hingegen befürworteten ein Österreichertum, welches im krassen Gegensatz zum Deutschnationalismus vieler Studenten stand, und bekannten sich zum österreichischen Herrscherhaus.⁴³ An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass es innerhalb der katholischen Studentenbewegung keine einheitliche Linie gab. Denn hier gab es ebenfalls großdeutsche Tendenzen, wenn auch mit anderen Ausformungen als bei den Deutschnationalen. Doch trotz aller Unterschiede der beiden Lager fanden sich auch schon damals in manchen Punkten, wie beispielsweise der Einschränkung des farblichen Auftretens von sogenannten ‘Nichtdeutschen’, Übereinstimmungen.⁴⁴

⁴¹ Molisch; Politische Geschichte, S. 85. Dvorak; 115 Jahre, S. 30 f.

Da der sehnlichste Wunsch der Verbindungen, ein Staat für alle Deutschen, nach 1866 bzw. 1871 nur für die deutschen Korporierten verwirklicht, für die österreichischen allerdings in weite Ferne gerückt war, flüchteten sich letztere in einen radikalen Deutschnationalismus. Dieser war sogar den deutschen Korporationen zu suspekt, was sich in der Ablehnung mehrere Ansuchen österreichischer Burschenschaften zur Aufnahme in Dachverbänden (z. B. den Allgemeinen Delegierten-Convent, ab 1902 in Deutsche Burschenschaft umbenannt oder dem Allgemeinen Deutschen Burschenbund) ausdrückte. Durch die ablehnende Haltung von deutscher Seite österreichische Korporationen in einem Dachverband aufzunehmen, kam es um die Jahrhundertwende zu den ersten Verbandsgründungen (z. B. 1890 den Linzer Delegierten-Convent, oder 1907 die Burschenschaft der Ostmark) auf österreichischem Boden. Vgl. dazu: Krause, Peter; „O alte Burschenherrlichkeit“. Die Studenten und ihr Brauchtum, Graz, Wien 1979, S. 107 f. In Hinkunft zitiert als Krause; Burschenherrlichkeit. Dvorak; 115 Jahre, S. 35.

⁴² Rehberger, Robert; CV und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur österreichischen und deutschen Studentengeschichte (= Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung der Studentengeschichte Bd. 2), Wien 1967, S. 5. In Hinkunft zitiert als: Rehberger; CV.

⁴³ Molisch; Politische Geschichte, S. 147.

⁴⁴ Vgl. z. B.: Deutsche Studentenschaft; Wiener Universitäts-Führer 1930/31, S. 13.

Auch unter den deutschnationalen Verbindungen existierten unterschiedliche Anschauungen zu diversen Punkten, sie agierten keineswegs homogen. Dies drückte sich beispielsweise im Konflikt zwischen den konservativen und den Progreß-Burschenschaften⁴⁵ aus.

Das Ausscheiden Österreichs aus der deutschen Staatengemeinschaft führte bei den studentischen Verbindungen zu einer aktiven Auseinandersetzung mit der Tagespolitik, die oftmals ihren ersten Widerhall an den Universitäten fand. In diesem Punkt gab es einen Unterschied zu den Korporationen in Deutschland, die sich als rein unpolitische Zusammenschlüsse verstanden. Ihr einziges Bekenntnis bestand in einer treuen Ergebenheit dem Herrscherhaus und dem Vaterland gegenüber. Umso schwerer traf die deutschen Korporationen nach dem Ersten Weltkrieg die Erkenntnis, dass diese Einstellung nunmehr zu einem politischen Bekenntnis mutierte und sie ob diesem angefeindet wurden. Um weiter als unpolitische Vereinigungen gelten zu können, „deklarierten [sie] ihre Betätigung als staatsbürgerliche Erziehung“⁴⁶, denn an den Universitäten blieb Parteipolitik verpönt. Den Parteien wurde vorgeworfen, dass sie nur ihre eigenen Interessen vertraten, nicht die nationalen. Allerdings konnte diese Einstellung den tatsächlichen Vorgängen an den Universitäten nicht mehr gerecht werden. Mancher Korporierte erkannte die Versäumnisse der Vergangenheit und den sich daraus ergebenden Nachteil für die Verbindungen, denn während die neuen, in erster Linie sozialistischen, Studierenden schon eine politische Schulung erfahren hatten, mussten die Korporationen diesbezüglich erst beginnen. Das Umdenken beschränkte sich rein auf das Notwendigste. So wurde das Bekenntnis zum Kaiser, das sich in den meisten Wahlsprüchen der

⁴⁵ Mit dem Neuerwachen des burschenschaftlichen Gedankens um die Schillerfeiern kam es sehr bald danach zu der Unterscheidung von konservativen und in der Literatur als progressistisch bezeichneten Verbindungen auf österreichischem Boden. (In Deutschland gab es diese Spaltung ebenfalls, doch fand diese Jahrzehnte früher statt. Inhaltlich gab es dabei Ähnlichkeiten, wobei die Forderungen der deutschen progressistischen Verbindungen weitreichender ausfielen.) Dabei bedeutet der konservative Standpunkt, dass die Mitglieder dieser Korporationen unbedingte Waffengenugtuung geben müssen. Die progressistischen Verbindungen lehnten Zweikämpfe ab. Die Unterscheidung und die Begrifflichkeiten finden aber nur bei den deutschnationalen Verbindungen Anwendung, die nichtschlagenden katholischen Verbindungen werden nicht so bezeichnet. Bis auf diese Frage standen sich die beiden Gruppen inhaltlich sehr nahe und arbeiteten zusammen. Immer wieder wurde erfolglos versucht die beiden Lager der Burschenschaften wieder zusammenzuführen. 1884 einigten sich die konservativen Burschenschaften zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Progreß-Burschenschaften, in deren Folge sich ein Teil der letzteren auflösten, während sich der andere wieder zu konservativen Verbindungen rückwandelte. Dies beendete die Spaltung unter den Burschenschaften. Vgl. dazu: Dvorak; 115 Jahre, S. 29; 31; 33 f.; Gehler; Geschichte der Studentenvereine, S. 60.

⁴⁶ Faust, Anselm; Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Band 1, Düsseldorf 1973, S. 137. In Hinkunft zitiert als: Faust; Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, Bd. 1.

Korporationen manifestierte, einfach ausgetauscht und das Wort durch Führer ersetzt, in dem sich die jahrzehntelange Autoritätsgläubigkeit widerspiegelte.⁴⁷

Anders gestaltete sich die Situation für die österreichischen Verbindungen. Das Abwenden vom eigenen Kaisertum und das Bekenntnis zum neuen Deutschen Staat waren bewusste politische Äußerungen. Der Wandel weg vom Liberalismus hin zu einer engsichtigeren deutschnationalen Linie bedingte eine intensivere Auseinandersetzung mit der Tagespolitik. Diverse Entscheidungen der Regierung wurden sofort als Angriff auf die 'deutsche' Vormachtstellung im Habsburgerstaat geortet und als ebensolche bekämpft. Die Reaktivierung der Tschechen im Reichsrat im Herbst 1879 und dem damit einhergehenden Verlust der Deutschen Mehrheit ebendort, „die Sprachenverordnung des Unterrichtsministeriums für Böhmen und Mähren von 1880, die Teilung der Prager Universität 1881 und die Gewährung von Sprachrechten an die Slowenen in Krain und Kärnten 'provozierten das völkische Bewußtsein der deutschen Studenten'. So entstand um die Wende der 1870er Jahre eine neue deutsch-völkische Bewegung an der Wiener Universität.“⁴⁸

Im ausgehenden 19. Jahrhundert prägten die Verbindungsstudenten, egal welcher Richtung, den studentischen Alltag an der Universität Wien. Obwohl diese Organisationsform eine neue Form eines studentischen Zusammenschlusses⁴⁹ in der

⁴⁷ Vgl. z. B.: Bleuel, Hans Peter; Klinnert, Ernst; Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologie – Programme - Aktionen 1918-1935, Gütersloh 1967, S. 59 f. In Hinkunft zitiert als: Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten.

⁴⁸ Gall; Alma Mater Rudolfina, S. 181.

⁴⁹ Nach Vorbild der ersten Universitäten in Paris und Bologna wurden die Studenten in akademischen Nationen organisiert. Jede neugegründete europäische Universität legte sich auf eines der beiden Beispiele fest, wobei im Norden eher das Pariser Grundmodell, im Süden jenes aus Bologna übernommen und darauf ein eigenes System aufgebaut wurde. Ebenso geschah es in Wien, wo Rudolf IV. eine Anlehnung an das Pariser Modell verfügte. „Die Studenten, aber auch alle anderen Supposita (Universitätsangehörige), waren in vier Akademischen Nationen gegliedert, deren gewählten Vorständen - meist selbst Graduierte – das Recht der Rektorswahl zukam.“ (Mühlberger; Maisel; Rundgang, S. 10.) Zu beachten ist hierbei, dass die Bezeichnung ‚Akademische Nation‘ nichts mit der heutigen Begrifflichkeit von ‚Nation‘ zu tun hat. Durch die Beschränkung auf vier Nationen ergab sich die Notwendigkeit Studenten unterschiedlicher Länder in einer ‚Nation‘ zusammenzufassen. Die Bezeichnung ergaben sich meistens durch die angrenzenden Nachbarländer in den vier Himmelsrichtungen. So subsumierte beispielsweise die Sächsische Nation der Universität Wien Personen der Britischen Inseln und aus dem skandinavischen Raum. Anfänglich konnten die Akademischen Nationen noch regen Anteil am universitären Leben nehmen, doch im Laufe der Zeit wurde ihre Stellung immer schwächer. Während sie am Anfang eine wesentliche Bedeutung für die Studenten hatten, ihnen Unterstützung und eine Art Heimatersatz waren, sowie diverse andere soziale Funktionen wahrnahmen, wurden sie auch in diesen Punkten immer entbehrlicher und im Laufe der Zeit durch andere Arten studentischer Zusammenschlüsse abgelöst. 1838 wurde das veraltete System erfolglos reformiert und bevor es mit der Universitätsreform von 1849 endgültig als obsolet aus dem Universitätsverband entfernt wurde. Vgl. dazu: <http://www.univie.ac.at/archiv/rg/1.htm>; <http://www.univie.ac.at/archiv/rg/2.htm>; <http://www.univie.ac.at/archiv/rg/4.htm>; alle abgerufen am 28. 03. 2008; Mühlberger; Maisel; Rundgang, S. 8 ff; 14. Steindl, Astrid; Die Akademischen Nationen an der Universität Wien. In: Mühlberger, Kurt; Maisel, Thomas (Hg.); Aspekte der Bildungs- und

Universitätsgeschichte darstellte, haben sich die Korporationen schnell behaupten können. Hilfreich war dabei vor allem für die konfessionslosen Verbindungen die inhaltlich ähnliche Ausrichtung und Zielsetzung wie sie bei den meisten Lehrenden vorherrschend waren. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es gerade die nichtreligiösen korporierten Studenten waren, die bei akademischen Feiern als Repräsentanten der Studentenschaft herangezogen wurden.⁵⁰ Hierbei äußert sich auch das von Stichweh festgestellte Wechselsystem von Privilegierung und Verpflichtung.⁵¹ Vom Rektor an der Universität zugelassen, stellte die Teilnahme an universitären Veranstaltungen ein Privileg dar, welches nicht jeder Studierende erhielt. Andererseits konnte der Rektor die Zulassung jederzeit wieder entziehen, wenn sich die Mitglieder der Korporation gröbere Verstöße erlaubten.

Die Korporationen bestimmten das studentische Leben nicht nur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sondern darüber hinaus bis in das Jahr 1933 bzw. 1938 hinein maßgeblich. Ebenso spielten die Korporationen nach dem Zweiten Weltkrieg an den österreichischen Universitäten bis zur Ära Kreisky noch eine wichtige Rolle.⁵²

Universitätsgeschichte. 16. bis 19. Jahrhundert (= Schriftenreihe des Universitätsarchivs Universität Wien, Bd. 7), Wien 1993, S. 14 f; 18 ff.

⁵⁰ Vgl. dazu: Gall; Alma Mater Rudolfina, S. 183 f.

⁵¹ Vgl. dazu das in Fußnote 2 verwendete Zitat von Rudolf Stichweh.

⁵² Vgl.: Gehler; Österreichische Studentenvereine, S. 193.

3. Die erste Studierendenvertretung an der Universität Wien

In diesem Kapitel geht es um die Einrichtung, die Inhalte und den Aufbau der ersten studentischen Vertretung an der Universität Wien, der Deutschen Studentenschaft Wien. Des weiteren wird der Punkt der Mitgliedschaft, bzw. der damit zusammenhängenden Ausschlussmechanismen abgehandelt.

In der Theorie war die Deutsche Studentenschaft eine Organisation, in der alle Studierenden an Wahlen teilnahmen, um ihre VertreterInnen zu bestimmen. Diese sollten in verschiedenen Angelegenheiten der Universität und zum Teil auch dem Staatsamt für Unterricht gegenüber, im Interesse aller Studierenden agieren.⁵³ Allerdings blieb es in der ersten Republik bei der Theorie. Bei den Wahlen kandidierten in erster Linie Angehörige der Korporationen um die zu vergebenden Mandate. Die Korporationen selbst waren keine Studierendenvertretungen, obwohl sie manche Funktionen, die auch die Deutsche Studentenschaft anbot, übernahmen. Eine Korporation war bzw. ist ausschließlich ein Mitgliederverband, in deren Vordergrund die Mitgliederinteressen standen und stehen. Daher galten sie auch nicht als offizielles Sprachrohr der Studierenden den universitären Gremien gegenüber. Somit war die Deutsche Studentenschaft das erste richtige Organ, das studentische Anliegen den offiziellen Stellen gegenüber vorbringen und verteidigen konnte.

Eine These ist, dass die inhaltliche Ausrichtung der Korporationen über die Jahrzehnte hinweg transportiert wurde und der Rahmen der Deutschen Studentenschaft eine offizielle Plattform dafür darstellte, um diese auch offiziell zu vertreten. Damit zusammenhängend wurden die neuen Möglichkeiten der Deutschen Studentenschaft in einer rein deutschnationalen Richtung ausgenutzt, die in erster Linie den Ausschluss der jüdischen Studierenden zum Ziel hatte. Eine weitere These ist, dass es unter der Lehrendenschaft eine entsprechende Akzeptanz dieser Anliegen der Deutschen Studentenschaft gab. Mit dieser Unterstützung versehen, konnten sich diametrale Ansichten bzw. andere Gruppierungen an der Universität Wien nicht durchsetzen.

⁵³ Die damaligen Möglichkeiten der studentischen Mitsprache gingen nicht so weit, wie sie schließlich in den UOGs 75 und 93 festgelegt wurden. Nachdem das UG 02 die studentische Mitbestimmung mehr oder weniger beendete (manche Kommissionen kommen nun mit einem/einer Studierenden aus, die Kurie der ProfessorInnen hat in der Regel knapp mehr als die Hälfte der Stimmen), wäre es interessant zu prüfen, ob die damaligen Möglichkeiten für die Studierenden weiter gingen.

Einen weiteren Aspekt dieses Kapitels stellt die staatenübergreifende Dachorganisation DSt. dar, in der die österreichischen VertreterInnen der Deutschen Studentenschaft ebenfalls mitwirkten. Hierbei ist eine These, dass es den österreichischen Korporierten gelang, ihre deutschnationalen und antisemitischen Ansichten in der Dachorganisation zu verankern. Daran anschließend formuliert sich die These, dass damit die Übernahme der Dachorganisation durch die Nationalsozialisten begünstigt wurde.

3.1 Die letzten Jahre der österreichischen Monarchie

Noch in den letzten Jahren der österreichischen Monarchie gab es an der Universität Wien die ersten Versuche, den Studierenden eine Plattform zur Artikulation ihrer Wünsche und Kritiken einzuräumen. Im Jahre 1896 scheiterte der erste Versuch am Widerstand der Korporationen. Kurzfristig gelang es zwar der 'Freien Vereinigung sozialistischer Studenten, sich mit deutschnationalen und liberalen Studenten zu verständigen. Nachdem diese sich aufgrund „des ‘internationalen Charakters ... dieses Versuches’ wieder zurückzogen“⁵⁴, war auch das gesamte Projekt zum Scheitern verurteilt. Bemerkenswert ist, dass dieser Versuch von der relativ neuen und daher auch kleinen Gruppe der sozialistischen Studenten ausging, während die etablierten Korporationen in diese Richtung bis dahin nicht aktiv geworden waren. 1909 wurde diese Idee nochmals aufgegriffen, diesmal scheiterten die Studierenden allerdings nicht an sich selbst als vielmehr an den akademischen Behörden.⁵⁵ Somit sollte es also noch ein Jahrzehnt dauern, bis eine studentische Vertretung an den Universitäten eingerichtet wurde. Schon während des Krieges wurden die ersten Schritte getan, die nach dem Kriegsende entscheidend an dieser Entwicklung beteiligt waren.

Wie in der restlichen Monarchie machte sich auch unter den Studierenden eine gewisse Begeisterung für den Krieg breit. Diese äußerte sich darin, dass sogar die deutschnationalen Korporationen für das Kaiserreich zu den Waffen griffen. Um der studentischen Begeisterung Rechnung zu tragen, wurde „eine ‘Akademische Anmelde- und Auskunftsstelle für freiwillige Kriegsdienstleistung’ im Hörsaal XVI der Universität Wien“ eingerichtet. In den knapp vier Monaten ihres Bestehens, im November 1914 wurde

⁵⁴ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 9.

⁵⁵ ebd., S. 9.

diese Stelle wieder aufgelöst, meldeten sich 1200 Freiwillige. Ursprünglich sollte, den historischen Beispielen folgend, eine eigene Akademische Legion eingerichtet werden. Allerdings gab es von militärischer Seite starke Bedenken gegen diese Idee, woran die Umsetzung schlussendlich scheiterte.⁵⁶

In den Kriegsjahren 1914 bis 1918 kam das universitäre Leben praktisch zum Erliegen. Ein hoher Prozentsatz der Studierenden befand sich im Kriegseinsatz. „Von je 2000 Wiener Studenten blieben nur etwa 70 daheim.“⁵⁷ Zudem wurde das Wiener Universitätsgebäude am Ring per Senatsbeschluss vom 11. August 1914 zu einem Lazarett umfunktioniert. Eine eigene Kommission wurde eingesetzt, um sowohl einen Spitalsbetrieb einzurichten als auch den normalen Vorlesungsbetrieb aufrecht zu erhalten. So wurde der Große Festsaal zu einem Speise-, der Kleine Festsaal zu einem Operationssaal umgebaut, während umliegende Hörsäle als Krankenzimmer verwendet wurden. Es wurden Unterkünfte für die Schwestern geschaffen und Badeabteilungen eingerichtet, wie z. B. im Vorraum des Institutes für österreichische Geschichtsforschung. Um die Umgestaltungen durchführen zu können, war die Universität auf Hilfe von außen angewiesen, die sich in Spenden aber auch freiwilligen Hilfsdiensten ausdrückte.⁵⁸

Die anfängliche Kriegsbegeisterung der Studierenden wirkte sich auch auf das Korporationsleben aus. Der Betrieb sollte auch während des Krieges aufrecht erhalten werden, doch mit Fortdauer des Krieges mussten ihn immer mehr Verbindungen einstellen. Manche konnten ihre Auflösung nur dadurch verhindern, indem Alte Herren⁵⁹ reaktiviert wurden. Deren Aufgabe bestand darin, mit den Mitgliedern im Feld und in der Heimat in Kontakt zu bleiben. Mit Fortdauer des Krieges waren es die Alten Herren, die eine ‘Bedrohung’ der österreichischen, oder ihrer Bezeichnung nach, ‘deutschen’ Universitäten ausmachten. Vor allem war die Reichshauptstadt Wien ein Ziel von vielen Kriegsflüchtlingen aus dem Osten. Außerdem wurden die Universitäten im Osten des

⁵⁶ Jagschitz, Gerhard; Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuss. Ein Beitrag zur geistig-politischen Situation der sogenannten „Kriegsgeneration“ des 1. Weltkrieges, Diss., Wien 1967, S. 88. In Hinkunft zitiert als: Jagschitz; Dollfuss.

⁵⁷ Gall; Alma Mater Rudolfina, S. 188.

⁵⁸ Wettstein Ritter von Westersheim, Richard; Rechenschaftsbericht über die Einrichtung eines Verwundetenspitales in der K. K. Universität. Erstattet im Namen der Spitalskommission des akademischen Senates und der Spitalsverwaltung, Wien 1914, S. 9; 14 f, bzw. <http://www.univie.ac.at/archiv/rg/18.htm>; zuletzt abgerufen am 28. 03. 2008.

⁵⁹ Als Alter Herr werden altgediente Mitglieder einer Korporation genannt. Mit der Beendigung des Studiums und dem Einstieg in das Berufsleben scheidet das Mitglied aus dem Aktivenverband aus und wird zu einem Alten Herren. Üblicherweise sind Alte Herren in einem eigenen Alt-Herren-Verband zusammengeschlossen.

Habsburgerreiches geschlossen, daher kamen Studierende aus diesen Gebieten nach Wien.⁶⁰ Die deutschnationalen Korporierten sahen die zugewanderten Menschen größtenteils als Feiglinge an, die das gemeinsame Vaterland nicht verteidigten. Nachdem aber ihrer Ansicht nach kein 'aufrechter' Deutscher darauf verzichten würde das Heimatland zu verteidigen, konnten die Flüchtlinge ihrer Diktion nach nur 'Fremdstämmige' sein. Auch wenn sich die als Deutsche fühlenden Österreicher oftmals von den anderen Nationen der Monarchie bedroht sahen, waren für sie die jüdischen Bevölkerungsteile die größten Feindbilder. Der Antisemitismus spielte gerade in den letzten Jahrzehnten des Kaisertums eine immer größere Rolle; auch die politischen Lager positionierten sich immer wieder durch eindeutige Aussagen. Aber nicht nur in der Politik, auch an den Universitäten, wurde der Antisemitismus immer bedeutender. Besonders die deutschnationalen und dabei vor allem die schlagenden Korporationen waren Exponenten eines zunehmend rassistisch argumentierten Antisemitismus.

Dieser kam wieder zum Tragen, als die verbliebenen Korporierten, nichtkatholische genauso wie katholische, eine drohende 'Überfremdung' der 'deutschen' Universität Wien durch Juden ausmachten. Aus dieser 'Notlage' heraus, der Anteil der 'deutschen' Studierenden an der Wiener Universität sank während des Krieges angeblich auf 8%, kam es zwischen den verbliebenen Mitgliedern der katholischen und deutschnationalen Verbindungen zu ersten Annäherungen, um gemeinsam gegen diese 'Überfremdung' anzukämpfen. Diese 'Bedrohung' an der Universität wurde auch noch Jahre später so empfunden.⁶¹ So schreibt Erich Witzmann in seiner im März 1940 zur Begutachtung vorgelegten Dissertation ganz im Sinne seiner Zeit:

„In der Folgezeit sollten die jüdischen Elemente einen stetig wachsenden Einfluß gewinnen, so daß es sogar am 7. und 10. Dezember 1917 zu jüdisch-pazifistisch-revolutionären Umtrieben in der Aula der Universität kommen konnte, die durch eine Verhöhnung des Rektors und die Forderung nach einem Friedensschluß um jeden Preis gekennzeichnet waren. Wenn nicht eine Handvoll mutiger Studentinnen des Verbandes Deutscher Hochschülerinnen dem entgegengetreten wäre, hätte es den Anschein gehabt, als ob es an der Universität überhaupt keine Deutsch-Arier mehr gäbe.“⁶²

⁶⁰ Witzmann; Anteil der waffenstudentischen, S. 21.

⁶¹ ebd., S. 21.

⁶² ebd., S. 22.

Interessant ist, dass den Studentinnen aus deutschnationaler Sicht eine wichtige und bedeutende Rolle zugestanden und diese auch positiv bewertet wurde. Denn nur wenige Zeilen zuvor wird die ansonsten ablehnende Haltung dem Frauenstudium gegenüber klar, als Erich Witzmann einen Satz von Kurt Knoll, einem Korporierten, der über seine maßgeblichen Aktivitäten in dieser Zeit ein Buch verfasst hat, zitiert:

„Am Schlusse des ersten Kriegsjahres war die Hörerzahl der Wiener Universität auf 4739 herabgesunken, von denen der Großteil, wenn nicht Frauen, so vorwiegend jüdische Volksangehörige umfaßte [...]“⁶³

Hier wird die negative Beurteilung des Frauenstudiums von deutschnationaler Seite eindeutig. Diese Sichtweise wird auch von den späteren Nationalsozialisten geteilt. Sie führten durch das am 25. April 1933 in Deutschland erlassene ‘Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen’ eine Zugangsbeschränkung an den Universitäten ein. Damit wurde die Anzahl der Erstsemestrigen auf 15.000 begrenzt. „Um einen sog. ‘Überandrang’ von Frauen zum Hochschulstudium einzubremsen, durften von diesen Studienanfängern nur 10% Frauen sein, was einem geschlechtsspezifischen Numerus Clausus gleichkam.“⁶⁴ Die Beschränkung der Frauen auf ein ‘klassisches’ Rollenbild konnte im Faschismus nicht aufrechterhalten werden. Der Mangel an männlichen Arbeitskräften machte den Einsatz von Frauen in ‘Männerberufen’ zwingend erforderlich. Weshalb im nationalsozialistischen Deutschland der Numerus clausus für Frauen schon 1936 wieder aufgehoben wurde.

Das nationalsozialistische Beispiel wurde vom austrofaschistischen System aufgegriffen. Der hohe Andrang an die österreichischen Universitäten stellte ein Problem dar, war doch der Masse der arbeitslosen Akademiker nicht beizukommen. „Diskutiert werden die verschiedensten Verfahren einer ‘verschärften Auslese’: die Fernhaltung von Frauen, ein allgemeiner Numerus Clausus, eine Verlängerung der Studienzeit, eine Erhöhung der

⁶³ Knoll, Kurt; Die Geschichte der studentischen Entwicklung an den Wiener Hochschulen, Wien 1923, S. 675 ff. Zitiert nach: Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen, S. 21.

⁶⁴ Kohler, Mathilde Anna; ‚Irgendwie windet man sich durch, mit großem Unbehagen’. Verpflichtende Dienste und Arbeitseinsätze der Studentinnen an der Universität Wien 1938-1945, Dipl., Wien 1991, S. 6 f. In Hinkunft zitiert als: Kohler; Verpflichtende Dienste.

Zum Frauenstudium an der Universität Wien vgl.: Heindl, Waltraud; Tichy, Marina (Hg.); „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“ Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (= Hamann, Günther; Mühlberger Kurt; Skacel, Franz (Hg.); Schriftenreihe des Universitätsarchivs Universität Wien Bd. 5), Wien ²1993.

Gebühren, die Einführung von Aufnahmeprüfungen und ein politisches Vorbereitungssemester.“⁶⁵

3.2 Eine veränderte Situation nach dem Krieg

Mit Ende des Krieges wurde versucht, das daniederliegende Korporationsleben wieder zu aktivieren. Dies gelang Großteils nur, indem die inaktiven Mitglieder reaktiviert wurden. Zu groß war die Zahl derjenigen, die noch an der Front standen, am oftmals beschwerlichen Heimweg oder in Kriegsgefangenschaft geraten waren. Andererseits gelang es den Verbindungen in dieser Phase rasch neue Mitglieder zu gewinnen. Die damalige Notlage in wirtschaftlicher wie in sozialer Hinsicht führte zu einem regen Zulauf diverser studentischer Gruppierungen bzw. zu mehreren Neugründungen. „Bis zu 70 Prozent aller Studenten im deutschen Sprachraum waren organisiert, etwa 50 Prozent waren Mitglieder von Korporationen.“⁶⁶

Das Kriegsende 1918 und die folgende Abdankung Kaiser Karls im November des gleichen Jahres kam für die Bevölkerung vielfach überraschend. Für die deutschnationalen Verbindungen war das Ende der Monarchie kein großer Verlust. Sie hatten ja schon seit Mitte der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr den Blick über die Grenze gerichtet und sich vom eigenen Kaisertum abgewandt. Während die Auflösung der Monarchie für viele Gruppierungen ein Umdenken vonnöten machte, konnten die

⁶⁵ Fischer, Marina; Strasser, Hermann; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten, Wien 1973, S. 162. In Hinkunft zitiert als: Fischer; Strasser; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung.

Griesebner meint, dass die beiden AutorInnen „schreiben, daß das austrofaschistische Regime einen 10%igen Numerus clausus für Frauen eingeführt habe. Dieser Fehler – zwischen 1934/35 und 1937/38 lag der Frauenanteil bei rund 19% - zieht sich durch alle Arbeiten, die sich mit ‚Frauenstudium‘ im weitesten Sinne, beschäftigen.“ (Griesebner; Politisches Feld Universität. Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990, Dipl., Wien 1990, S. 60 Fußnote 90. In Hinkunft zitiert als: Griesebner; Politisches Feld Universität.) Doch die Formulierung ‚Diskutiert wurden‘ impliziert keine tatsächliche Einführung eine Numerus clausus für Frauen an den österreichischen Universitäten. In diesem Sinne schreibt auch Kohler: „Im Grunde verfolgte auch die Frauenpolitik des Austrofaschismus (Vernachlässigung der Mädchenschulbildung, Aufwertung der Mutterrolle, Abwertung der Frauenerwerbstätigkeit, Beamtinnenzölibat) das gleiche Ziel wie die des Nationalsozialismus, doch wurden Gesetze und propagandistische Maßnahmen weniger effizient durchgeführt.“ (Kohler; Verpflichtende Dienste, S. 8.)

⁶⁶ Leitner, Erich; Politik und Hochschule. Der CV in der Steiermark 1918-1938, Wien 1978, S. 14. Gernot Stimmer geht für Österreich von einem Prozentsatz von ca. 75% aller (männlichen und weiblichen) Studierenden aus. Vgl.: Stimmer, Gernot; Studentische Gruppierungen und Nationalsozialismus. Im Spannungsfeld zwischen Begeisterung für und Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Krause, Peter; Fritz, Herbert (Hg.); Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (= Tradition und Zukunft Bd. 3), Wien 1997, S. 23 f.

deutschnationalen an ihren bestehenden Inhalten festhalten. Vielmehr artikulierte nun auch das offizielle Österreich, in Form der politischen Parteien, einen ihrer sehnlichsten und ältesten Wünsche: den Anschluß an Deutschland.⁶⁷

Anders hingegen gestaltete sich die Situation für die katholischen Verbindungen. Der Rückzug Kaiser Karls aus der Politik traf in erster Linie die christlichsozialen Einrichtungen, die sich dem Herrscherhaus verpflichtet fühlten und mit dem Ende der Monarchie gezwungen waren, einen Richtungswechsel vornehmen zu müssen. Dieser gestaltete sich allerdings keineswegs einheitlich. So sprach sich die christlichsoziale Arbeiterbewegung für eine österreichische Eigenstaatlichkeit aus. Dem gegenüber stand der Cartellverband (CV)⁶⁸, der bedeutendste Dachverband⁶⁹ katholischer

⁶⁷ Manifestiert wurde dieser Wunsch durch das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich (StGBI 5/1918), in dessen Artikel 2 festgehalten wurde: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Vgl. ÖNB-ANNO+ /Staatsgesetzblatt 1918-1920 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=sgb&datum=19180004&seite=00000004>; zuletzt abgerufen am 03. 08. 2008.

⁶⁸ Der CV existiert heute sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Es gibt heute keinen gemeinsamen Dachverband mehr, seit der Spaltung 1933 existiert in beiden Ländern ein eigenständiger, wobei ein freundschaftliches Verhältnis gepflegt wird.

In Deutschland wird die Gründung des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen mit 6. Dezember 1856 angegeben, als die ersten katholischen Verbindungen ein Freundschaftsverhältnis eingingen. Diesem Zusammenschluss trat auch die 1864 als erste katholische Verbindung Österreichs in Innsbruck gegründete ‚Austria‘ noch im Gründungsjahr bei. 1889 gab es den ersten Versuch einen katholischen Dachverband auf österreichischem Boden zu gründen. 1895 wurde dieser Versuch wieder beendet. Schon 1900 gab es den nächsten Versuch mehrere Verbände im ‚Cartellverband der deutschen österreichischen Studentenkorporationen‘ zu sammeln. Die beiden ersten katholischen Vereinigungen werden daher auch als 1. und 2. ÖCV bezeichnet. 1906 wurde auch dieser zweite Zusammenschluss wieder aufgelöst und die österreichischen Korporationen traten dem deutschen CV bei. „Damit waren alle zehn katholischen Studentenverbindungen in Österreich Mitglieder des gesamtdeutschen CV geworden.“ (Austria Wien (Hg.); 100 Jahre CV-Gedanke. 80 Jahre Austria Wien. Festschrift anlässlich der CVV 1956 in Wien, Wien 1956, S. 16.) Die Mitgliedschaft der österreichischen katholischen Verbindungen dauerte bis 1933 an. Die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft bei einer katholischen Verbindung und der NSDAP wurde am 4. August 1932 Grundsatz des CV. Nach Abschluss des Reichskonkordats wurde er von den deutschen Bischöfen wieder aufgehoben. Dies und der Ausschluss von Dollfuß und Heeresminister Vaugoin aus dem CV waren Anlass um aus dem länderübergreifenden Gesamtverband auszutreten. Sie gründeten daraufhin den ‚Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen‘. In Deutschland gaben CV, KV und RKDB (Ring katholisch deutscher Burschenschaften) zu Beginn des Jahres 1934 das Katholizitätsprinzip auf, um einer Auflösung entgegen zu wirken. Im November 1935 löste sich der deutsche CV endgültig auf. 1938 erlebte der österreichische CV das gleiche Schicksal.

Katholische Korporationen waren von je her nichtschlagend, die Entscheidung der Konzilskongregation von 1890, dass Mensuren unter das seit Jahrhunderten geltende Duellverbot fallen würden, bestärkte sie in dieser Haltung. Dies ergab vor allem für Reserveoffiziere Probleme, da sie als Angehörige des Militärs unbedingte Satisfaktion leisten mussten, da sie andernfalls unehrenhaft aus der Armee entlassen wurden. (Vgl.: Obermüller; Verboten und verfolgt, S. 54.)

⁶⁹ Andere katholische Dachverbände mit zum Teil auch anderer inhaltlicher Ausrichtung (wie die Katholisch-Österreichischen Landsmannschaften (KÖL), dem Unitas-Verband der wissenschaftlich-katholischen Studentenvereine (UV), oder dem Kartell-Verband der nichtfarbentragenden katholischen Studentenvereine (KV), auf den später noch eingegangen wird), konnten an den österreichischen Universitäten nie den Stellenwert erreichen, den der CV inne hatte und immer noch hat. Vgl. dazu: Gehler, Michael; Österreichische Studentenvereine, S. 179.

Studierendenverbindungen, der schon in der Monarchie eine enge Kooperation mit den deutschen Verbindungen gesucht und dementsprechend Kontakte geknüpft hatte, die nun einen „problemlose[n] Übergang zur Vertretung des Anschlußgedankens möglich“ machte. Die katholischen Studierenden sprachen sich aber gleichzeitig gegen einen Anschluß unter preußischer Führung aus. Dieser war für die katholischen Studierenden nur unter Bewahrung der österreichischen Kultur vorstellbar.⁷⁰ Diese Haltung änderte sich erst im Laufe der Zeit. Gerade das Erstarken des Nationalsozialismus bestärkte die österreichischen CV-Verbindungen in ihrer Abkehr vom Anschlußgedanken.

Im November 1918 wurde der Katholisch-Deutsche Hochschulausschuss (KDHA) gegründet, der im Juni 1920 in Katholisch-Deutscher Akademikerausschuss (KDAA) umbenannt wurde.⁷¹ In den ersten beiden Jahren wurden in erster Linie Sprechabende abgehalten, aus denen sich 1920 mehrere Abteilungen (es waren dies Hochschulpolitik, Pflege der Weltanschauung, Fürsorge, Presse und Organisation) bildeten.⁷² Die inhaltlichen Schwerpunkte in den ersten Nachkriegsjahren „waren die Sammlung und Wiedererrichtung der katholischen Studentenkorporationen, die Folgen der Gleichberechtigung, [...], die Sicherung des deutschen Charakters der Universitäten (was die Einschränkung der jüdischen Hörerzahl bedeutete), die Frage der Staatsbürgerschaft und die Wahrung der vermeintlich eingeschränkten Hochschulautonomie“.⁷³ Während sich die ersten beiden Punkte mit den internen Problemen beschäftigen, sind die drei letzten schon ein Ausdruck der zukünftigen Politik der katholischen Studierenden. Klarerweise musste zuerst die eigene Organisation konsolidiert, die im Hochschulausschuss beteiligten Korporationen vor einer Auflösung bewahrt werden, um einerseits die erfolgte Gleichstellung an den Universitäten ausnutzen und behaupten zu können und andererseits aktiv in die Gestaltung der Hochschulen eingreifen zu können. Bei letzterem ging es nicht darum, den Kampf gegen den Liberalismus und für den katholischen Glauben aus den letzten Jahrzehnten der Monarchie wieder aufleben zu lassen. Im Gegenteil kam es zu einer Solidarisierung mit den deutschnationalen Korporierten und der Bereitschaft einen gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen ‘Feind’, den jüdischen Studierenden, zu

⁷⁰ Jagschitz; Dollfuss, S. 130 ff, Zitat S. 133.

⁷¹ Die KDHA bzw. KDAA war die wahlwerbende Gruppe, bzw. Fraktion bei den Wahlen zur Deutschen Studentenschaft. Das deutschnationale Pendant stellte anfänglich der Deutsche Hochschulausschuss dar, bevor sich die Verbände im Deutschen Burschenbund zusammenschlossen. Vgl.: Zoitl; „Student kommt von Studieren!“, S. 145 f.

⁷² Jagschitz; Dollfuss, S. 155 f.

⁷³ ebd., S. 156.

führen. Befanden sich die katholischen Korporierten um die Jahrhundertwende in der Situation sich gegen Anfeindungen verteidigen zu müssen, wechselten sie nach dem Krieg die Seiten weg von den ‘Unterdrückten’ hin zu den ‘Unterdrückern’.

Der Hochschul- oder Akademikerausschuss sollte als Standesvertretung fungieren und war damit quasi der universitäre Dachverband bzw. die Partei der gesamten katholischen Akademikerschaft, einschließlich der Studierenden.⁷⁴ Er erhob weiters die Forderung nach einer Hochschulreform, die den Studierenden neben der Selbstverwaltung ein Mitspracherecht bringen sollte. Vom Aufbau her umfasste der Ausschuss alle katholischen Studierendenorganisationen und stand auch in einem Naheverhältnis zur christlichsozialen Partei. An diese wandte sich der Ausschuss auch mit der Forderung nach Unterstützung bei den Punkten der Anerkennung einer studentischen Selbstverwaltung und der Einschränkung der jüdischen Studierenden und des jüdischen Einflusses. Obwohl von Seiten der Partei ein Vorgehen im Einvernehmen mit den Wünschen des Hochschul- bzw. Akademikerausschusses signalisiert wurde, dürfte sich dieses auf die Zusage beschränkt haben. Obendrein kam es zu keiner engeren Bindung der beiden Organisationen.⁷⁵

3.3 Die Entstehung der Deutschen Studentenschaft

Schon während des Krieges wurde von den verbliebenen deutschnationalen Korporierten eine angebliche Zunahme jüdischer Studierender ausgemacht. Diese Bedrohung einmal wahrgenommen, war es für die deutschnationalen Studierenden quasi ‘oberste Pflicht’ sich dagegen zu wehren. Um ihre Kräfte zu bündeln, wurde 1916 der ‘Deutsch-akademische Hilfsbund’ gegründet. Anscheinend konnte sich diese Organisation keines regen Zulaufes erfreuen, da schon kurz nach der Gründung versucht wurde, gegen Widerstände aus den eigenen Reihen, die katholischen Studierenden an Bord zu holen.⁷⁶ Diese Versuche während des Krieges einen Schulterschluss zwischen den deutschnationalen und katholischen Verbindungen zu erwirken, blieben zuerst noch ohne Erfolg. Erst als sich die katholischen Verbindungen Mitte Juli 1918 an einem Bummel⁷⁷ der Nationalen beteiligten,

⁷⁴ ebd., S. 156.

⁷⁵ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 100 f; Jagschitz; Dollfuss, S. 153; 155.

⁷⁶ Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen, S. 21.

⁷⁷ Als Bummel wird der Aufzug der Korporationen bezeichnet. „Früher zu bestimmter Zeit und an bestimmten Orten (oft Universität) regelmäßig üblicher gemeinsamer Spaziergang der Studenten in Coleur, wobei strenge Regeln für die Sammelplätze der einzelnen Verbindungen und deren Reihenfolge bestanden.“

wurde von letzteren wohlwollend bemerkt, dass „bei den ‘Katholen’ das Zugehörigkeitsgefühl zur großen Gemeinschaft der deutschen Studierenden erwacht war“⁷⁸.

Dieses damit ausgedrückte Zusammengehörigkeitsgefühl, entstanden aus den gemeinsamen Kriegserlebnissen und -erfahrungen, sollte nun auch auf die Universitäten übertragen werden. Der Erste Weltkrieg schaffte es, die Differenzen und Vorurteile der beiden verfeindeten Lager aus dem Weg zu räumen. Die gleich erlebte Notsituation nach dem Krieg und die von beiden Seiten wahrgenommene Gefahr der ‘Überfremdung’ der ‘deutschen’ Universitäten waren die Anknüpfungspunkte, welche die beiden Lager zusammenführte. Dazu sahen sie sich „einem latenten, durch marxistische Unruhen hervorgerufenen Bedrohungsgefühl“⁷⁹ ausgesetzt. Diesen Punkten sollte entgegengewirkt werden, weshalb das Projekt einer Standesvertretung wieder aufgegriffen wurde. Während bei den ersten Versuchen, denen kein langer Bestand beschieden war, noch andere Gruppen wie die sozialdemokratischen Studierenden herangezogen wurden, waren die jüdischen Studierenden immer von einer Mitarbeit ausgenommen.

Rückblickend beurteilte die Deutsche Studentenschaft diese Zeit folgendermaßen:

„Der Krieg einte die feindlichen Brüder und die im Feld zusammengestanden waren, gründeten 1919 die neue Deutsche Studentenschaft; denn nicht mehr die Slawen, sondern die zahlreichen während des Krieges nach Wien geflüchteten Ostjuden, denen die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit von Wien nach dem Umsturz in freigebigster Weise das Bürgerrecht verlieh, machten hier nunmehr jedem deutschen Studenten den Platz streitig. So hatte diese Studentenschaft in einer besonders dem Norddeutschen ganz fremden und nicht definierbaren, nur erlebbaren Weise ihren antisemitischen Charakter bekommen.“⁸⁰

Bevor die Deutsche Studentenschaft gegründet wurde, gab es unmittelbar nach dem Kriegsende Versuche einer Organisationsgründung auf breiter Basis. So umfasste der erste

Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); *Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt*. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, Glossar S. 443 f.

⁷⁸ Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen, S. 22.

⁷⁹ Gehler, Michael; *Korporationsstudenten und Nationalsozialismus in Österreich. Eine quantifizierende Untersuchung am Beispiel der Universität Innsbruck 1918-1938*. In: Heither, Dietrich; Gehler, Michael; Kurth, Alexandra; Schäfer, Gerhard; *Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften*, Frankfurt am Main 1997, S. 138 f. In Hinkunft zitiert als: Gehler; *Korporationsstudenten*.

⁸⁰ Deutsche Studentenschaft; *Wiener Universitäts-Führer 1930/31*, S. 13 f.

Zusammenschluss von Studierenden, der 'interfraktionelle Hochschulausschuss', auch Gruppierungen wie die sozialistischen und liberalen Studierenden. Doch dieser 'interfraktionelle Hochschulausschuss', dessen dringlichste Aufgabe darin bestand, die „Ruhe und Ordnung an den Hochschulen aufrechtzuerhalten“⁸¹ und der später an den Bahnhöfen von den rückkehrenden Soldaten die Waffen einsammelten, scheiterte schon nach einem knappen Monat, trotz der Unterstützung von universitärer Seite.

Die sozialistischen Studierenden waren im nächsten Konglomerat, der 'deutschbürgerlichen Studentenschaft', nicht mehr vertreten. Diese konnte sich sogar auf sieben Punkte einigen, die dem Rektor überreicht wurden. Zentral war dabei der Wunsch, den deutschen Charakter der Universität zu bewahren, gepaart mit der Forderung 'fremdstämmige' Studierende möglichst von den Hochschulen fern zu halten. Zu schützen wäre die Universität demnach vor „volks- und rassefremde[n] Elemente[n], worunter man Juden, Slawen, Sozialdemokraten und Bolschewisten verstand“⁸². Es wurden mit dieser Formulierung alle diesem Konglomerat nicht genehmen Gruppierungen rassistisch diskriminiert, obwohl eine politische Einstellung nichts mit 'Rasse' gemein hat. Alles, was nicht in den engen Grenzen dieser Verblendung Platz hatte, wurde als 'volksfremd' bzw. 'rassisch andersartig' abgelehnt. Anzumerken ist, dass sich die liberalen Studierenden sehr bald vom Antisemitismus der anderen Gruppierungen distanzieren. Einigkeit herrschte somit ausschließlich zwischen den deutschnationalen und katholischen Verbindungen, die später ein Wahlbündnis eingingen und in den nächsten Jahren die bestimmenden Gruppen in der späteren Deutschen Studentenschaft darstellten.

Unterstützung bekamen die korporierten Studierenden von universitärer Seite, sowohl in ihrem Bestreben eine Studierendenvertretung einzurichten, als auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung, in ihrem Kampf für die Bewahrung des 'deutschen Charakters' der Universität Wien. Ende November 1918 wurde vom akademischen Senat der Universität Wien der erste Schritt in Richtung einer Studierendenvertretung gesetzt und eine Kommission für vorbereitende Verhandlungen eingerichtet. Diese setzte sich auch mit den Wünschen der Studierenden selbst auseinander. Der Einrichtung einer Studierendenvertretung wurde freilich erst durch die Aufhebung eines Erlasses aus der Monarchie, der eine entsprechende Organisierung der Studierenden untersagte, der Weg bereitet.⁸³ Was aber nicht bedeutete, dass auch alle Lehrenden an den Universitäten

⁸¹ Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen, S. 28.

⁸² Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 10 f.

⁸³ Kraus, Erich; Wenzel Gleispach und die Österreichische Hochschulpolitik in der Zwischenkriegszeit,

vorbehaltlos dieser neuen Entwicklung gegenüberstanden. Das gleiche galt aber auch für die Studierenden. „Das große Heer der Gleichgültigen war vom ersten Tage an vorhanden, sobald es sich um positive Mitarbeit handelte“.⁸⁴

Als die Möglichkeiten der Einrichtung von Studierendenvertretungen konkreter wurden, wurden von studentischer Seite die ersten Wünsche artikuliert. Der am lautesten geltend gemachte Wunsch war die Schaffung einer Vertretung im deutschnationalen Sinne. Dies war in erster Linie das Hauptanliegen der Korporierten, sowohl der nationalen als auch der katholischen, im Gegensatz zu den sozialistischen Studierenden. Bei den Lehrenden fand dieser Wunsch entsprechendes Gehör, war doch der Großteil von ihnen ebenfalls großdeutsch oder deutschnational eingestellt. Vor diesem Hintergrund ist es daher nicht verwunderlich, dass bei den später stattfindenden Gesprächen zwischen dem akademischen Senat und den Studierenden z. B. die jüdischen Organisationen nicht herangezogen wurden.⁸⁵

Noch im Dezember 1918 wurde vom Senat der Universität Wien ein Beschluss gefasst, der zwar prinzipiell einen allgemeinen Universitätszugang für alle Staatsbürger Deutsch-Österreichs beinhaltete, allerdings fand gleichzeitig eine Notbestimmung Eingang, die eine Bevorzugung der Deutschösterreicher deutscher Nationalität vorsah. Dem nicht genug wurde dieser Gruppe auch die Teilnahme an einem Studierendenausschuss vorbehalten. Auch das Tragen der Farben wurde auf Korporationen beschränkt, „die sich zur deutschen Nationalität bekennen“⁸⁶. Die Universität als Ganzes verschrieb sich damit einem gemeinsamen Ziel: den ‘deutschen Charakter’ der deutschösterreichischen Hochschulen zu garantieren und gegen den Zustrom ‘nichtdeutscher Elemente’ zu verteidigen.⁸⁷

Diss., Wien 1976, S. 31. In Hinkunft zitiert als: Kraus; Gleispach. Dabei handelte es sich um die am 6. September erlassene und am 27. September 1919 in Kraft getretene „Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht, betreffend die Aufhebung des § 6 des Erlasses des Ministers für Kultus und Unterricht vom 13. Oktober 1849, R. G. Bl. Nr. 416, über die Disziplinarordnung für Universitätsstudierende“ (StGBI 460/1919). Hierin wurde der Paragraph, der die Bildung studentischer Organisationen und die Einsetzung von Repräsentanten untersagte aufgehoben. ÖNB-ANNO+/Staatsgesetzblatt 1918-1920 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=sgb&datum=19190004&seite=0000110>; zuletzt abgerufen am 04. 08. 2008.

⁸⁴ Volkmann, Hellmut; Die Deutsche Studentenschaft in ihrer Entwicklung seit 1919, Leipzig 1925, S. 6. In Hinkunft zitiert als: Volkmann; Deutsche Studentenschaft.

⁸⁵ Vgl. dazu: Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 21, Fußnote 2.

⁸⁶ ebd., S. 13.

⁸⁷ Auch wenn dieser Forderung von staatlicher Seite nicht nachgegeben wurde, gelang es im Zuge des Ersten Deutschen Hochschultages, der 1920 stattfand, durch das BGBl 546/1922 (Bundesgesetz vom 20. Juli 1922, womit das Gesetz vom 27. April 1863, R. G. Bl. Nr. 63, betreffend die Organisation der Universitätsbehörden, abgeändert und ergänzt wird) im §1 festzuschreiben, dass Universitäten ‚deutsche Forschungs- und Lehranstalten‘ sind. Vgl. dazu: Lichtenberger-Fenz, Brigitte; Österreichs Universitäten und

Die langen und zähen Verhandlungen mit dem Staatsamt für Unterricht über das Studierendenrecht wurden schließlich ergebnislos beendet. Das Staatsamt stimmte den Vorschlägen der Universitäten nicht zu, doch um das Ziel letztlich doch noch zu erreichen, wurden die Einwände des Ministeriums von universitärer Seite einfach nicht berücksichtigt.

Ursprünglich hätten die Wahlen für die erste Studierendenvertretung an der Universität Wien schon im Sommersemester 1919 abgehalten werden sollen. Aufgrund der nicht zustande kommenden Einigung über das Wahlrecht wurden diese in den Herbst verschoben. Aber die Diskussionen nahmen kein Ende, wodurch sich das Staatsamt Mitte Oktober 1919 entschloss die Weisung auszugeben, die Wahlen an allen österreichischen Universitäten auszusetzen. Sie sollten erst dann nachgeholt werden, wenn entsprechende Gesetze die Neuerwerbung der Staatsbürgerschaft regelten.⁸⁸ Das Staatsbürgerschaftsrecht stellte den Stein des Anstoßes dar, da davon abhing, welche Gruppen von Studierenden wahlberechtigt waren, bzw. ausgeschlossen werden konnten.⁸⁹

Die vom Staatsamt ausgesetzten Wahlen wurden aber von der 'deutsch-arischen Liste' trotzdem abgehalten. Die 'deutsch-arische Liste' wurde am 2. Juni 1919 in einem Übereinkommen zwischen den deutschnationalen und den katholischen Studierenden gegründet. Es stellte ein Wahlbündnis für die ursprünglich im Herbst geplanten Urnengänge dar. Die Ziele dieser Gruppe beschränkten sich auf einen Ausbau der universitären Selbstverwaltung, den Anschluß an Deutschland und die Einschränkung der jüdischen Studierenden „im Sinne der Erhaltung des deutschen Charakters der Hochschulen“⁹⁰. Von den Forderungen nach einer studentischen Selbstverwaltung und

Hochschulen – Opfer oder Wegbereiter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft? (Am Beispiel der Universität Wien). In: Heiß, Gernot; Mattl, Siegfried; Meissl, Sebastian; Saurer, Edith; Stuhlpfarrer, Karl (Hg.); Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd. 43), Wien 1989, S. 6. In Hinkunft zitiert als: Lichtenberger-Fenz; Österreichs Universitäten. ÖNB-ANNO+ /Bundesgesetzblatt 1920-1934 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bg&datum=19220004&seite=00001022&zoom=2>; zuletzt abgerufen am 28. 09. 2008.

⁸⁸ In der Literatur ist oftmals der 26. Oktober 1919 für die Aussetzung der Wahlen genannt. Vgl. dazu z. B.: Speiser; sozialistische Studenten, S. 54. Nach Fenz wurde vom Ministerium schon am 18. Oktober die Weisung erteilt, die Wahlen nicht durchzuführen, das Rektorat veröffentlichte dies allerdings erst am 26. Oktober. Vgl.: Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 28.

⁸⁹ Vgl. dazu die näheren Ausführungen unter dem Kapitel 3.4.

⁹⁰ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 33. Vgl. dazu auch: Egert, Eveline; Die Durchsetzung des völkischen Prinzips in der „Deutschen Studentenschaft“ als Problem zwischen den deutschen und österreichischen Studenten 1919 bis 1927. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.); Die Vorträge der ersten österreichischen Studentenhistorikertagung Wien 1974 (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Bd. 2), Wien 1975, S. 59 f. In Hinkunft zitiert als Egert; Durchsetzung des völkischen Prinzips.

Mitsprache in den Entscheidungen der universitären Gremien war anscheinend nicht die Rede und dürfte somit nicht zu den primären Zielen gehört haben. Die von dieser Liste forcierten Wahlen sollten nun nicht mehr einen allgemeinen Hochschulausschuss zum Ergebnis haben, sondern einen 'deutsch-arischen' Hochschulausschuss begründen.⁹¹ Entsprechend der Einschränkung des Vertretungsanspruches wurde auch der Pool der Wählerschaft beschnitten, denn „mit Juden und Studierenden, die die arische Auslese ablehnten, wurde nicht zusammengearbeitet.“⁹² Nicht nur deswegen fand die Wahl am 18. November 1919⁹³ nur unter mäßiger Teilnahme der Studierenden statt und ergab 16 deutschnationale und 4 katholische Mandate. Somit war ab diesem Zeitpunkt eine Studierendenvertretung an der Universität Wien etabliert, obwohl diese nur eine eingeschränkte Auswahl von Studierenden vertreten wollte. „Sowohl ausgeschlossen als auch zur Mitarbeit nicht bereit waren die jüdischen, sozialistischen und deutschfreiheitlichen Studenten.“⁹⁴

Die erste studentische Vertretung beschränkte sich somit auf die 'deutsch-arische Liste'. Auch wenn von der Universität Wien keine TeilnehmerInnen auf die Gründungssitzung des Dachverbandes DSt. entsandt wurden, sah sie sich in weiterer Folge als Teil davon an. Aus dem 'deutsch-arischen' Hochschulausschuss bildete sich schließlich die Deutsche Studentenschaft Wien. Wann genau die Namensänderung stattfand, geht aus der Literatur nicht hervor. Bei Fenz findet sich der Hinweis auf den ersten Kreistag der Deutschen Studentenschaft Österreichs im Mai des Jahres 1920, bei dem festgelegt wurde, dass ausschließlich deutscharische Studierende Mitglieder der Deutschen Studentenschaft in Österreich sein konnten.⁹⁵ Somit wäre naheliegend, dass die einzelnen Vertretungen der Universitäten Österreichs dieses Treffen für eine einheitliche Namensgebung aller Ausschüsse nutzten.

Die Aussetzung der Wahlen im Oktober 1919 war die letzte Aktion von staatlicher, sozialistischer Seite. Unter Rückendeckung der Universitätsleitungen und Beteiligung von Lehrenden an der Wahlkommission⁹⁶ und mittels eines jüdische und ausländische

⁹¹ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 34.

⁹² Eger; Durchsetzung des völkischen Prinzips, S. 60.

⁹³ Speiser; sozialistische Studenten, S. 54. Laut Jagschitz, fand die Wahl erst am 25. November statt (Vgl. Jagschitz; Dollfuß, S. 170)

⁹⁴ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 75.

⁹⁵ ebd., S. 75.

⁹⁶ ebd., S. 34.

Studierende diskriminierenden Wahlrechtes hielten die deutschnationalen und katholischen Korporationen in den nächsten Jahren weitere Urnengänge ab. Das Unterrichtsministerium wechselte 1920 von den Sozialdemokraten zu den Christlichsozialen, die in weiterer Folge nichts an dieser Situation ändern wollten. Die Hochschulautonomie war dabei ein billiges Argument, um ein Nichteingreifen zu rechtfertigen.

3.4 Die Streitfrage Studierendenrecht

Die Frage des Studierendenrechts war die zentrale Kontroverse zwischen den Universitäten und dem Staatsamt für Unterricht unter sozialistischer Führung. Dieser Punkt beschäftigte nicht allein die Universität Wien, sondern auch die anderen Hochschulen auf österreichischem Boden. Zwar übernahm die Universität Wien, auch bedingt durch den Umstand die größte österreichische Hochschule zu sein, die Führungsrolle in dem Konflikt; betroffen waren davon aber alle Universitäten.

Im Studierendenrecht sollte das aktive und passive Wahlrecht für eine studentische Vertretung geregelt werden. Hierin herrschte Einigkeit zwischen den Rektoren⁹⁷, dem akademischen Senat und den Studierenden der 'deutsch-arischen Liste'. Sowohl als auch sollten ihren Vorstellungen nach die 'deutschen' Studierenden eine Vormachtstellung innehaben. Die nicht als 'deutsche' Studierende angesehenen jüdischen Studierenden sollten, um die Privilegierung der 'deutschen' Studierenden nicht zu gefährden, gar nicht erst die Möglichkeit bekommen, in das Vertretungsorgan Einzug zu halten. Es sollte also auf legalem Wege verhindert werden, dass eine jüdische Person gewählt werden konnte, weshalb diesen gleich jegliches Recht an den Wahlen teilzunehmen abgesprochen werden sollte. Somit wurde der paradoxe Zustand erreicht, dass die Universitäten die nunmehrigen deutschösterreichischen Staatsbürger in Staatsbürger deutscher und Staatsbürger nichtdeutscher Abstammung einteilten.⁹⁸

Die staatliche Seite versuchte schon zu Beginn der Diskussion, als der deutschnationale Staatssekretär Raphael Pacher⁹⁹ im Amt war, zwischen den Wünschen der Universitäten

⁹⁷ Die Amtszeit eines Rektors an der Universität Wien in der Ersten Republik betrug nur ein Jahr.

⁹⁸ Vgl. dazu z. B.: Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 20 ff.

⁹⁹ Raphael Pacher wurde 1857 in Böhmen geboren. Er war Journalist, Schriftsteller und Präsident des österreichischen Buchverlages und ab 1899 als Abgeordneter tätig. Er starb 1936 in Wien. Vgl.: Rafael Pacher | Biografie von Raphael Pacher http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01146/pad_01146.shtml;

und der deutschnational gesinnten Studierenden bzw. den rechtlichen Gegebenheiten zu vermitteln. Das Staatsamt machte es sich zur Aufgabe, ein Regulativ für einen Hochschulausschuss für alle österreichischen Universitäten, in Übereinkunft mit den Lehrenden und Studierenden, zu erlassen. Es sollte dabei das Studierendenrecht genauso beinhaltet sein wie der Wirkungskreis des Hochschulausschusses. Die Verhandlungen dazu begannen im Februar 1919, mussten allerdings durch den Regierungswechsel im März des gleichen Jahres vorübergehend ausgesetzt werden.¹⁰⁰ Im April 1919 wurden die Gespräche vom sozialdemokratischen Unterstaatssekretär Otto Glöckel¹⁰¹ wieder aufgenommen.

Im Punkt des Wirkungskreises wurde recht rasch eine Übereinkunft zwischen den Universitäten und dem Staatsamt getroffen. Diese sollte die Punkte „Teilnahme an der Verwaltung studentischer Wohlfahrtseinrichtungen, die Mitwirkung bei Disziplinarverhandlungen gegen Studierende, die Vorbringung von Wünschen und Beschwerden in Studienangelegenheiten“ sowie „Einfluß bei der Stipendienverleihung“ und „Anträge an die akademischen Behörden“ umfassen.¹⁰² Weitergehenden Forderungen von studentischer, vor allem sozialistischer Seite, nach Mitsprache im Senat bzw. bei Berufungen wurde nicht nachgekommen. Begründet wurde dies mit den mangelnden Kenntnissen und fehlenden fachlichen Einsichten der Studierenden.¹⁰³

In einer Aussendung stellte Unterstaatssekretär Glöckel klar, dass die Frage der jüdischen Nationalität nicht von den Universitäten selbst geklärt werde. Einer Unterscheidung in deutsche und nichtdeutsche österreichische Staatsbürger wurde unter Berufung auf die Verfassung eine Absage erteilt und in Bezug auf den Hochschulausschuss auf das Regulativ verwiesen. Dieses sah verfassungsgemäße, demokratische Wahlen vor und beinhaltete auch eine Vertretung der ausländischen Studierenden.

zuletzt abgerufen am 22. 09. 2008.

¹⁰⁰ ebd. S. 15, 17 f.

¹⁰¹ Otto Glöckel (1874-1935) war Volksschullehrer und ab 1907 Reichsratsabgeordneter. Nach dem Ersten Weltkrieg war er Mitglied der provisorischen und der konstituierenden Nationalversammlung. Ab 1919 bis Herbst 1920 war er Unterstaatssekretär für Unterricht im Staatsamt für Inneres und Unterricht. Von 1922 bis 1934 war er Wiener Stadtschulratspräsident. Er führte 1919 eine Schulreform durch, in der die Entkonfessionalisierung und die Demokratisierung der Schulen die wichtigsten Eckpfeiler bildeten. Im Austrofaschismus wurde er schon 1934 inhaftiert und kam ins Anhaltelager Wöllersdorf. Vgl.: Otto Glöckel | Biografie von Otto Glöckel http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00412/pad_00412.shtml; Otto Glöckel http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Gl%C3%B6ckel; beide zuletzt abgerufen am 04. 08. 2008.

¹⁰² Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 18; 53.

¹⁰³ Ein Argument, das auch in Zeiten der drittel- bzw. viertelparitätischen Kommissionen der UOGs '75 und '93, die den Studierenden noch weitgehende Möglichkeiten der Mitbestimmung einräumten, gerne angewandt wurde. Durch das UG 02 wurde die studentische Mitbestimmung auf ein Minimum reduziert und stellt somit einen demokratiepolitischen Rückschritt dar.

Mitte Mai 1919 fand eine Rektorenkonferenz statt, die sich ebenfalls mit der Einrichtung eines Hochschulausschusses befasste und Richtlinien für die Hochschulen ausgab. Allerdings hatten die Leitsätze kaum etwas mit den Vorgaben des Staatsamtes zu tun, sondern bevorzugten eine deutschnationale Lösung. „Nichtdeutschen Deutschösterreichern’ wurde – ungeachtet des Widerspruches – nur beschränktes aktives und passives Wahlrecht und dementsprechend beschränkte Rechte innerhalb des Studentenausschusses zugestanden.“¹⁰⁴ Mit diesen Leitsätzen als Vorgabe arbeiteten die Hochschulen in den darauf folgenden Wochen Satzungen aus, die dem Staatsamt vorgelegt wurden.

Die Satzung der Universität Wien sah zwar einen demokratischen Urnengang nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Verhältniswahlrecht vor. Was allerdings in dieses Bild nicht hineinpasste, war die Auslegung des aktiven und passiven Wahlrechtes der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder des Studierendenausschusses. Als ordentliche Mitglieder durften nur heimatberechtigte Deutschösterreicher, Angehörige der Deutschen Republik oder Studierende aus dem Gebiet der ehemaligen Monarchie mit der Voraussetzung einer Mitgliedschaft in einem deutschen Verein der Universität, deren Mitglieder nur deutsche Volksbürger werden konnten, gewählt werden. Somit hatten nur heimatberechtigte Deutschösterreicher sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht für ordentliche Mitglieder. Alle Studierenden, die ihre Heimatberechtigung erst nach dem 1. August 1914 erlangt hatten und auf welche die anderen Ausnahmebestimmungen nicht zutrafen, sollten nur die außerordentlichen Mitglieder des Hochschulausschusses, die ausschließlich eine beratende Funktion innehatten, wählen können. Der akademische Senat wollte also über den Umweg des Heimatrechtes die Vormachtstellung der deutschen Studierenden an der Universität Wien gesichert wissen.¹⁰⁵

Das Heimatrecht verlieh allen ab einem gewissen Stichtag auf einem bestimmten Gebiet ansässigen bzw. gemeldeten Personen das Wahlrecht. Dieses Recht wurde in der österreichischen Monarchie durch das provisorische Gemeindegesetz im Jahre 1849 eingeführt und am 3. Dezember 1863 mittels des Gesetzes ‘betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse’ (RGI 105/1863) bestätigt und regelte die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu bestimmten Gemeinden.¹⁰⁶ Nach dem Ersten Weltkrieg wurde durch das

¹⁰⁴ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 20.

¹⁰⁵ ebd., S. 21 f.

¹⁰⁶ Vgl.: ebd., S. 30; ÖNB-ANNO+ /Reichsgesetzblatt 1849-1918 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18630004&seite=00000368>; zuletzt abgerufen am 28. 06. 2008.

‘Gesetz über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht’ (StGBI 91/1918) allen zum Zeitpunkt der Kundmachung in einer Gemeinde Deutschösterreichs heimatberechtigten Personen automatisch die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Zusätzlich konnten „Personen, die mindestens seit 1. August 1914 im Gebiete der Republik Deutschösterreich ihren ordentlichen Wohnsitz haben“ oder entweder erst nach dem 1. August 1914 nach Deutschösterreich einwanderten oder in einer ehemaligen Gemeinde der Habsburgermonarchie „mit Ausnahme Dalmatiens, Istriens und Galiziens heimatberechtig“ waren, die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erwerben.¹⁰⁷ „Die Bestimmung über den erleichterten Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch einfache Erklärung (Option), die mit ihren Ausnahmebestimmungen für Dalmatien, Istrien und Galizien als Abwehrmaßnahme gegen die zahlreichen Kriegsflüchtlinge, vor allem die Juden aus Galizien darstellte, schuf damit aber gleichzeitig zwei Kategorien von Staatsbürgern.“¹⁰⁸

Auf Grundlage dieses Gesetzes forderten deutschnationale und katholische Studierende, wie auch die Universität Wien selbst, eine Heimatberechtigung vor dem 1. August 1914 ein, um an einem Wahlgang an der Universität teilnehmen zu können. Somit waren die Kriegsflüchtlinge und, worum es den beiden Gruppen in erster Linie ging, die zugewanderten jüdischen Personen nicht wahlberechtigt. Der sozialistische Staatssekretär für Unterricht Glöckel ließ sich in seiner Amtszeit nicht darauf ein und verweigerte auch die Unterscheidung zwischen Staatsbürgern erster und zweiter Klasse, wie sie von seinem Gegenüber, den Studierenden als auch den universitären Vertretungsorganen, beabsichtigt war.¹⁰⁹

Der Versuch, über eine andere Formulierung das ursprüngliche Vorhaben dennoch umzusetzen, wurde aber auch vom Staatsamt für Unterricht erkannt, welches entsprechende Änderungen an dem Beschluss vornahm. Somit war ein Wahlgang im Sommersemester nicht mehr durchführbar und er wurde in den Herbst verschoben. Bis dahin sollte diese Frage ausgeräumt werden, doch sowohl der akademische Senat und der Rektor auf der einen Seite, als auch das Staatsamt, allen voran Unterstaatssekretär Glöckel, auf der anderen Seite wollten das Wahlrecht in ihrem Sinne festlegen. Glöckels Vorgangsweise brachte ihm sogar den Vorwurf des Eingriffs in die Autonomie der

¹⁰⁷ Vgl.: ÖNB-ANNO+ /Staatsgesetzblatt 1918-1920 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=sgb&datum=19180004&seite=00000129&zoom=2>, zuletzt abgerufen am 05. 06. 2008.

¹⁰⁸ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 30.

¹⁰⁹ Vgl. dazu: ebd., S. 26.

Universitäten ein. Denn für den akademischen Senat kamen seine Vorschläge nicht in Frage. Der damalige Rektor der Wiener Universität, Ernst Freiherr von Schwind¹¹⁰, formulierte es folgendermaßen: „Denn erstens seien die Studentengruppen, um die es geht, meist jüdische Galizianer, die kulturell und bildungsmäßig eine wesentlich tiefer stehende Gruppe darstellen.“ Zweitens sollte die Mitwirkung der Studierenden auf die ‘bodenständige Studentenschaft’ beschränkt sein, da sie es ja sei, die in erster Linie von den getroffenen Entscheidungen betroffen wäre.¹¹¹ Gleichzeitig stand auch für den akademischen Senat „die ‘nationale Aufgabe der Hochschule’ an erster Stelle“ und „eine studentische Interessensvertretung, die nicht den ‘deutschen Charakter’ der Universität stärkt und verfestigt, die nicht die Vorherrschaft der deutschnationalen Studentenschaft sichert, ist nicht erstrebens- und wünschenswert.“¹¹²

Das Staatsamt stand in Verhandlungen mit allen Hochschulen, allerdings waren deren vorgelegten Entwürfe ähnlich gestaltet wie jener aus Wien, weshalb es zwischen dem Staatsamt und den anderen Universitäten ebenfalls zu keiner Einigung kam. In dieser Pattsituation, das sozialistische Staatsamt wollte genauso wenig von seinem Standpunkt der Erfüllung der verfassungsmäßigen Grundsätze abrücken wie auf der anderen Seite die Universitäten ihre Forderung nach einer Bevorzugung der ‘deutschen’ österreichischen Studierenden aufrecht erhielten, in der sich keine der Parteien bewegte, war eine Lösung in weite Ferne gerückt. Dieser Zustand wurde von den nachfolgenden christlichsozialen Unterrichtsministern so belassen.

Die sozialistischen Studierenden forderten zwar weiterhin eine Studierendenvertretung ein, die sich für alle, nicht nur die deutschsprachigen, HörerInnen verantwortlich zeigte. Aber dies stand nicht im Sinne des akademischen Senates und der Deutschen Studentenschaft, die sich selbst gerne als Vertretung aller Studierender gesehen hätte. Dementsprechend wurde der sozialistische Vorschlag ignoriert und die Vorbereitungen für die universitäre Anerkennung der Deutschen Studentenschaft getroffen. Nachdem davon ausgegangen wurde, dass die Ausarbeitung des Studierendenrechts länger dauern würde, anerkannte der akademische Senat der Universität Wien die Deutsche Studentenschaft als Vertretung der deutschen Studierenden. Diese Anerkennung, die am 20. Dezember 1923 ausgesprochen

¹¹⁰ Ernst Freiherr von Schwind (1865-1932) war Rechtshistoriker. Das Studienjahr 1918/1919 war sein einziges als Rektor der Universität Wien. Vgl.: Fritz Schwind http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Schwind; zuletzt abgerufen am 22. 09. 2008.

¹¹¹ ebd., S. 24, Speiser; sozialistische Studenten, S. 54.

¹¹² Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 27.

wurde, sollte solange gelten, bis ein Studierendenrecht in Kraft getreten war. Damit war die Universität Wien gemeinsam mit der Wiener Technischen Hochschule die letzte Hochschule, an der die Deutsche Studentenschaft als alleinige Vertretung der Studierenden vom akademischen Senat anerkannt wurde. Trotz dieses fehlenden Formalaktes beteiligten sich die Lehrenden schon vorher an den Wahlen und fertigten das Wahlprotokoll an.¹¹³

Zu Beginn des Jahres 1924 wurde festgelegt, dass jede Hochschule in Österreich ein eigenes Studierendenrecht auszuarbeiten hatte. Der akademische Senat der Universität Wien beschloss sein Studierendenrecht im Sommer 1924, gab es aber dem Unterrichtsministerium lediglich zur Kenntnisnahme weiter, nicht zur Genehmigung, wie ursprünglich vorgesehen. Dieses Studierendenrecht wollte die Wünsche der Deutschen Studentenschaft ebenso berücksichtigen wie die Forderungen der sozialistischen Studierenden. Es versuchte also den Spagat, das Staatsbürgerschaftsprinzip, welches allen Studierenden österreichischer Staatsbürgerschaft das aktive und passive Wahlrecht verliehen hätte, mit dem Volksbürgerschaftsprinzip, nach dem nur Angehörige des 'deutschen Volkes' wählen hätten dürfen¹¹⁴, unter einen Hut zu bekommen. Die Deutsche Studentenschaft hätte damit offiziell anerkannt werden sollen und zusätzlich die Berechtigung erhalten Zwangsbeiträge einzuheben. Den Studierenden wurde die Möglichkeit eingeräumt, sich auch nach anderen Kriterien als jenem der Volkszugehörigkeit zusammenschließen. Eine Gliederung der Studierenden nach Nationen war nicht vorgesehen. Dies entsprach nicht den Vorstellungen der Deutschen Studentenschaft, die daraufhin auf das heftigste gegen diesen Entwurf protestierte, da zwar „einer allzugroßen Überfremdung ein Riegel vorgeschoben wäre, nicht aber eine prinzipielle Unterscheidung von Ariern und Nichtariern durchgeführt sei“.¹¹⁵

Obwohl es mit diesem Beschluss zu einer quasi-Anerkennung der Deutschen Studentenschaft der Universität Wien kam, waren ihre FunktionärInnen mit dem Ergebnis, im Gegensatz zur Universität Wien selbst, nicht zufrieden. Die Studierenden der Deutschen Studentenschaft wollte eine rechtliche Absicherung in ihrem Kampf für das Deutschtum. Außerdem hatte sie das Beispiel der Wiener Technischen Universität vor Augen, wo schon ein Jahr zuvor das Professorenkollegium die Wünsche der dortigen

¹¹³ ebd., S. 99; 110 ff.

¹¹⁴ Mit dieser Regelung wären jüdische österreichische Staatsbürger und ausländische Studierende ausgenommen gewesen, hingegen hätten ‚volksdeutsche‘ ausländische Studierende (in erster Linie Deutsche und Sudetendeutsche), die an einer österreichischen Universität studierten das Wahlrecht zugesprochen bekommen.

¹¹⁵ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 112 ff; Zitat S. 115.

Deutschen Studentenschaft erfüllt und eine Zulassungsbeschränkung für ausländische Studierende eingeführt hatte. Die Durchführungsbestimmungen waren eindeutig antisemitisch ausgerichtet und führten einen Numerus clausus für jüdische Studierende von 10 Prozent ein. Trotz einer Beanstandung von Seiten des Unterrichtsministeriums blieb diese Regelung in Kraft. Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit von Lehrenden und Studierenden auch ein entsprechendes Wahlrecht für die Deutsche Studentenschaft ausgearbeitet. In logischer Konsequenz bevorzugte dieses die 'deutscharischen' Studierenden und sprach der Deutschen Studentenschaft der Technischen Universität „das Alleinvertretungsrecht für alle Studierenden gegenüber den akademischen Behörden“¹¹⁶ zu. Eine ähnliche Regelung wurde auch an der Wiener Universität für Bodenkultur eingeführt. Daher kämpften sowohl die Deutsche Studentenschaft als auch die sozialistischen Studierenden, denen allerdings eine entgegengesetzte Studierendenordnung vorschwebte, weiterhin um ein Studierendenrecht an der Universität Wien.¹¹⁷ Aber weder die eine noch die andere Richtung konnte sich Gehör verschaffen. Somit blieb an der Universität Wien eine Deutsche Studentenschaft an der Macht, deren Vertretungsanspruch sich einzig auf die 'arischen' Studierenden, bzw. jene, die sich dazu zählten, beschränkte.

Für die Universität Wien war damit zunächst die Frage des Studierendenrechts abgeschlossen. Erst unter der Rektorenschaft von Wenzel Graf Gleispach¹¹⁸ im Studienjahr 1929/30 wurde diese Frage wieder aufgegriffen und in weiterer Folge auch das Ministerium dazu gezwungen, sich wieder mit dieser Thematik auseinander zu setzen. Bis dahin verschloss die staatliche Stelle die Augen vor dieser Problematik. Die Regelungen, welche die anderen Universitäten beschlossen hatten, wurden im Sinne dieser Praxis nicht zur Kenntnis genommen.

¹¹⁶ Vgl.: Mikoletzky, Juliane; „Von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung“. Die Technische Hochschule in Wien und der Nationalsozialismus, Wien 2003, S. 11 f.

¹¹⁷ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 132 f.

¹¹⁸ Vgl. dazu die Dissertation von Erich Kraus. Wenzel Gleispach (1876-1944) beendete 1898 seine rechts- und staatswissenschaftlichen Studien. 1902 folgte eine Berufung nach Freiburg in der Schweiz. 1906 bis 1915 besaß er eine ordentliche Professur an der deutschen Universität Prag. Danach wechselte er an die Universität Wien, wo er im Studienjahr 1929/30 den Rektorsposten bekleidete und im Studienjahr darauf Prorektor war. Daneben war er über mehrere Jahre auch „als Prüfer für die Richteramtprüfungen beim Oberlandesgericht bestellt“. (S. 45) Aufgrund eines von ihm verfassten Artikels, der 1933 in einer Berliner Zeitschrift veröffentlicht wurde, wurde er vom Unterrichtsministerium im gleichen Jahr zwangspensioniert. (Vgl. S. 49 ff.) Noch vor Ende des Jahres nahm er eine Stelle als Honorarprofessor in Berlin an. Nach seiner Pensionierung 1943 kehrte er nach Wien zurück, wo er ein Jahr später starb.

3.5 Der Aufbau der Deutschen Studentenschaft in Österreich

In diesem Unterkapitel wird der Aufbau der Deutschen Studentenschaft an der Universität Wien anhand des 'Wiener Universitäts-Führer' aus dem Studienjahr 1930/31 exemplarisch vorgestellt. Der von der Deutschen Studentenschaft Wien zum vierten Mal¹¹⁹ herausgegebene Universitäts-Führer wird hinsichtlich einer ideologischen Orientierung der Studierendenvertretung analysiert. Der Universitäts-Führer ähnelt in seiner Aufmachung und seinem Aufbau heutigen Schriftwerken der Österreichischen HochschülerInnenschaft. Die Broschüren von damals und heute hatten bzw. haben den Zweck eine erste Orientierung für die erstsemestrigen Studierenden zu sein.

Die Deutsche Studentenschaft Wien war ein Teil der deutschsprachigen Dachorganisation DSt. Gemeinsam mit den anderen Studierendenvertretungen der österreichischen Hochschulstädte, dann entsprechend genannt z. B. Deutsche Studentenschaft Innsbruck, bildeten sie den Kreis VIII des Dachverbandes. Mehrmals im Jahr traten die VertreterInnen der einzelnen Hochschulausschüsse zu einer Kreistagung zusammen. Der jährlich stattfindende Studententag, das Gremium des Dachverbandes, wurde ebenfalls von allen Hochschulen beschickt.

Ähnlich dem Gesamtverband wurden auch in den österreichischen Studierendenvertretungen Ämter eingeführt. Der mehrseitige Text „Geschichte und Aufbau der Deutschen Studentenschaft“ behandelt den Dachverband seit seiner Gründung und führt die dort eingerichteten Ämter an: „Amt für politische Bildung, Amt für Leibesübung, Fachamt, Amt für Grenzlandarbeit, Auslandsamt, Nachrichtenamt und Verkehrszentralamt“¹²⁰. Aus dem Inhaltsverzeichnis am Ende des Wiener Universitäts-Führers geht hervor, dass an der Universität Wien noch weitere Ämter eingerichtet worden sind, die über ihre jeweilige Arbeit einen Bericht vorlegten. Es handelt sich dabei um folgende Einrichtungen: Kulturamt, Amt für volksbürgerliche Erziehung, Amt für soziale Fragen, Musikstelle, deutsch-akademische Auslandsstelle, Amt für Grenz- und Auslanddeutschtum, Fachamt, Neue Wege studentischer Leibesübung, Studentische Wirtschaftsarbeit und Fürsorgeamt. Daneben wird noch auf wirtschaftliche Fürsorgeeinrichtungen hingewiesen, die sich aus den Punkten Studentenheime, Studentenspeisungen, Stipendien, Fahrtermäßigungen, Krankenkasse, Unfallversicherung

¹¹⁹ Deutsche Studentenschaft; Wiener Universitäts-Führer 1930/31, S. 3.

¹²⁰ ebd., S. 27.

für Studierende, Betriebe des Wirtschaftsamt, Bezugsquellennachweis und Hilfsvereine zusammensetzen.¹²¹

Wie eingangs zu diesem Kapitel erwähnt, gibt es diverse Ähnlichkeiten zu heutigen ÖH-Broschüren. Allerdings fehlen heute einleitenden Worte der Rektorenschaft, wie sie in den damaligen Ausgaben vorhanden waren. Die Worte der universitären Vertreter und der Umstand, dass in der Broschüre beide, Rektor und Prorektor, sogar mit Fotos vertreten sind, zeigt die enge Verbundenheit zwischen den damaligen offiziellen akademischen Stellen und der studentischen Vertretung. Wie die Texte der beiden Rektoren zeigen, die in ihrer Funktion ja für die gesamte Universität Wien sprechen, handelte es sich in erster Linie um eine inhaltliche Verbundenheit auf einer deutschnationalen, antisemitischen Basis. Gesprochen wird darin von der Kriegsschuldfrage, die dem deutschen Volk schwere Zeiten aufgebürdet hätte. Daher hätte der „einzelne deutsche Student die Pflicht, für den eigenen Lebenskampf und den seines Volkes sich zu wappnen“¹²². Der angesprochene ‘deutsche Student’ sollte aber auch „die akademischen Gesetze befolgen und Ruhe und Frieden halten“¹²³. Prorektor Gleispach zitierte dabei seine Inaugurationsrede vom November 1929. Schon damals bildete diese Aussage einzig einen frommen Wunsch, an den sich die deutschnationalen Studierenden nicht hielten. Übergriffe auf jüdische und sozialdemokratische Studierende standen quasi an der Tagesordnung. Mehrmals führten die Krawalle der Studierenden zu einer Schließung der Universitäten in Wien. Die einige Seiten später folgende Beschreibung der Universitäten als ‘Kampfstätten’, an denen die Diskussionen nicht mit dem „Worte, sondern nur zu oft mit der Faust ausgetragen wurden“¹²⁴ zeichnete das eigentliche Bild der Universitäten im ausgehenden 19. Jahrhundert. Allerdings fehlte der Hinweis darauf, dass an der Gültigkeit dieser Worte nichts verloren gegangen war, die Situation sich nicht verbessert hatte. Wesentlich ist auch das von beiden aufgegriffene Schlagwort der körperlichen Ertüchtigung, die in späterer Zeit, sowohl im Ständestaat als auch unter nationalsozialistischer Herrschaft, in Form von ‘Wehrsportübungen’ abgehalten wurden. Widersprüchlich erscheint allerdings Gleispachs Aussage: „Unserer deutschen Jugend aber möchte ich das Geleitwort mitgeben: Liebe zu unserer Heimat, zu unserem Österreich.“ Denn nur wenige Zeilen darunter folgt der Satz: „Kommt dann einmal der Tag, an dem die Staatsgrenzen fallen, die heute noch Deutsche

¹²¹ ebd., Inhaltsverzeichnis.

¹²² Deutsche Studentenschaft; Wiener Universitäts-Führer 1930/31, S. 5.

¹²³ ebd., S. 6.

¹²⁴ ebd., S. 13.

von Deutschen trennen, dann sollen Sie mit fliegenden Fahnen einziehen in das neue große Reich, dann dürfen Sie erhobenen Hauptes den köstlichen Lohn nationalstaatlicher Einheit empfangen, denn d a n n haben Sie ihn v e r d i e n t!“ In diese Kerbe schlägt auch sein letzter Satz: „Nicht eine Last soll die Pflichterfüllung sein, sondern freudig geleistete Arbeit für das Deutschtum.“¹²⁵ Gleispach nimmt in seinem Text die zukünftige Politik des Austrofaschismus vorweg, in dem ebenfalls ein Spagat zwischen einem eigenstaatliches Österreich und dem Bekenntnis zur deutschen Kultur versucht wird, der nicht gelingt. Offensichtlich ist allerdings seine Nähe zu den deutschnationalen Studierenden, denen er in seiner Amtszeit ein Studienjahr zuvor ein Studierendenrecht mit starken antisemitischen Zügen ‘geschenkt’ hatte. Die allgemeinen Artikel, die den einleitenden Worten folgen, ob sie nun direkt den Dachverband DSt., Wien als Hochschulstadt, die Wiener Deutsche Studentenschaft oder das Studierendenrecht behandeln, reihen sich nahtlos in den Stil und die Worte der Vorredner ein.

Den Berichten der Ämter folgen jene der wirtschaftlichen Fürsorgeämter. Daran schließen Informationen für die Inskription und Studienprojekte an. Den Informationen über die Studien der vier Fakultäten folgen jene über die ‘Turnlehrerausbildung’ und dem Studium der Pharmazie. Anschließend werden noch akademische Vereine und studentische Vereinigungen sowie die Universitätsbibliothek vorgestellt. Abschließend sind in dem Wegweiser wichtige Anschriften zu finden. Abgerundet wird die Broschüre durch Werbeseiten am Anfang und am Ende des Heftes. Dabei findet sich in den Werbeseiten zu Beginn auch eine Anzeige der Betriebe des Wirtschaftsamtes der Deutschen Studentenschaft. Dabei handelt es sich um eine Frühstück- und Jausenstube, eine Rasier- und Frisierstube, eine Schreibmaschinenstube, ein Vervielfältigungsbüro, ein Übersetzungsbüro, Visitenkarten, eine Bücherstelle, eine Wohnungsvermittlung, eine Stellenvermittlung, eine Rechtsauskunftsstelle, ein Werbeamt, eine Kunststelle, eine Verschleißstelle, eine Buchbinderei, eine Flickstube und Schneiderei, eine Skriptenstelle, eine Auskunft und eine Wechselstube.

Im Universitäts-Führer wurde aber nicht nur auf die eigenen Aktivitäten hingewiesen. Durch die Teilnahme an dem Dachverband DSt. waren auch deren Tätigkeiten für die Wiener Studierenden von Bedeutung, die von ihnen kritisch betrachtet wurden. So hatte die Dachorganisation auch Kontakte zu internationalen Studierendenverbänden. Die sich angeblich selbst als „offizielle Vertretung der Studentenschaften der einzelnen Nationen

¹²⁵ ebd., S. 6. Hervorhebung aus dem Original.

und Staaten“ sehende ‘Confédération Internationale des Etudiants’ hatte „den Ausschluß Deutschlands durch die Satzung festlegen lassen“¹²⁶. Trotzdem kam es ab 1924 zu Verhandlungen über eine Aufnahme der DSt. in den internationalen Verband. Schwierigkeiten ergaben sich durch den überstaatlichen Aufbau der DSt. und der „Frage der Gleichberechtigung der deutschen Sprache“, über die mehrere Jahre verhandelt wurde. Einen positiven Ausgang dieser Gespräche machte angeblich „die Opposition des französisch-polnisch-tschechischen Blocks unmöglich“, deren „Feindseligkeiten“ in „Beleidigungen gegen die Deutsche Studentenschaft“ gipfelten.¹²⁷ Daraufhin wurden die Kontakte von Seiten der DSt. abgebrochen. Positiv vermerkt wurde, dass sich gegen die Vorgangsweise des angeschuldigten Blocks auch ‘neutrale Nationalverbände’ ausgesprochen hatten. Dies führte zu Bestrebungen mit letztgenannten eine Zusammenarbeit aufzubauen. Wie sehr diese Schilderung den tatsächlichen Wahrheitsgehalt widerspiegelt, bleibt dahingestellt. Es dürfte auch kein Zufall sein, dass dem „französisch-polnisch-tschechischen Block“ die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen angelastet wurde. Die Position der DSt. wurde folgendermassen beschrieben:

„Die junge Generation Deutschlands kann die durch die Friedensverträge geschaffene Ordnung nicht als Grundlage für ein geregeltes Zusammenleben der europäischen Staaten anerkennen. Nur auf einer Ordnung, die ihre Rechtfertigung in sich trägt und darum schlechthin gebietend ist, kann die Zukunft Europas aufgebaut werden.

Darum empfindet die deutsche Jugend das Schulddiktat von Versailles als eine schmachvolle Verletzung des Rechtsgefühls und darum als eines der schwerwiegenden Hemmnisse auf dem Wege einer aufrichtigen Zusammenarbeit der Jugend Deutschlands mit der anderer Völker. Daher wenden wir uns an die junge Akademikerschaft des Auslandes in der Erwartung, daß sie sich die Verfemung nicht zu eigen macht, die in unheilvoller Verblendung dem Volk der europäischen Mitte aufgezwungen wurde.“¹²⁸

Damit eine Zusammenarbeit der resteuropäischen Studierenden mit der ‘deutschen Jugend’ möglich wäre, sollten erst die von letzteren als ungerechtfertigt angesehenen Friedensverträge zurückgenommen werden. Es sollten sich also zuerst die anderen Staaten

¹²⁶ ebd., S. 38.

¹²⁷ ebd., S. 38.

¹²⁸ ebd., S. 38 f.

bewegen, den Verlierern des Ersten Weltkrieges entgegen kommen und sie zufrieden stellen, bevor diese sich an einem internationalen Prozess beteiligen würden. Diese unrealistische Forderung der 'deutschen Jugend' erklärt sich aus der vor allem in Österreich herrschenden Selbstsicht, Teil des „als superior empfundenen 'Deutschtums'“¹²⁹ zu sein. Die Aussichtslosigkeit dieser Forderung musste wohl auch schon damals klar gewesen sein, wodurch das Festhalten daran nur den Schluss zulassen kann, dass es den VertreterInnen der DSt. höchstens in einem begrenzten Ausmaß darum ging, sich an internationalen Verbänden zu beteiligen. Außerdem lehnten die meisten deutschen korporierten Studierenden das neue demokratische System ab, dem sie unterstellten, dass „ohnehin nur 'Fremdstämmige'“ die Spitze des Staates bekleideten. Diese rassistische Haltung drückten sie auch in der Meinung „Demokratie und Nationalismus seien unvereinbar [...], denn demokratisch bedeute aufklärerisch, sei westliches Gift und deshalb als nicht völkisch abzulehnen“¹³⁰ aus.

Insgesamt gesehen sind die Ämter der Deutschen Studentenschaft durchaus mit den heutigen Einrichtungen der ÖH vergleichbar, wo ebenfalls zu gewissen Bereichen Referate eingerichtet sind. Manche der damaligen Ämter sind auch heute noch vorhanden, so z. B. die Job- und Wohnungsbörse oder das Sozialreferat.¹³¹ Der Aufbau der Deutschen Studentenschaft erinnert an jene der heutigen Universitätsvertretung Wien. Der Universitäts-Führer enthält keine Hinweise auf eine studienrichtungsspezifische Beratung, wie es die Aufgabe einer Studienrichtungsvertretung wäre. Nachdem es von damaliger universitärer Seite keine Einbindung von Studierenden in Entscheidungsfindungen gab, wäre eine Einrichtung einer Vertretungsebene auf Höhe von Studienrichtungen oder Fakultäten wohl auch nicht nahegelegen. Der in den beiden ersten Verfassungen der Dachorganisation aufgenommene Passus des Ausschlusses von konfessionellen und

¹²⁹ Dostal, Thomas; Die Großdeutsche Volkspartei. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 195.

¹³⁰ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 134.

¹³¹ Vgl. dazu die Arbeitsbereiche der ÖH Uni Wien Arbeitsbereiche <http://www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche.html>; zuletzt abgerufen am 22. 09. 2008. Ein Link zur Job- bzw. Wohnbörse ist immer im oberen Bereich der Homepage angesiedelt. Auf der Homepage der Bundesvertretung sind ebenfalls die Arbeitsbereiche und die Links für Arbeits- und Wohnungssuchende Studierende zu finden. ÖH – Österreichische HochschülerInnenschaft <http://www.oeh.ac.at>; zuletzt abgerufen am 22. 09. 2008.

parteipolitischen Fragen und Gegensätzen wurde an den österreichischen Universitäten nicht Rechnung getragen.¹³²

Auf der Ebene der sozialen Hilfestellung, inklusive der allgemeinen Studierendenberatung, kann aber davon ausgegangen werden, dass es relative Ähnlichkeiten zu heute gab. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass diese Behelfe nicht von allen Studierenden in gleicher Weise in Anspruch genommen werden konnten. Zwar kommt eine Einschränkung aus den Texten des Universitäts-Führers nicht eindeutig heraus, aber der eingeschränkte Vertretungsanspruch der Deutschen Studentenschaft Wien legt diese nahe. Heute wurde diese Tätigkeit durch die letzten Gesetzesänderungen wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Ob die studienspezifische Beratung allerdings die einzige Aufgabe einer Studierendenvertretung sein soll, darf bezweifelt werden.

3.5.1 Der Siegfriedskopf

Der Siegfriedskopf wurde im November 1923 als Denkmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Angehörigen der Universität Wien in der Aula der Universität enthüllt und bildet bis in die heutige Zeit einen Stein des Anstoßes. Für die damalige diskriminierend und antisemitisch agierende Deutsche Studentenschaft stellte die Einweihungsfeier unter ihrer Regie zweifelsfrei einen Höhepunkt ihrer Politik dar. Aus ihrem Selbstverständnis ergibt sich, dass dieses Denkmal nicht für die Gefallenen der Gruppierungen aufgestellt wurde, die ihr nicht angehörten. Denn:

„Erstochen wurde Siegfried bekanntlich von hinten. Der von Müllner gestaltete, überdimensionale Schädel des toten germanischen Helden ist die steingewordenen Dolchstoßlegende, die den Juden Schuld am Ausgang des Krieges, am Niedergang Deutschlands und am Tod der deutschen Soldaten zuschrieb.“¹³³

Die Idee, ein Denkmal für die getöteten akademischen Soldaten in der Universität zu errichten, entstand schon kurz nach Kriegsbeginn. Während des Krieges wurde das

¹³² Vgl. dazu: Volkmann; Deutsche Studentenschaft, S. 179, 276.

¹³³ Scheit, Gerhard; Siegfrieds Nase. Über die Neuaufstellung des „Siegfriedskopfes“ im Arkadenhof der Wiener Universität, S. 3.

Vorhaben allerdings nicht mehr weiter verfolgt, weshalb das Thema erst wieder 1919 aufgenommen wurde. Die vorgesehene Sammlung der Namen der Gefallenen wurde schon während des Krieges aufgegeben, eine solche dürfte nach dem Krieg auch kaum mehr zu bewerkstelligen gewesen sein. Nach dem Krieg wurden mehrere Modelle in Erwägung gezogen, aufgrund des Geldmangels der Universität wurde auch eine schlichte Lösung, einfach die Namen auf einer Tafel festzuhalten, angedacht. Schließlich einigte sich der Senat doch noch auf die Anschaffung einer Plastik des Bildhauers Josef Müllner, der Mitglied des Senates war. Nachdem von Seiten der Universität die Plastik nicht bezahlt werden konnte, übernahm die Deutsche Studentenschaft einen Großteil der Kosten. Für die finanzielle Unterstützung übernahm die Deutsche Studentenschaft auch die Organisation des Ablaufs der Enthüllungsfeierlichkeiten, die am 9. November 1923 stattfand. „Die Spitze des Zuges bildete eine Gruppe nationalsozialistischer Studenten mit Stahlhelmen, dann folgten die Chargierten der katholischen und nationalen Verbindungen mit ihren Bannern und Fahnen, flankiert von Fackelträgern, dahinter schritt der Oberpedell mit den Insignien und schließlich der Rektor Döller mit den Dekanen ..., den Prodekanen und dem Professorenkollegium, darunter auch Weihbischof Doktor Pfluger.“¹³⁴ Sowohl die inhaltliche Ausrichtung der Veranstaltung als auch die der Deutschen Studentenschaft war klar, ebenso für wen dieses Denkmal errichtet wurde. Im Marmorsockel wurde eingraviert:

„- Ehre, Freiheit, Vaterland (Vorderseite)
- 1914 – 1918 (Rückseite)
- Den in Ehren gefallenen Helden unserer Universität (rechte Seite)
- Errichtet von der Deutschen Studentenschaft und ihren Lehrern (linke Seite)“¹³⁵.

Seit dieser Einweihungsfeier stellte und stellt der Siegfriedskopf eine ‘Pilgerstätte’ für die Mitglieder der Burschenschaften dar. Ebenso diente er als Plattform „für deutschnationale Kundgebungen und Manifestationen“, bevor er „ab den 1980er Jahren“ auch für

¹³⁴ Davy, Ulrike; Vašek Thomas; Der „Siegfrieds-Kopf“. Eine Auseinandersetzung um ein Denkmal in der Universität Wien, Wien 1991, S. 5.

¹³⁵ ebd., S. 13.

antifaschistische Kundgebungen genutzt wurde.¹³⁶ In den 1990er Jahren wurde der Siegfriedskopf zu einem Politikum, das über die Grenzen der Universität hinaus polarisierte. Vor allem an der Frage, wie mit dem Denkmal umzugehen sei und das Pro und Contra dazu, verlängerte die Entscheidungsfindung, bis sie schließlich nach Jahren im Sande verlief. Erst vor kurzem, mehr als 15 Jahre nach Beginn der Diskussion und dem ersten Beschluss den Siegfriedskopf an einem anderen Ort aufzustellen, wurden die Pläne für eine Versetzung des Siegfriedskopfes umgesetzt und dieser im Arkadenhof plaziert.¹³⁷

3.6 Der Kampf um das Studierendenrecht im Dachverband Deutsche Studentenschaft

Ein weiteres Betätigungsfeld für die österreichischen Studierenden der Deutschen Studentenschaft bildete der Dachverband der DSt. An ihrer Entwicklung hatten die österreichischen VertreterInnen maßgeblich teil, waren sie es doch, die ihre diskriminierenden Ansichten auch hier verbreiteten und dem Nationalsozialismus den Weg bereiteten. Im Rahmen der DSt. gab es ebenfalls eine langwierige Diskussion um das Studierendenrecht, die besonders von den österreichischen Mitgliedern in eine antisemitische Richtung getrieben wurde. Nicht zufällig wurde der erste nationalsozialistische Vorsitzende der DSt. am Studententag in Graz 1931 gewählt.

Die DSt. wurde aus der „Gesamtheit der einzelnen Vertretungen der deutschen Studentenschaften aller deutschen Hochschulen“ gebildet.¹³⁸ Zur Vereinfachung wurden die einzelnen Hochschulen in Kreisen zusammengefasst, deren Kreis VIII die

¹³⁶ Vgl.: Posch, Herbert; Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938. In: Posch, Herbert; Ingrisch, Doris; Dressel, Gert; 'Anschluß' und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende an der Universität Wien (= Stadler, Friedrich (Hg.); Emigration – Exil – Kontinuität. Schriften zur zeitgeschichtlichen Kultur- und Wissenschaftsforschung, Bd. 8), Wien 2008, S. 72. In Hinkunft zitiert als: Posch; Dauerkrise.

¹³⁷ Der neue Aufstellungsplatz im Arkadenhof wurde am 13. Juli 2006 feierlich eröffnet. Vgl.: Künstlerisch gestaltet, wissenschaftlich aufgearbeitet: „Siegfriedskopf“ im Arkadenhof <http://www.dieuniversitaet-online.at/beitraege/news/kuenstlerisch-gestaltet-wissenschaftlich-aufgearbeitet-siegfriedskopf-im-arkadenhof/10/neste/80.html>; zuletzt abgerufen am 15. 08. 2008.

Zur Neugestaltung des Siegfriedskopfes vgl. Posch; Dauerkrise, S. 72 und die von ihm in Fußnote 33 angegebenen Internetseiten der Universität Wien. Auch bei Scheit findet sich eine genauere Beschreibung des neuen Standortes des Siegfriedskopfes. Er kritisiert dabei den Umgang mit diesem belasteten Denkmal und wirft die Frage auf, ob nicht ein Teil des Kopfes, eben die Nase, als Denkmal ausgereicht hätte. Vgl.: Scheit, Gerhard; Siegfrieds Nase. Über die Neuaufstellung des „Siegfriedskopfes“ im Arkadenhof der Wiener Universität.

¹³⁸ Volkmann; Deutsche Studentenschaft, S. 179.

österreichischen Universitäten bildeten. In Deutschland wurden nach den ersten Wahlen an den Universitäten Allgemeine Studentenausschüsse (AStAs) gebildet.¹³⁹ Trotz der anfänglichen Schwierigkeiten sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, bildeten auch in Deutschland die Korporationen die stärkste Gruppierung, die bei den Wahlen zu den AStAs hervorging. Die Korporierten waren schließlich auch das bestimmende Element in der DSt.

Im Juni 1919, noch vor dem ersten Wahlgang in Österreich, fand in Würzburg der erste deutsche Studententag statt. Eingeladen waren StudierendenvertreterInnen aus den deutschsprachigen Gebieten, ausgenommen der Schweiz, sprich Deutschland, Österreich, dem Sudetenland und Danzig. Das Teilnehmerfeld setzte sich analog zu den bestimmenden Gruppierungen in den studentischen Vertretungen in erster Linie aus Korporierten zusammen. Aus Österreich reiste nur eine kleine Delegation an, da sich an den Wiener Universitäten die Studierenden nicht auf eine gemeinsame Vertretung einigen konnten. Somit wurden die österreichischen Studierendenvertretungen nur von Grazer und Innsbrucker StudentInnen repräsentiert.¹⁴⁰ Aber auch die wenigen angereisten TeilnehmerInnen legten an diesem Studententag offen zutage, worum es den ÖsterreicherInnen ging: um einen Zusammenschluss aller deutschsprachigen Studierenden auf einer rassistisch-antisemitischen Basis. Auf dieser Grundlage sollte die Verfassung der DSt., die auf diesem Studententag beschlossen wurde, aufgebaut werden. Dagegen stand allerdings die Intention der deutschen VertreterInnen, denn sie arbeiteten auf ein staatliche Anerkennung hin. Denn nur mit der Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechtes waren sie befugt, Mitgliedsbeiträge von den Studierenden einzuheben.¹⁴¹ Während Einigkeit darüber herrschte, dass fremdsprachige ausländische Studenten nicht Teil der DSt. sein konnten, obwohl gleichzeitig die österreichischen und sudetendeutschen Studenten sehr wohl als ein Teil angesehen wurden, war die antisemitische Ausrichtung des Gesamtverbandes umstritten.

„Bald zeigte sich deshalb, daß die beiden vom Kriegserlebnis beeinflussten Ziele, die Gesamtvertretung auf Grundlage allgemeiner Wahlen und die

¹³⁹ Zur Entstehung der Studierendenvertretungen in Deutschland vgl. z. B.: Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 69 f; Volkmann; Deutsche Studentenschaft, S. 3 f.

¹⁴⁰ Vgl. dazu z. B.: Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 70.

¹⁴¹ Vgl. z. B.: Egert; Durchsetzung des völkischen Prinzips, S. 60 ff. Im September 1920 gelang es den deutschen Studierendenschaften diese offizielle Anerkennung vom preußischen Kultusministerium zu erhalten. Daraufhin schlossen sich auch die anderen deutschen Hochschulländer diesem Beispiel an.

erstrebte Volksgemeinschaft als die Basis der DSt, sich widersprechen konnten, indem das Ziel der Volksgemeinschaft unter schneller Einengung dieses Begriffs auf eine völkisch-rassische Interpretation einen Gesamtverband auf der Grundlage der Idee einer allgemeinen Vertretung obsolet machen mußte.“¹⁴²

In der Verfassung sollte festgelegt werden, welche Studierenden als Teil der DSt. gelten und somit bei demokratisch abgehaltenen Wahlen das aktive und passive Wahlrecht besitzen sollten. Diese Regelung sollte für alle Teile des Dachverbandes gelten, also auch für die österreichischen Vertretungsorgane. Eigentlich hätte die Diskussion und die Abstimmung darüber ohne größere Probleme über die Bühne gehen sollen, befürworteten doch die deutschen Studierenden das staatsbürgerschaftliche Prinzip. Ihnen waren die langjährigen antisemitischen Auseinandersetzungen, die in Österreich ja nicht nur an den Universitäten, sondern auch in der hohen Politik ‘gepflegt’ wurden, fremd. Aber nicht nur die österreichischen, auch die sudetendeutschen Studierenden waren extreme Verfechter einer antisemitischen Verfassung. Der Vorstand und insgesamt die deutschen Studierenden waren von der radikalen antisemitischen Sicht der österreichischen und sudetendeutschen VertreterInnen überrascht und überfordert. Sie waren nicht auf die Radikalität vorbereitet und konnten sich nicht entsprechend dagegen zur Wehr setzen. Da das Ziel eine Gesamtvertretung war, sollte keine Studierendenvertretung der deutschsprachigen Gebiete ausgeschlossen werden. Daher wurde versucht, die deutschnationalen Wünsche in der Verfassung in abgeschwächter Form zu berücksichtigen. Allerdings war es schwer die beiden Punkte, Staatsbürgerschaftsprinzip und Volksbürgerschaftsprinzip, unter einen Hut zu bekommen, weshalb die in der Verfassung aufgenommene Formulierung den Deutschnationalen entgegenkam. Eine Einigung fand sich erst bei dem Wortlaut: „Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes bilden die deutsche Studentenschaft.“¹⁴³ Diese Formulierung zeigt, dass die demokratisch gesinnten Kräfte bei dieser Sitzung zu unkoordiniert bzw. auch zu wenig gefestigt waren, um diskriminierenden Einflüssen schon von Anfang an eine Absage zu erteilen. Die Verfassung kam natürlich den deutschnational gesinnten Studierenden entgegen, da sie leicht eine antisemitische Auslegung zuließ. Als dies der Vorstand der DSt. erkannte, war es schon zu spät, konnte die Formulierung nicht mehr revidiert werden. In weiterer Folge war dies der Anfang einer langjährigen Auseinandersetzung zwischen

¹⁴² Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 23.

¹⁴³ Volkman; Deutsche Studentenschaft, S. 179.

der DSt., die im Laufe der Zeit immer mehr zu einer Verfechterin der antisemitischen Auslegung wurde, und dem preußischen Kultusministerium unter sozialistischer Führung. Denn letzteres befürwortete, ähnlich wie das österreichische Staatsamt für Unterricht unter dem sozialistischen Staatssekretär Glöckel, ausschließlich das staatsbürgerliche Prinzip und versuchte über die Jahre, die antisemitischen Strömungen aus der studentischen Verfassung herauszuhalten.¹⁴⁴

Im Juli 1920, am 2. ordentlichen Deutschen Studententag in Göttingen, wurde der Punkt der Zugehörigkeit (§ 1 der Verfassung der DSt.) nochmals neu formuliert und lautete nun:

„Die ‘Deutsche Studentenschaft’ besteht aus den ‘Studentenschaften’ der Hochschulen des deutschen Sprachraumes. Diese ‘Studentenschaften’ setzen sich aus den volleingeschriebenen Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit und denjenigen deutscher Abstammung und Muttersprache zusammen.“¹⁴⁵

Durch eine zusätzliche Berufung auf die Staatsbürgerschaft sollte dem Antisemitismus ein Ende bereitet werden. Durch die Betonung der Staatsbürgerschaft sollte der Möglichkeit der Beschränkung der Mitglieder der Deutschen Studentenschaft aus rassistischen oder völkischen Gründen der Boden entzogen werden. Mit dem Hinweis, dass die jüdischen Studierenden die gleiche Staatsbürgerschaft besaßen, wurden für sie die gleichen Rechte eingefordert. Eine rassistische Diskriminierung sollte somit nicht mehr stattfinden können. Die deutschnationalen VertreterInnen waren aber davon überzeugt, dass die Staatsbürgerschaft aus den jüdischen Bevölkerungsteilen keine Deutschen machen könnte. Die Unterschiede zwischen den beiden ‘Völkern’ sahen sie ja im ‘Blut’ und in der ‘Rasse’ begründet, wodurch die Argumentation der DSt. auf taube Ohren stieß. Da auch der Passus der ‘deutschen Abstammung und Muttersprache’ nicht gestrichen wurde, sahen sich die österreichischen Studierendenvertretungen nicht bemüht die Regelung der Staatsbürgerschaft zu übernehmen. Dieses Vorgehen wurde zusätzlich von der DSt. durch einen weiteren Beschluss abgesegnet: „Den örtlichen Studentenausschüssen Deutsch-Österreichs und der Sudetenländer steht es frei, Studierenden nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und nichtdeutscher Abstammung, die sich zum deutschen Volkstum

¹⁴⁴ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 157.

¹⁴⁵ Volkmann; Deutsche Studentenschaft, S. 213.

bekennen, das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen.“¹⁴⁶ Es sollte wohl mit diesem Beschluss 69 sowohl den österreichischen als auch den reichsdeutschen jüdischen Studierenden eine Möglichkeit gegeben werden in die österreichische Vertretung aufgenommen zu werden. Die Aussichten für die österreichischen jüdischen Studierenden Teil der studentischen Vertretung zu werden, gingen von vornherein gegen Null. Bei der Beschlussfassung dürften auch die deutschen jüdischen Studierenden im Vordergrund gestanden sein. Denn diese waren an den deutschen Universitäten Teil der AStAs und somit auch der DSt., an den österreichischen und sudetendeutschen Hochschulen allerdings nicht. Mit diesem Passus sollten sie dazu gemacht werden können, in der Realität stellte er aber lediglich einen frommen Wunsch dar, der nicht umgesetzt wurde.

Im September 1920 wurde vom preußischen Kultusministerium eine Verordnung herausgegeben, mit der die studentischen Vertretungsorgane offiziell anerkannt wurden. Nach diesem Beispiel wurde auch von den anderen Hochschulländern in Deutschland eine offizielle Anerkennung ausgesprochen. Darin wurde das Staatsbürgerschaftsprinzip nochmals bestärkt. Damit wurde das eigentliche Ziel der deutschen Studierendenvertretungen erreicht und ihnen außerdem die Einhebung von Mitgliedsbeiträge ermöglicht.¹⁴⁷

Den Studierendenvertretungen in Österreich und dem Sudetenland war es bis dahin (im Unterschied zu den deutschen Studierendenvertretungen) nicht gelungen, eine offizielle Anerkennung zu erhalten. Daher konnten sie leicht die Verfassung nach ihren Ansichten auslegen, sprich eine ‘arische Auslese’ vornehmen. „Während jedoch die antisemitisch-völkischen Studenten in Österreich mit ihrer partiellen Bedeutung zufrieden sein mussten, wollten sie ihre Ziele in Deutschland total verwirklicht sehen.“¹⁴⁸ Ihre Versuche scheiterten in erster Linie am Widerstand des preußischen Kultusministeriums.

1921 wurde am Studententag in Erlangen eine Teilung der Studentenschaften eingeführt. Damit gab es nunmehr eine Verfassung für die DSt., „in der auch Österreicher und Sudetendeutsche Sitz und Stimme haben sollten“, und eine weitere für eine ‘Reichsdeutsche Studentenschaft’¹⁴⁹. Auch in der Begrifflichkeit kam es zu einem

¹⁴⁶ Nachrichtenblatt der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Studentenschaft. 1. Jahrg. 1919/29, Nr. 12. V. Verfassung und Veraltung der Deutschen Studentenschaft. 69. Studentenausschüsse in Deutsch-Österreich und in den Sudetenländern. S. 13, zitiert nach: ebd., S. 46.

¹⁴⁷ ebd., S. 78 f; 187.

¹⁴⁸ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 159.

¹⁴⁹ ebd., S. 159.

Wechsel. Die anerkannten reichsdeutschen 'Studentenschaften' wurden als solche angesprochen, während die von staatlicher Seite nicht Anerkannten in Österreich und dem Sudetenland als 'Studentenvereinigungen' bezeichnet wurden. Die Reichsdeutschen mussten sich am staatsbürgerlichen Grundsatz anhalten, während den 'auslandsdeutschen' Zusammenschlüssen zugestanden wurde, ihren Mitgliederkreis selbst zu bestimmen.¹⁵⁰ Damit waren die antisemitischen Ansprüche der Studierenden in Österreich und dem Sudetenland gedeckt. Doch auch ohne Mitwirkung der Österreicher konnte ein antisemitischer Ton nicht mehr aus der 'Reichsdeutschen Verfassung' herausgehalten werden. So wurden nach dem 1. August 1914 zugewanderte Studierende nicht mehr als Teil der 'Reichsdeutschen Studentenschaft' angesehen. Die Agitation der deutschnationalen Kräfte zeigte hier erstmals ihre Wirkung.¹⁵¹

„Infolge des Vorwurfes des Verfassungsbruches wegen Manipulation der Geschäftsordnung durch den alten Vorstand am Erlanger Studententag 1921 wurde am 18.1.1922 die Göttinger Notverfassung beschlossen.“¹⁵² Darin waren die Deutschen Studentenschaften aus Österreich und dem Sudetenland nicht mehr Teil der DSt. Die Mitgliedschaft beschränkte sich auf die reichsdeutschen 'Studentenschaften' und der Vertretung der Technischen Hochschule Danzig. Außerdem wurde für die 'Studentenschaften' eine Zugehörigkeit nach dem Staatsbürgerschaftsprinzip beschlossen.¹⁵³ Die 'Notverfassung' erteilte damit sowohl der großdeutschen Ausrichtung der DSt., als auch den diskriminierenden Ansichten eine Absage.

Nachdem dieser Beschluss in Deutschland keine flächendeckende Unterstützung erhielt, fand Ende Mai 1922 ein außerordentlicher Studententag in Honnef statt. Außerdem stand das Problem an, dass die 'Notverfassung' auf keiner rechtlichen Basis stand, da sie nicht auf verfassungsgemäßem Weg zustande kam. Sie entstand im Zuge der Entscheidung der Spruchkammer der 'Reichsdeutschen Studentenschaft' bezüglich des Verfassungsbruches und wurde dem Vorsitz vorgelegt, der sie annahm. Allerdings konnte eine Verfassungsänderung nur auf einem Deutschen Studententag angenommen werden.¹⁵⁴ Zu dem außerordentlichen Studententag fanden sich aber nur einige wenige Studierendenvertretungen ein, weshalb die hier neu beschlossene Verfassung nur einen

¹⁵⁰ Volkman; Deutsche Studentenschaft, S. 90 f; 249.

¹⁵¹ ebd., S. 245.

¹⁵² Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 81.

¹⁵³ Volkman; Deutsche Studentenschaft, S. 265 f.

¹⁵⁴ ebd., S. 128 f; 135 f.

Teilerfolg darstellte. Die neue Verfassung war nach dem Staatsbürgerschaftsprinzip ausgerichtet und sah dies auch für die bisher ausgenommenen Studierendenvertretungen in Österreich und dem Sudetenland vor, womit eine Gleichstellung aller Studierender im deutschsprachigen Raum vorgenommen wurde.

Doch auch dieses Ergebnis erfuhr keine allgemeine Anerkennung. Im Gegenteil wurde wieder Kritik am Vorstand geübt. Nachdem der ursprünglich in Marburg stattfindende Studententag von staatlicher Seite verboten wurde, fand der nächste Studententag im Juli 1922 in Würzburg statt, wo die Verfassung nun wieder antisemitisch eingefärbt wurde. Für die reichsdeutschen Studierendenvertretungen galt weiterhin das staatsbürgerliche Prinzip. Den auslandsdeutschen Organisationen wurde ihre Zusammensetzung wieder frei gestellt. Dadurch war ein Konflikt mit dem Ministerium vorprogrammiert, da dieses keine antisemitische Verfassung akzeptierte. Der Punkt der Verfassung war der rote Faden, der die Auseinandersetzung zwischen dem Kultusministerium und dem Gesamtverband DSt. durchzog, ohne dass es eine Aussicht auf eine Einigung gab. Die Fronten waren inzwischen zu verhärtet, keine der Parteien wollte von ihrem Standpunkt abweichen.¹⁵⁵

Um trotzdem zu einer staatsbürgerlichen Lösung zu kommen, nahm das preußische Kultusministerium mit dem österreichischen Unterrichtsministerium Kontakt auf, um über dieses auf die VertreterInnen der österreichischen Deutschen Studentenschaft einzuwirken. Die österreichischen Studierendenvertretungen sollten staatlich anerkannt werden, was schließlich bedeutet hätte, dass die staatsbürgerlichen Regelungen des Gesamtverbandes auch für Österreich gegolten hätten. Denn dem preußischen Kultusministerium war die antisemitische Ausrichtung der österreichischen Studierenden ein Dorn im Auge, da sich die diskriminierenden Einflüsse mittlerweile auch unter Deutschlands Studierenden breit machte. Nach den Vorstellungen des preußischen Kultusministers sollten alle Studierendenvertretungen die gleiche rechtliche Stellung besitzen, um in einem Gesamtverband zusammengeschlossen sein zu können.¹⁵⁶ Aufgrund der anfänglichen positiven Signale aus Österreich wurde von deutscher Seite eine Anerkennung der Deutschen Studentenschaft Österreichs bis 1. Oktober 1923 erwartet. Die Unterstützungserklärung war allerdings das einzige Signal aus Österreich. Vor Ablauf der Frist stellte sich das Unterrichtsministerium auf den Standpunkt, dass die Deutsche Studentenschaft Österreichs eine demokratische Einrichtung sei.¹⁵⁷ In weiterer Folge

¹⁵⁵ ebd., S. 287; Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 83 f.

¹⁵⁶ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 85.

¹⁵⁷ ebd., S. 89.

stellten sich die christlichsozialen Unterrichtsminister auf den Standpunkt, dass dies eine Sache der Universitäten sei und sie daher nicht eingreifen könnten.

In den nächsten Jahren stagnierten die Verhandlungen in dieser Frage. Erst 1926 wurde von deutscher Seite versucht, in diesem Punkt endlich eine einheitliche Lösung herbeizuführen. Die diskriminierenden Ansichten wurden in der Zwischenzeit in Österreich nicht abgebaut, sondern im Gegenteil mit den Bestimmungen z. B. der Technischen Hochschule in Wien weiter verfestigt. Die Deutsche Studentenschaft in Österreich war trotz der Zusage des Ministeriums immer noch nicht anerkannt. Die DSt. stellte damit ein Konglomerat aus reichsdeutschen Studierendenvertretungen und deutsch-völkischen Organisationen aus Österreich und dem Sudetenland dar, was den Vorstellungen und den gesetzlichen Rahmenbedingungen der deutschen staatlichen Seite nicht entsprach.¹⁵⁸

Ende des Jahres 1926 versuchte der preußische Kultusminister Becker über die deutschen Studierenden eine Änderung herbei zu führen. Diese sollten auf die österreichischen Studierendenvertretungen einwirken um eine staatliche Anerkennung zu erlangen, andernfalls sollten sie sich nur mehr innerhalb eines reichsdeutschen Zusammenschlusses organisieren. Bis Anfang März 1927 sollten die Studierenden die Entscheidung treffen, ob es bei dem großdeutschen Zusammenschluss blieb. Einer Dachorganisation mit Beteiligung der deutsch-ärischen Deutschen Studentenschaften Österreichs und des Sudetenlandes würde das preußische Kultusministerium die Unterstützung und den deutschen Studierendenvertretungen die staatliche Anerkennung entziehen.¹⁵⁹ Von Seiten der deutschen Studierenden wurde versucht, mit den österreichischen eine Übereinkunft zu erzielen. Allerdings waren letztere nicht bereit, von ihren Standpunkten abzurücken. Bestärkt wurden sie in ihrer Haltung sowohl von ihren Lehrenden als auch von den staatlichen Stellen. Nachdem alle Versuche schließlich als gescheitert angesehen werden mussten, initiierte Becker eine Verfassungsabstimmung. Sein Vorschlag wurde aber mit einer überwältigenden Mehrheit abgelehnt. „Insgesamt stimmten 77 Prozent gegen und nur 23 Prozent für Beckers Verfassung. Daraufhin entzog der preußische Kultusminister den Studierendenvereinigungen seine Unterstützung und die Legitimation, offiziell Beiträge zu erheben. Die anderen deutschen Länder folgten in längeren Zeitabschnitten.“¹⁶⁰

¹⁵⁸ ebd., S. 135 f.

¹⁵⁹ ebd., S. 137.

¹⁶⁰ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 162.

Dieser Vorgang war zwar eindeutig, ließ den deutschen Studierenden aber trotzdem mehrere Interpretationen offen. Die beliebteste war jene, diesen Vorgang „als unpatriotischen Willkürakt einer sozialdemokratisch-internationalistisch geführten Regierung gegen die freiheitlich und national gesinnten Studenten“¹⁶¹ anzusehen. „Den wenigsten nur war bewußt, daß hier der Antisemitismus seine große Schlacht gewonnen hatte. Er hatte die Regierung und Studenten, die Republik und ihre Akademiker entzweit.“¹⁶²

Die Studierenden richteten daraufhin eine Nachfolgeorganisation auf privater Basis ein, die nun noch radikaler war. Die Deutsche Studentenschaft „entwickelte sich zu einem Faktor, der immer weniger übersehen werden konnte, allerdings nicht nur in der Hochschulpolitik im engeren Sinne, sondern auch im weiteren Zusammenhang der Radikalisierung des Bürgertums überhaupt.“¹⁶³

¹⁶¹ ebd., S. 162.

¹⁶² ebd., S. 162.

¹⁶³ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 32.

4. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB)

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem Entstehen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Die ersten nationalsozialistischen Zusammenschlüsse von deutschen Studierenden 1923 hielten nicht lange und entstanden erst wieder nach der offiziellen Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes 1926. Die Geringschätzung, die dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) von Seiten der NSDAP entgegengebracht wurde, verhinderte in den ersten Jahren eine effektive Politik. Andererseits hatte der NSDStB aber auch niemals ein großes inhaltliches Programm. Die wenigen Punkte, die darin Eingang fanden, stellten auch keine Neuerungen der studentischen Politik dar. Einzig mit seinem Aktionismus und der Sympathie der, in erster Linie korporierten, Studierenden der Mutterpartei gegenüber konnte der NSDStB punkten.

Der NSDStB setzte es sich zum Ziel, an die Ressourcen der DSt. zu kommen um damit seine totalitären Ansprüche verwirklichen zu können. Damit stand er in einem konträren Verhältnis zu den Verbindungen, die seit Beginn der DSt. deren Geschicke lenkten. Der Großteil der Studierenden war korporiert, was ein Eindringen in die Domäne der Korporationen auf der einen Seite erschwerte. Andererseits erleichterte es die Unterschiedlichkeit des Verbindungswesens dem NSDStB, die einzelnen Verbindungen und Dachverbände gegeneinander auszuspielen. Da sich diese auf kein gemeinsames Vorgehen einigen konnten und im Prinzip sogar den Inhalten und Ideologien des NSDStB positiv gegenüberstanden, war es auch ein Leichtes für den NSDStB, die Korporationen zu unterwandern.

Als der NSDStB 1932 sein Ziele der Übernahme der DSt. und der meisten AStAs verwirklicht hatte, musste er erstmals schwere Niederlagen einstecken und wurde in seinen Grundfesten erschüttert. Zu Hilfe kam ihm die Mutterpartei, die mit der Machtübernahme in Deutschland einen Umschwung auch unter den Studierenden herbeiführte und somit den Bestand des NSDStB sicherte.

Ein wenig anders war die Situation für den NSDStB in Österreich. Dieser konnte seine größten Erfolge bei Wahlen in den Jahren 1931 und 1932 feiern, kurz bevor er im Zuge des austrofaschistischen Umschwunges 1933 verboten wurde. In der Zeit der Illegalität waren die nationalsozialistischen Studierenden, ebenso wie jene aller anderen verbotenen Parteien, im Untergrund aktiv. In dieser Zeit kam es sogar zu einem gemeinsamen

Vorgehen mit den linken Studierenden, die bisher als einer der Hauptfeinde angesehen wurden. Insgesamt taten sich die nationalsozialistischen Studierenden in der Verbotszeit aber leichter als die linken Leidensgenossen. Das staatliche Vorgehen ihnen gegenüber hielt sich in Grenzen, ab dem Juliabkommen von 1936 war es nochmals leichter geworden, oppositionelle Aktivitäten durchzuführen. Außerdem konnten sie sich im Rahmen der deutschnationalen Korporationen frei an den Universitäten bewegen und damit ihre Propaganda unter den Studierenden verbreiten, was in der gleichen Form für die linken Studierenden nicht möglich war.

4.1 Der NSDStB in Deutschland

Die Aberkennung der staatlichen Anerkennung in Deutschland 1927, war für die DSt. ein herber Rückschlag, da damit Rechte verbunden waren, die ihre Finanzbasis sicherten. Aber schwerer als die finanzielle Notlage sollte für die DSt. das Auftauchen des NSDStB wiegen, der sich zuerst die Auflösung, dann die Übernahme der DSt. zum Ziel gesetzt hatte.

Schon zu Beginn der 1920er Jahre gab es nationalsozialistische Zusammenschlüsse Studierender. Besonders aktiv war dabei die „SA-Studentenkompanie unter der Führung von Rudolf Heß“¹⁶⁴, die sich die starke nationale Ausrichtung der Studierenden zunutze machte. 1923 wurden in Erlangen und in Heidelberg die ersten Erfolge im Bereich der Hochschulpolitik verzeichnet. So erhielten die NationalsozialistInnen bei den AStA-Wahlen im November 1923 in Erlangen fast die Hälfte der Sitze und stellten in der Folge den Vorsitz. Auch in Heidelberg gelang es nach den Wahlen im Juli 1924 den Vorsitz zu stellen, obwohl sie nur drei von 14 Sitzen inne hatten. Viele Studierende beteiligten sich auch im November 1923 am Putschversuch von Adolf Hitler. Doch diese erste Hochphase des Nationalsozialismus war schnell wieder vorüber und die studentischen Zusammenschlüsse zerfielen wieder.¹⁶⁵

In einem Treffen zwischen Rudolf Heß und den beiden Jusstudenten Wilhelm Tempel und Helmut Podlich im Jahre 1925 wurden die Voraussetzungen für die Gründung des NSDStB geschaffen. Am 20. Februar 1926 berichtete der Völkischen Beobachter erstmals über die

¹⁶⁴ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 196.

¹⁶⁵ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 28 ff.

nationalsozialistische Studierendenorganisation. Beide Studenten wechselten nach München um den NSDStB aufzubauen, dessen Leitung Tempel übernahm. Relativ schnell entstanden auch in anderen Universitätsstädten nationalsozialistische Studentenbünde, deren Mitgliedern schon damals zu einem guten Teil aus den Korporationen kamen.¹⁶⁶ Diese wurden meist von jenen gegründet, die schon in den Jahren 1923 und 1924 aktiv waren, sich aber zwischenzeitlich den deutsch-völkischen Organisationen angeschlossen hatten. So kann davon ausgegangen werden, dass sich bis zum Ende des Jahres 1926 ca. 300 Personen in den einzelnen Bündeln zusammengefunden hatten. Allerdings gab es zu diesem Zeitpunkt noch kein ausgearbeitetes Programm und die einzelnen Gruppierungen verfolgten unterschiedliche Ziele. „Nicht selten kamen die Gruppen über den Status von Diskutierklubs nicht hinaus, oder sie gingen mit dem Ende des Sommersemesters im Juli wieder ein“¹⁶⁷. Ein weiteres Problem für den NSDStB war die Vormachtstellung der Korporationen, vor allem in den kleineren Universitätsstädten. Diese erschwerten das Aufkommen anderer Gruppierungen, da sie das studentische Leben bestimmten, denn entweder waren die Studierenden Mitglieder oder zumindest Sympathisanten der Korporationen.

Die erste Verfassung 1926 legte Organisation und Struktur des Bundes fest, eine inhaltliche Ausrichtung wurde zunächst nicht vorgenommen. Der Aufbau war eine Mischung aus demokratischen Entscheidungsfindungen und dem Führerprinzip. Die Mitglieder der Universitäten wurden in Hochschulgruppen organisiert, die demokratische Entscheidungen treffen sollten. Ihnen stand ein sogenannter ‘Hochschulgruppenführer’ vor, dem aber keine besondere Stellung zugeordnet war. Allerdings war dieser der obersten Stelle des NSDStB, dem ‘Reichsleiter des NSDStB’, verantwortlich. Dieser unterstand direkt dem Parteiführer, sprich Hitler. Wesentlich war, dass der NSDStB keine eigenverantwortliche Organisation darstellte, daher mussten die Studierenden auch Mitglieder der NSDAP sein. Sie unterstanden bis auf universitäre Angelegenheiten den jeweiligen Ortsgruppen der NSDAP.¹⁶⁸ Jüdische Studierende konnten keine Mitglieder des NSDStB werden.

¹⁶⁶ Heither, Dietrich; *Gegner der Weimarer Demokratie*. In: Heither, Dietrich; Gehler, Michael; Kurth, Alexandra; Schäfer, Gerhard; *Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften*, Frankfurt am Main 1997, S. 94. In Hinkunft zitiert als: Heither; *Gegner der Weimarer Demokratie*. Im Gegensatz zu Faust schreibt Heither, dass der NSDStB nicht von München, sondern von Leipzig aus aufgebaut wurde.

¹⁶⁷ Faust; *Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund*, Bd. 1, S. 38.

¹⁶⁸ ebd., S. 39 f.

Die Strukturen waren schnell festgelegt, diese konnten aber die fehlenden Inhalte kaum überdecken. Diese wurden erst zum Jahresende formuliert und veröffentlicht. Sie lauteten:

„Unser oberster Grundsatz ist:

I. Gleichheit an der Hochschule für alle Deutschen in Pflichten und Rechten,

II. Freiheit der Hochschulen von behördlicher und polizeilicher Bevormundung,

III. Reinheit der Hochschulen vor Korruption und Überfremdung.

Wir Nationalsozialisten kämpfen für Lern- und Lehrfreiheit an den Hochschulen.

Wir Nationalsozialisten erstreben die Hochschulgemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.“¹⁶⁹

„Diese wilde Klitterung aus völkisch aggressiven, sozial und national gleichermaßen wirksamen und ökonomisch haltlosen Propagierungen bezeichnet Artur von Behr im gleichen Heft als ‘Hochschulpolitik aus der Idee des nationalen Sozialismus’ – Konturen sucht man auch in ihr vergebens. Juden raus! ist die einzige in ihr erkennbare Generallinie. Die Forderung nach einem Numerus clausus für jüdische Studenten war denn auch die einzige präzise Forderung.“¹⁷⁰

Im Mai 1927 wurde das Programm des NSDStB überarbeitet und weitergehende Forderungen aufgestellt. Diese beinhalteten neben sozialen, wissenschaftliche und rassistische Forderungen. Auch die Hochschulautonomie sollte gestärkt und vor parteipolitischen Maßnahmen geschützt werden. Im sozialen Bereich beschränkte sich das Programm auf die Forderung nach gestaffelten Hochschulbeiträgen. Den größten Stellenwert hatten die rassistischen Punkte inne. So sollte das ‘deutsche Volkstum’ im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Forschung stehen, ein Numerus clausus für jüdische Studierenden wurde ebenso gefordert, wie der Punkt, dass nur ‘Deutschblütige’ an den deutschen Universitäten lehren dürften. Auch für die DSt. wurde dies gefordert, sowie dass sie sich in erster Linie kulturellen Aufgaben widmen sollte. Zuletzt wurde eine Zusammenarbeit mit den Handarbeitern gefordert, durch die das Dritte Reich verwirklicht werden sollte.¹⁷¹

¹⁶⁹ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 197.

¹⁷⁰ ebd., S. 197 f.

¹⁷¹ ebd., S. 199 f.

Die Umsetzung der Punkte war umso schwieriger, als der NSDStB gezwungen war, sich an die Vorgaben der NSDAP zu halten. Dies wurde umso schwerer, als sich die Bildungsfeindlichkeit des Nationalsozialismus durchsetzte und die Ablehnung der 'Kopfarbeiter' immer größer wurde. Dem NSDStB fehlte somit auch in den eigenen Reihen die notwendige Unterstützung, um in den ersten Jahren die erwarteten Erfolge zu feiern. Auch die inhaltliche Schwäche wurde somit nur verstärkt. Um die Ziele auch ohne Unterstützung der Partei umsetzen zu können, brauchten sie Ressourcen, über die an den Universitäten einzig die DSt. verfügte. Daher verschrieb sich der NSDStB in den ersten Jahren dem Kampf gegen die DSt. In dem stark nationalistischen Klima wurde es zur Strategie, die DSt. als 'undeutsch' darzustellen, indem ihr vorgeworfen wurde, sich nicht am „lebenswichtigen Kampf Deutschlands gegen innere und äußere Feinde“¹⁷² zu beteiligen. Gelegenheiten dazu ließen sich in den folgenden Jahren genügend finden. 1928 forderte der NSDStB, dass sich die DSt. die Politik des NSDStB aneignen sollte, um einer Zerschlagung zu entgehen. Das Vorgehen in diesem Punkt zeigte deutlich, „daß ihm an wirklich politischen Lösungen [...] nichts lag. Das war nur folgerichtig, denn im Grunde interessierte ihn die DSt nicht. Solange sie nicht unter nationalsozialistischer Regie stand, war sie zu nichts mehr denn als Agitationsebene zu gebrauchen.“¹⁷³

1927 und 1928 konnte der NSDStB die ersten Erfolge bei Wahlen feiern. Es gelang, sich durch entsprechend propagierte Veranstaltungen, wie Vorträge von Parteimitgliedern, sogar von Hitler, die Sympathie der Studierenden zu sichern. In Frankfurt/Main wurde ein Nationalsozialist „zum Vorsitzenden der Frankfurter Studentenschaft und damit zum ersten Studentenschaftsvorsitzenden aus den Reihen des NSDStB überhaupt gewählt“¹⁷⁴. In Kiel gelang es im März 1927 „den örtlichen Studentenschaftsvorsitzenden und den Leiter des DSt-Kreises II (Norddeutschland)“¹⁷⁵ zu stellen, was den bisher größten Erfolg für den NSDStB darstellte.

Trotz dieser ersten Erfolge gab es innerhalb des NSDStB genügend Probleme, die „in den meisten Fällen miteinander verquickt, von den Beteiligten selbst nicht immer in ihrer Verschiedenheit klar erkannt wurden: Die Unzufriedenheit mit Tempels DSt- und Verbändepolitik; die grundsätzliche Infragestellung der Existenzberechtigung des Bundes; Kritik an der Person Tempels; als komplizierendes Moment kommt die Einmischung

¹⁷² Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 50.

¹⁷³ ebd., S. 55.

¹⁷⁴ ebd., S. 60.

¹⁷⁵ ebd., S. 60.

gewisser Parteikreise hinzu.“¹⁷⁶ Vor allem die Unzufriedenheit mit Tempels Führungsstil führte zwischen Sommer 1927 und Anfang 1928 dazu, dass aufgrund der Streitereien zwischen einzelnen Gruppen und Tempel erstere aus dem Gesamtbund ausgeschlossen wurden bzw. selbst austraten. Sein Umzug von München nach Leipzig förderte den Kontaktverlust zur Parteizentrale und die Schwächung seiner Stellung. Von der obersten Parteileitung konnte er keine Unterstützung erwarten, weshalb die Summierung der Kritikpunkte dazu führte, dass er im Juni 1928 seinen Posten als Reichsleiter verlor und von Baldur von Schirach¹⁷⁷ abgelöst wurde.

Mit Schirach gab es nicht nur einen neuen Reichsleiter, sondern auch eine neue offizielle Politik den Dachverbänden der Korporationen gegenüber. Schirach brach mit dem Programm seines Vorgängers, das „mit pseudo-sozialrevolutionären Einschlügen“ versehen war und „gegen die Arroganz und die Überheblichkeit der Verbindungen polemisierte“.¹⁷⁸ Nicht nur den Korporationen, auch der DSt. gegenüber gab es nun eine neue Politik. Denn Schirach wollte das propagandistische Potential, das die DSt. in sich barg, für den NSDStB nutzen, weshalb sie nicht mehr zerschlagen, sondern übernommen werden sollte. Dies bedeutete aber auch, dass sich der NSDStB nicht mehr in totaler Opposition zur Politik der DSt. begab, sondern sich ihr anpasste und in ihrem Rahmen mitarbeitete. Dies ging umso leichter, als die DSt. nach dem Verlust der staatlichen Anerkennung mittlerweile dazu übergegangen war, einen härteren Kurs gegenüber der Regierung zu fahren.¹⁷⁹

Da die Träger der DSt. die Korporationen waren, die überdies mehr als die Hälfte der Studierenden in sich vereinigten, sollten diese „für den Nationalsozialismus gewonnen werden“¹⁸⁰. Der Umgang wurde – vor allem mit den schlagenden, da in diesen der Nationalsozialismus leichter Fuß fassen konnte – lockerer. Ideologisch gab es kaum

¹⁷⁶ ebd., S. 61.

¹⁷⁷ Baldur von Schirach (1907-1974) wurde 1928 Reichsleiter des NSDStB, 1931 zum Reichsjugendführer bestellt, wo ihm alle Jugendgruppen der NSDAP unterstanden. 1933 wurde er zum Jugendführer des Deutschen Reiches ernannt. 1936 wurde er durch das Jugendgesetz zum Staatssekretär und die „Reichsjugendführung zu einer Obersten Reichsbehörde aufgewertet“. Ende 1939 meldete er sich für den Kriegsdienst. 1940 legte er die Funktion des Reichsjugendführers zurück und wurde im gleichen Jahr „zum Reichsstatthalter und Gauleiter des Gaues Wien“ ernannt. „Anfang 1941 Organisation v. Judendeportationen in seinem Verantwortungsbereich als GL.“ 1945 tauchte er kurze Zeit unter und war einer der Angeklagten im Hauptkriegsverbrecherprozess, wo er wegen ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde. Weiß, Hermann; Personenlexikon 1933-1945, Wien 2003, S. 404 f.

¹⁷⁸ Heither; Gegner der Weimarer Demokratie, S. 95.

¹⁷⁹ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 79 ff.

¹⁸⁰ Heither; Gegner der Weimarer Demokratie, S. 95.

Differenzen zwischen den Korporationen und dem NSDStB. Dies äußerte sich nun in dem gemeinsamen Besuch politischer Veranstaltungen, gemeinsamen Feiern, gemeinsamer Ausübung des Wehrsports und anderer Aktivitäten.¹⁸¹ Trotz dieses neuen Umganges, blieben Ansätze der Politik Tempels weiterhin vorhanden. So wurde einerseits eine Zusammenarbeit gefördert, wenn es dem NSDStB dienlich war, andererseits wurde aber auch die Konfrontation nicht gescheut.¹⁸²

Nach dem Wechsel an der Spitze des NSDStB stellten sich die ersten Wahlerfolge ein. Daraufhin wurden die österreichischen Universitäten zum Beispiel genommen, die zum Teil schon einen Numerus clausus für jüdische Studierende umgesetzt hatten. Nachdem im Dezember 1928 und im Februar 1929 in Berlin bzw. Erlangen ein entsprechender Antrag eingebracht und angenommen wurde, gab Schirach die Direktive, diesen Antrag an allen Universitäten einzubringen.¹⁸³ Die DSt. sah sich daraufhin gezwungen einzugreifen und veranlasste die Zurückstellung der Beschlüsse mehrerer Universitäten, „bis der Oberste Spruchhof der DSt als Schiedsgericht sich geäußert habe“¹⁸⁴. Der Hauptausschuss der DSt. war zwar der Meinung, dass diese Anträge gegen die Würzburger Verfassung verstoßen würden, schob das Problem aber an den Spruchhof ab. Dieser ließ sich mit seiner Entscheidung Zeit, weshalb sich im Juli 1929 der 12. Deutsche Studententag mit dem Thema befassen sollte, der sich der Verantwortung aber ebenfalls entzog. Schließlich konnte sich der Spruchhof doch noch zu einer Entscheidung durchringen, in der die getroffenen Beschlüsse als satzungswidrig erachtet wurden.

„Einen Verstoß gegen die religiöse und parteipolitische Neutralität sieht er allerdings nicht, da sich einmal die Beschlüsse auf Angehörige der jüdischen Rasse bezögen und nicht auf das Glaubensbekenntnis und andererseits nicht jeder Gegenstand, der auch das Interesse der Parteien fände, für Studentenschaften tabu sein dürfte. Ein Verstoß sei aber deshalb gegeben, weil innerhalb der reichsdeutschen Studentenschaft eine Gruppe diskriminieren wurde, was nicht gestattet sei.“¹⁸⁵

¹⁸¹ Vgl. dazu: ebd. S. 95 ff.

¹⁸² Grüttner, Michael; Die Korporationen und der Nationalsozialismus. In: „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg Bd. 8), Würzburg 1998, S. 125. In Hinkunft zitiert als: Grüttner; Die Korporationen.

¹⁸³ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 1, S. 90 f.

¹⁸⁴ ebd., S. 91.

¹⁸⁵ ebd., S. 92.

Mit dieser Entscheidung war das Thema Numerus clausus für jüdische Studierende an deutschen Universitäten bis 1933 vom Tisch, da die Möglichkeit, diesen über eine Satzungsänderung einzuführen, nicht ausgeschöpft wurde.¹⁸⁶

Als Ende März 1930 „der Wiener Universitätsrektor Graf Gleispach im Einvernehmen mit dem Sozialminister und späteren Kardinal Innitzer für seine Universität ein Studentenrecht auf deutscharischer Grundlage“ präsentierte, laut dem „sich die Studentenschaft in Nationen gliedern, Hörer ‘gemischter Abstammung’ [...] eine gemischte Studentenschaft zu bilden“¹⁸⁷ hatten, wurde auch in Deutschland ein weiteres Mal versucht, das Thema Studierendenrecht aufzurollen. Dieser Versuch scheiterte aber am Unwillen des Kultusministeriums.

In dieser Lage, gerade einen Misserfolg hinnehmen zu müssen und den NSDStB bei den Wahlen zu den AStAs weiter gewinnen zu sehen, versuchte die DSt., sich die Unterstützung der Verbindungen zu sichern. Besonders wichtig waren die katholischen Korporationen, denn gerade diese hatten Vorbehalte gegenüber der Politik der DSt. Doch mehr als eine Solidaritätserklärung konnte sie nicht erringen, womit die Gefahr einer Übernahme durch den NSDStB weiterhin bestand. Die Lage der DSt. verschlechterte sich, als sich kurze Zeit später drei Dachverbände wieder von der Solidaritätserklärung distanzieren.¹⁸⁸

Der NSDStB nutzte die Uneinigkeit der Korporationen, um im Vorfeld des folgenden Studententages der DSt. den Anspruch auf den ersten Vorsitzenden zu erheben und anschließend auch auf den zweiten auszudehnen. Die DSt. versuchte ergebnislos dagegen zu intervenieren. Dem Versuch einer Verschiebung des Studententages war nur ein kleiner Erfolg beschieden, da er drei Tage später stattfand. Im Rahmen des im Juli 1931 in Graz stattfindenden Studententages versuchten die Verbindungen nochmals, eine stärkere Stellung in der neuen Führung der DSt. zu bekommen. Dies gelang allerdings nicht, wodurch ein nationalsozialistischer Vorsitz nicht zu vermeiden war. Nur mit der Drohung aus der DSt. auszuziehen, konnte ein zweiter nationalsozialistischer Vorsitzender verhindert werden. Somit wurde mit der Wahl des Nationalsozialisten Walter Lienau zum

¹⁸⁶ ebd., S. 93.

¹⁸⁷ Faust, Anselm; Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Band 2, Düsseldorf 1973, S. 17. in Hinkunft zitiert als: Faust; Studentenbund, Bd. 2.

¹⁸⁸ ebd., S. 18.

Vorsitzenden der DSt. die zwölfjährige Herrschaft der Verbände im Vorsitz der DSt. beendet.¹⁸⁹

Während die Nationalsozialisten Grund zum Feiern hatten, sahen die Dachverbände schlechte Zeiten herankommen. „Die Aufrechterhaltung, bzw. die Wiedergewinnung des maßgeblichen Einflusses in die DSt war denn auch die größte Sorge der Verbände, gegen die ‘neue’ politische Linie hatte man weniger einzuwenden, denn die war ja nur allzu sehr die eigene.“¹⁹⁰ Die Dachverbände hatten die politische Linie vorgegeben, nach dem Verlust der staatlichen Anerkennung der DSt. hatten sie diese auch finanziell unterstützt. Abgesehen davon hatte mit dem Machtwechsel die Parteipolitik an den Universitäten Einzug gehalten, was bisher immer vermieden wurde. Es mehrten sich die Stimmen, die eine Neugestaltung der DSt. nach dem ständischen Prinzip forderten. Denn die Nationalsozialisten waren trotz ihrer immensen Wahlerfolge eindeutig überrepräsentiert, da der NSDStB im Gesamten nicht annähernd so viele Mitglieder wie die Korporationen hatte, die Wahlergebnisse daher nicht die Größenverhältnisse widerspiegelten.¹⁹¹

Die Amtszeit Walter Lienaus dauerte aus mehreren Gründen nicht sehr lange. Einerseits versuchte Lienau, Schirach aus seiner gefestigten Position zu drängen, wobei ihm kein Erfolg beschieden war. Andererseits ging er massiv gegen die Verbindungen vor, mit denen gerade erst wieder eine Einigung erzielt worden war. Und drittens verabsäumte er es, in den wichtigen studentischen Angelegenheiten, wie z. B. der Erhöhung der Studienbeiträge, Akzente zu setzen. Vielmehr reagierte Lienau immer zu spät, als die Angelegenheiten quasi schon vorüber waren. Somit mehrten sich die Stimmen, auch aus den eigenen Reihen, gegen ihn. Nachdem die Probleme nicht mehr geheim gehalten werden konnten, musste er Anfang Dezember 1931 sein Amt abgeben.¹⁹²

Im Vorfeld des Abgangs von Lienau kam es zu einem Abkommen zwischen dem NSDStB und den Dachverbänden über eine neue Führung. Einmal mehr gab die Wahl die Gelegenheit zu beobachten, dass sich der NSDStB nicht an die Einhaltung dieser Übereinkünfte gebunden fühlte. Obwohl anders vereinbart, nutzte der NSDStB seine Stimmenmehrheit, um sich beide Vorsitzende zu sichern, woraufhin es zu einem erneuten Konflikt mit den Dachverbänden kam. Erst als die Abstimmung im Jänner 1932 wie

¹⁸⁹ ebd., S. 19 ff.

¹⁹⁰ ebd., S. 21.

¹⁹¹ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 219.

¹⁹² Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 2, S. 22-29. Heither; Gegner der Weimarer Demokratie, S.101 f.

ursprünglich ausgehandelt ausging, waren die Wogen geglättet. Der schon im Dezember zum neuen Vorsitzenden der DSt. gewählte Nationalsozialist Gerhard Krüger wurde in seinem Amt bestätigt. Doch diese Ruhe währte nur kurz. Schon im März wurden die von den Dachverbänden in den Vorstand nominierten Mitglieder ihres Amtes enthoben und durch NSDStB-freundliche Verbändevertreter ersetzt. Durch diesen Personenwechsel wurde „die bisher relativ einig Front der Verbände aufgebrochen“¹⁹³.

Im Laufe des Sommersemesters wurde daran gearbeitet, die DSt. mit dem NSDStB gleichzuschalten. „Jeder Amtsinhaber mußte den Anordnungen der nationalsozialistischen Dienststellen Folge leisten, auf lokaler Ebene dem Hochschulgruppenführer, auf Kreisebene dem Kreisleiter.“¹⁹⁴ Ebenso mussten die Funktionäre der DSt. ihre Anordnungen von der entsprechenden nationalsozialistischen Stelle gegenzeichnen lassen. Dementsprechend wurde eine Personalunion der beiden Funktionen angestrebt, denn es sollte nur mehr der Wille der NationalsozialistInnen umgesetzt werden, nicht jener der Wähler.¹⁹⁵

Im Juli 1932 fand der nächste Studententag in Königsberg statt, wo vom Vorsitzenden Krüger eine Umgestaltung der Deutschen Studentenschaft nach dem Führerprinzip vorgestellt wurde. Die Dachverbände erkannten die daraus für ihre Organisationen folgenden Konsequenzen und versuchten, die Annahme der Beschlüsse zu vereiteln. Nachdem sie allerdings nur als Minderheit vertreten waren, hatten sie keine Chance das Ergebnis zu beeinflussen. Durch verschiedene Maßnahmen wurde von den Nationalsozialisten verhindert, dass die meisten oppositionellen Verbände am Studententag teilnahmen, wodurch „die DSt-freundlichen Verbände [...] weit über ihre wirkliche Stärke vertreten, die opponierenden deutlich unterrepräsentiert“¹⁹⁶ waren.

Am dritten und letzten Tag der Tagung wurde das neue Konzept für die Studierendenorganisation vorgestellt. Dass Arbeitsdienst und körperliche Betätigung zu einem wichtigen Bestandteil des Studiums werden sollten, war schon im Vorfeld klar geworden. Der Vorsitzende der DSt. wurde zum alleinverantwortlichen und quasi allmächtigen Herrscher, der seine Untergebenen selbst einsetzen konnte. Einzig drei Ältesten war es, allerdings nur bei Einstimmigkeit, vorbehalten, die Führung abzusetzen.

¹⁹³ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 221-224.

¹⁹⁴ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 2, S. 36.

¹⁹⁵ ebd., S. 36.

¹⁹⁶ ebd., S. 37.

Zwei weitere Personen fungierten als Kontrollorgan. Der Hauptausschuss wurde zu einem beratenden Gremium degradiert. Der Studententag sollte weiterhin jährlich stattfinden, hatte „aber nur den Wert einer politischen Kundgebung der Studentenschaft und Schulung der einzelnen Amtsträger“¹⁹⁷. Die Studierenden sollten auch bei Nachbesetzungen beteiligt sein, wenn auch nur, um die ‘Eignung’ aus moralischer, sittlicher und nationaler Sicht zu gewährleisten.¹⁹⁸

Das neue Konzept wurde mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen, was auch wenig verwundert, waren doch durch eine straffere Organisation des NSDStB die eigenen Abgeordneten per Unterschrift zwangsverpflichtet, sich die vorgegebene Meinung anzueignen. Die Bestätigung der Amtsinhaber verlief erwartungsgemäß, auch wenn sich mehr Gegenstimmen einstellten, als angenommen. Diese Gegenstimmen blieben aber „das äußerste Zeichen von Opposition“¹⁹⁹.

Die einzelnen Korporationen beurteilten den Studententag natürlich unterschiedlich. Von den Oppositionellen gab es Kritik am Führungssystem, da ihnen klar war, dass sie dadurch nicht mehr an die Macht kommen würden. Ihnen schwebte ein ständisches oder bündisches System vor, welches nach der Stärke der einzelnen Gruppierungen besetzt sein sollte und in welchem dem NSDStB nur ein kleiner Teil der Macht zukommen würde. In dieser Situation wurde „das angeblich undeutsche Wahlprinzip“²⁰⁰ einer nationalsozialistischen Diktatur vorgezogen.

Mit dem Studententag in Königsberg war die nationalsozialistische Übernahme der DSt. abgeschlossen. Die korporierten Studierenden, die jahrelang die Geschicke dieser Organisation gelenkt hatten, waren aus dieser gedrängt worden. Es war nur ein Vorgeschmack auf das, was noch auf sie zukommen sollte. Anfangs wurde von den neuen Machthabern eine korporationsfreundliche Politik umgesetzt, wurde z. B. das Mensurverbot aufgehoben. Gleichzeitig wurde damit begonnen, die Korporationen gleichzuschalten. Diese machten es den neuen Machthabern aber auch nicht schwer. Mit Begeisterung traten sie den nationalsozialistischen Einrichtungen bei. Nach weiteren Maßnahmen der Gleichschaltung, wie der Bildung von Kameradschaftshäusern in den Korporationshäusern oder dem endgültigen Ausschluss der jüdischen Mitglieder, lösten

¹⁹⁷ ebd., S. 40.

¹⁹⁸ ebd., S. 39 f.

¹⁹⁹ ebd., S. 41.

²⁰⁰ ebd., S. 42.

sich ab dem Jahre 1935 die Verbindungen der Reihe nach selbst auf.²⁰¹ Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme des deutschen Staates waren die gravierenden Rückschläge, die der NSDStB bei den Wahlen im Wintersemester 1932/33 hinnehmen musste, vergessen und seine Position wieder gestärkt.²⁰² Im Mai 1933 wurde von der nationalsozialistischen DSt. die erste Bücherverbrennung im Dritten Reich vorgenommen, nachdem die Studierenden die Universitätsbibliotheken 'gesäubert' hatten.²⁰³

4.2 Der NSDStB in Österreich

Über die Anfänge des NSDStB in Österreich gibt es nur vereinzelt Hinweise, die seine Entstehung nicht thematisieren. Einigkeit besteht aber darin, dass er Ende der 1920er Jahre an allen österreichischen Universitäten zu den Wahlen der Deutschen Studentenschaft antrat. Einzig bei Michael Gehler findet sich ein wenig mehr an Information, wenn er schreibt:

„Während in Wien bereits 1919 und in Graz 1923 eine NS-Hochschulgruppe nachweisbar ist, wurde in Innsbruck erst Anfang 1929 ein NSDStB gebildet.“²⁰⁴

Als der NSDStB auch an den österreichischen Universitäten aktiv wurde, hatte er anfangs noch mit Problemen zu kämpfen, er konnte sich aber mit Fortdauer die Unterstützung der deutschnationalen Korporationen sichern. Mit seinem denkbar einfachen Programm, es bestand in erster Linie aus den Forderungen nach dem Anschluß an Deutschland und nach einem Numerus clausus für jüdische Studierende, konnte er nicht fehl gehen, denn dies waren Wünsche, wie sie der Großteil der österreichischen Studierenden ebenfalls hegte. Der NSDStB konnte in Österreich, ebenso wie schon zuvor in Deutschland, vor allem durch seinen Aktionismus die Unterstützung der Studierenden erlangen. Es gab ein breites Spektrum, in dem der NSDStB aktiv wurde. Ob dies nun der Boykott bestimmter Lehrender bzw. bestimmter Lehrveranstaltungen, oder im Gegensatz dazu die

²⁰¹ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 258 f ; Grüttner; Die Korporationen, S. 132; 134.

²⁰² Grüttner; Die Korporationen, S. 129.

²⁰³ Vgl.: Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 247.

²⁰⁴ Gehler; Korporationsstudenten, S. 139.

demonstrative Unterstützung nationaler Lehrender war, oder ob sich die Aktivitäten in einem Protest gegen drohende Studienverschärfungen ausdrückten: Die Aktionen waren medienwirksam und führten zu Wahlerfolgen.²⁰⁵

Ab der Amtszeit des Rektors Wenzel Gleispach im Studienjahr 1929/30 traten die nationalsozialistischen Studierenden immer mehr in den Vordergrund. Die Aktivitäten äußerten sich in erster Linie in gewalttätigen Übergriffen auf jüdische und sozialistische Studierende. Gerade die wohlwollende Haltung Gleispachs den deutschnationalen Studierenden gegenüber dürfte einen Anstieg der Gewalttaten provoziert haben. Die Amtszeit von Gleispach ist dahingehend wichtig, da er aus den Studierendenrechten der anderen österreichischen Universitäten ein eigenes Studierendenrecht entwickelte²⁰⁶, das in der Sitzung des akademischen Senates am 20. März beschlossen und am 8. April 1930 öffentlich kundgetan wurde.²⁰⁷ Wie schon sein 1920 vom akademischen Senat der Universität Wien angenommene Entwurf eines beschränkten Zugangs zur Inskription für ausländische Studierende, zielte auch dieses Studierendenrecht auf die Reduzierung der jüdischen Studierenden ab.²⁰⁸ Die Studierenden wurden demnach nach Nationen eingeteilt. Zum Nachweis der Nationszugehörigkeit sollten sie die Taufscheine der Eltern bzw. Großeltern vorlegen.²⁰⁹ Lichtenberger-Fenz charakterisiert das Gleispachsche Recht folgendermaßen:

„Verdeckter Rassenantisemitismus vertrat den offenen und wurde so zu dessen Basis. Die schrittweise Ersetzung des Begriffes Staat durch Volk und weiter durch Rasse markiert den Weg in den Faschismus. ‘Volksbürgerprinzip’ und die demagogische Umkehrung des Begriffes der ‘nationalen Autonomie’ rücken diese Verordnung in die Nähe der Nürnberger Rassegesetze fünf Jahre später.“²¹⁰

²⁰⁵ Binder, Dieter; Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, In: Brünner, Christian; Konrad, Helmut (Hg.); Die Universität und 1938, Wien, Köln, 1989, S. 82. In Hinkunft zitiert als: Binder; Weg der Studentenschaft.

²⁰⁶ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 180.

²⁰⁷ Kraus; Gleispach, S. 24.

²⁰⁸ Der Entwurf von 1920 wurde vom Unterrichtsministerium nicht akzeptiert. Vgl.: Lichtenberger-Fenz; Österreichs Universitäten, S. 6.

²⁰⁹ Für den genauen Text der Studierendenordnung von Wenzel Gleispach vgl. Kraus; Gleispach, S. 26-30.

²¹⁰ Lichtenberger-Fenz; Österreichs Universitäten, S. 8.

Gegen diesen Beschluss liefen die sozialistischen, aber auch andere kleinere demokratisch orientierte Gruppierungen Sturm, verschiedene 'großdeutsch' eingestellte Organisationen beglückwünschten Gleispach dafür. An manchen Universitäten in Deutschland führte dieses Studierendenrecht dazu, dass „die dortigen Universitätsbehörden ihrer Studentenschaft die Verbindung mit der 'Deutschen Studentenschaft' Österreichs untersagte“.²¹¹ Andererseits gab es aber auch aus dem Nachbarland durchaus positive Rückmeldungen. Am 23. Juni 1931 wurde die Gleispachsche Studierendenordnung durch den Verfassungsgerichtshof „aus formaljuristischen Gründen (Kompetenzmangel)“²¹² wieder aufgehoben. Diese Entscheidung führte zu schweren gewalttätigen Ausschreitungen der nationalen und nationalsozialistischen Studierenden, woraufhin die Universität für eine Woche gesperrt werden musste. Diese Entscheidung stellte den Startschuss für anhaltende nationalsozialistische Übergriffe auf jüdische und sozialistische, in späterer Folge auch auf katholische Studierende, dar, die bis zum Verbot des NSDStB anhielten. Nationalsozialistische Erfolge in Deutschland waren immer ein Auslöser für besonders schwere Auseinandersetzungen. Die Polizei sah sich in den seltensten Fälle genötigt in die Schlägereien vor der Universität einzugreifen. Die nationalsozialistischen Studierenden konnten außerdem auf das Amt für Leibesübungen der Deutschen Studentenschaft Wien zählen, das sie mit diversen Schlagwerkzeugen ausrüstete.²¹³

Bei den Wahlen im Wintersemester 1925/26 und 1928 kandidierten die nationalsozialistischen Studierenden als völkisch-sozialer Block, bzw. als völkisch-soziale Liste an der Universität Wien. Diese Vorläuferorganisationen des NSDStB erreichten bei beiden Wahlgängen über 15%. Bei den letzten Wahlen an der Universität Wien 1931, die nach dem Gleispachschen Studierendenrecht abgehalten wurden, trat er selbst an und erreichte fast 35%, womit er zur mandatsstärksten Gruppe wurde.²¹⁴

²¹¹ Speiser; sozialistische Studenten, S. 62.

²¹² Lichtenberger-Fenz; Österreichs Universitäten, S. 8. Der Verfassungsgerichtshof entschied, dass der akademische Senat der Universität Wien nicht mit dem Beschluss des Gleispachschen Studierendenrecht seine Kompetenzen überschritten hatte. Deswegen, und nicht wegen der diskriminierenden Regelungen, die dieses Werk beinhaltete, wurde die Studierendenordnung aufgehoben. Einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz konnte der Verfassungsgerichtshof nicht feststellen. Vgl. dazu z. B.: ebd., S. 8.

²¹³ Vgl.: Speiser; sozialistische Studenten, S. 76 f.

²¹⁴ Vgl.: Zaunbauer; Studenten und Politik, S. 72. Bei Zaunbauer waren neben dem NSDStB der KDHA und eine deutsch-völkische Liste zu den Wahlen angetreten. Bei Speiser sind die wahlwerbenden Gruppen die Nationalsozialisten, die Katholiken, die ‚Völkische Front‘ und die ‚Deutschen Hochschülerinnen‘. Die Mandatsverteilung ist allerdings bei beiden gleich, so entfielen 15 Mandate auf den NSDStB, 14 auf den KDHA und 11 auf die völkische wahlwerbende Gruppierung. Die ‚Deutschen Hochschülerinnen‘ konnten kein Mandat erringen, was den Schluss nahe legt, dass sie deswegen bei Zaunbauer nicht aufscheinen. Speiser gab bei seiner Aufstellung keine Prozentzahlen an. Vgl. Speiser; sozialistische Studenten, S. 73.

Der NSDStB wurde, ein wenig verzögert im Vergleich mit Deutschland, in den 1930er Jahren zu einem bestimmenden Faktor der studentischen Politik. „So erreichten die nationalsozialistischen Studierenden im Studienjahr 1931/32 an der Universität Wien einen 37-prozentigen Stimmenanteil, an der dortigen Technik hielten sie bereits bei 49,5 Prozent und an der Bodenkultur bei satten 75 Prozent.“²¹⁵ Wie bei der letztgenannten Hochschule erreichten der NSDStB auch an der Hochschule für Welthandel die absolute Mehrheit.²¹⁶ Auch in Graz waren sie bei den Wahlen sehr erfolgreich. Die Grazer Technische Hochschule war die erste, an der die Nationalsozialisten alle Mandate erreichten. Dies war ihnen zuvor nicht einmal in Deutschland gelungen.²¹⁷ Durch ein Abkommen vom 6. Juli 1932 mit den deutschnationalen Verbindungen gelang es dem NSDStB, einen festen Anteil an Sitzen in der Deutschen Studentenschaft zugesprochen zu bekommen.²¹⁸

In Deutschland bewahrten sich die Korporationen eine gewisse Distanz dem NSDStB gegenüber. Trotz diverser Zugeständnisse und Abkommen sah der Großteil von den Verbindungen ihre Eigenständigkeit gefährdet. Von den österreichischen Verbindungen wurde dies nicht so gravierend gesehen. In Deutschland kam es zu der paradoxen Situation, dass die Verbindungsstudenten die NSDAP unterstützten, sich aber gleichzeitig in einer starken Abwehrhaltung dem NSDStB gegenüber befanden, in dem sie „einen miserablen Repräsentanten der ihnen so sympathischen Bewegung“²¹⁹ erblickten. Vor allem „die Führung und die Kampfmethoden [...] deren Rücksichtslosigkeit sie nun in allen Abstufungen von der Infamie bis zur Brutalität kennengelernt hatten“²²⁰, wurde von ihnen abgelehnt. „Ihre Distanzierung war ebenso unsinnig wie irrelevant. Im gleichen Augenblick verurteilten sie die Exponenten nationalsozialistischer Politik auf den Hochschulen – und forderten eben diese Politik für den Staat.“²²¹

Die Verbindung zwischen dem NSDStB und den Korporationen in Österreich erlaubte es den Nationalsozialisten, auch in der Verbotszeit an den Universitäten aktiv zu bleiben. Zwar wurden sämtliche nationalsozialistische Organisationen durch den Austrofaschismus

²¹⁵ Binder; Weg der Studentenschaft, S. 76 f. Die genaue Prozentzahl der Stimmen für den NSDStB variieren nicht nur zwischen Zaunbauer und Binder und dürfte wohl in unterschiedlichen Berechnungsarten zu finden sein. Auch Posch kommt nicht auf die Ergebnisse von der beiden anderen Autoren, sondern befindet sich mit der Angabe von 36,1% in der Mitte von ihnen. Vgl.: Posch; Dauerkrise, S. 93.

²¹⁶ Posch; Dauerkrise, S. 93.

²¹⁷ Binder; Weg der Studentenschaft, S. 77.

²¹⁸ ebd., S. 80.

²¹⁹ Faust; Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Bd. 2, S. 32.

²²⁰ Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 231.

²²¹ ebd., S. 231.

verboten, allerdings konnten sich die deutschnationalen Korporationen an den Universitäten weiterhin frei bewegen. Durch die Personalunion als Mitglied einer Verbindung und des NSDStB konnten die nationalsozialistischen Studierenden weiterhin ungestört ihre Aktionen an den Universitäten durchführen. Die austrofaschistischen Maßnahmen, um unter den Studierenden einen österreichischen Patriotismus zu verankern, waren nicht mehr als ein Schlag ins Wasser. Die verpflichtenden Lehrveranstaltungen wurden trotz ihrer vorgeschriebenen Absolvierung boykottiert. Nur wenige Lehrende wurden durch das austrofaschistische System ersetzt, die meisten konnten weiterhin ihre deutschnationalen Vorstellungen an die Studierenden bringen. Über die deutschnationalen Korporierten gelang es dem NSDStB, weiterhin unter den Studierenden zu agitieren. Während sich die Maßnahmen des Ständestaates auf die Hörsäle beschränkten, waren die nationalsozialistischen und antiösterreichischen Agitatoren dort, wo es dem System am meisten schadete – unter den Studierenden selbst.²²²

²²² Vgl.: Massiczek, Albert; Die Situation an der Universität Wien März/April 1938. In: Czeike, Felix (Hg.); Wien 1938 (= Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte Band 2), Wien 1978, S. 218. In Hinkunft zitiert als: Massiczek; März/April 1938.

5. Die Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft

Den Einstieg in dieses Kapitel bildet die Auflösung der Deutschen Studentenschaft und die Einsetzung der Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft durch den austrofaschistischen Staat. Oppositionelle Gruppierungen gab es in dieser Zeit zumindest offiziell nicht, da nach dem Verbot der Sozialdemokratie im Februar 1934 alle Parteien mit Ausnahme der christlichsozialen, die später in der Vaterländischen Front aufging, verboten waren. Allerdings kam es in den Jahren der austrofaschistischen Herrschaft zu einer unterschiedlichen Behandlung der verbotenen Parteiformationen. Auch wenn alle Personen, die nicht Teil der Vaterländischen Front waren, von der Mitarbeit in der Sachwalterschaft ausgeschlossen waren, konnte sich manche illegale Kreise leichter an den Universitäten bewegen. Konkret geht es um die unterschiedliche Behandlung der nationalsozialistischen und der sozialdemokratischen Mitglieder durch den austrofaschistischen Staat. Angemerkt muss weiters werden, dass die Einrichtung der Vaterländischen Front keine Sicherheit gab, dass nur dem austrofaschistischen Staat wohlgesonnene Personen darin organisiert waren. Vielmehr wurde sie von der oppositionellen Seite her unterwandert. Allerdings lag dies durch die Ausrichtung der Vaterländischen Front auf der Hand, da oftmals eine Mitgliedschaft darin Voraussetzung für bestimmte Berufe darstellte.

Einen weiteren Schwerpunkt des Kapitels bildet die neue Politik des austrofaschistischen Regimes, sich in der Abgrenzung vom Nationalsozialismus einem österreichischen Patriotismus zu verschreiben und die Betonung der Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis hintanzustellen. Das Ziel war diese neue 'Österreich'-Ideologie auch unter den Studierenden zu verankern, weshalb entsprechende Maßnahmen erlassen wurden. Des Weiteren wird überprüft, ob dieses Ziel auch erreicht werden konnte, die Studierenden empfänglich für diese neue Ideologie waren.

Den Abschluss in diesem Kapitel bildet der Blick auf den Aufbau der Sachwalterschaft. Damit soll festgestellt werden, ob es sich dabei um eine Einrichtung handelte, die die Interessen der Studierenden auch vertrat. Denn die andere Möglichkeit wäre, dass sie ihre Existenz einzig und alleine ideologischen Gründen verdankte und ihr einziger Zweck darin bestand, die Studierenden auf den neuen Staat einzuschwören.

5.1 Die Schaffung der Sachwalterschaft

Zu Beginn der 1930er Jahre konnten die nationalen Studierenden im österreichischen Zweig der Deutschen Studentenschaft, vor allem durch das Auftreten des NSDStB, ihre Vormachtstellung weiter ausbauen. Die katholischen Studierenden verloren an Boden, was sich vor allem über die Stimmenabgabe bei den Wahlen ausdrückte.²²³ Die Zusammenarbeit der nationalen und katholischen Studierenden wurde gleichzeitig immer brüchiger. Der Versuch die alten Gegensätze, die nach dem Krieg ad acta gelegt worden waren zu ignorieren, scheiterte in dieser Phase endgültig. Anfangs wurde zwar noch versucht ein Auseinanderdriften zu vermeiden, doch mit dem Vormarsch der nationalsozialistischen Studierenden war es nur mehr eine Frage der Zeit, wann die Zweckgemeinschaft auseinanderfallen würde.²²⁴ Denn die Deutschnationalen machten mit ihrem Antiklerikalismus und ihrer betonten Ausrichtung auf Deutschland gegen die katholischen Verbindungen Stimmung. Immer öfter kam es nun auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Studierenden beider Lager. Beschränkte sich dieser Umstand zuvor auf die anderen österreichischen Universitätsstädte, bei denen die sozialistischen und jüdischen Studierenden aufgrund ihrer geringen Zahlen kaum eine Rolle spielten, trat dieser Faktor auch in Wien immer mehr hervor. Somit waren die sozialistischen und jüdischen Studierenden nicht mehr alleine Opfer der Gewalttaten, da sich diese nun auch auf die katholischen Studierenden ausdehnten. Als treibende Kraft in dieser neuen Auseinandersetzung galt der NSDStB, der inzwischen die deutschnationalen Korporationen infiltrierte und zu seinen Handlangern machte.

Die zunehmende Häufigkeit der Gewalttätigkeiten wurde schließlich von katholischer Seite dazu verwendet, um den Ausstieg der Dachverbände CV und KV²²⁵ aus der

²²³ Vgl. dazu: Zaunbauer; Studenten und Politik, S. 72.

²²⁴ Rehberger; CV, S. 16.

²²⁵ Der Kartellverband katholisch deutscher Studentenvereine entstand 1865. Nach der Gründung des CV 1856 wurden auch nichtfarbentragende Studentenvereine in diesem Verband aufgenommen. Als sich in der Frage des Farbentragens keine Einigung erzielen ließ, verließen die nichtfarbentragenden Vereine das Cartell und gründeten den KV, wobei der KV selbst sein Gründungsdatum mit jenem der ältesten KV-Verbindung (1853) zusammenlegt. Anders als beim CV konnten österreichische Verbindungen lange Zeit kein Mitglied des KV werden, da in ihm das kleindeutsche Prinzip herrschte. Erst 1922 wurde die erste österreichische KV-Verbindung zugelassen. Einen eigenen österreichischen Verband gab es bis 1933 nicht. Die dem KV zugehörigen Korporationen standen aber immer auch in einer engen Verbindung mit dem CV und der christlichsozialen Partei. Um der nationalsozialistischen Gleichschaltung zu entgehen, traten die österreichischen Verbindungen 1933 aus dem KV aus und gründeten am 22. Juni des gleichen Jahres den ÖKV, den Kartellverband katholischer nichtfarbentragender akademischer Vereinigungen Österreichs. Vgl. dazu: Künzel, Jürgen; Der Cartellverband (CV). In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/“-Kulturabteilung

Deutschen Studentenschaft im Dezember 1932 zu rechtfertigen. Dieser Schritt veranlasste die nationalen Verbindungen, sich mit den katholischen an einen Tisch zu setzen, um die Zusammenarbeit wieder aufleben zu lassen. Es wurde vereinbart, dass die katholischen Studierenden im März 1933 wieder in die Deutsche Studentenschaft eintreten sollten. Allerdings widerriefen letztere aufgrund der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland ihren Wiedereintritt.²²⁶ In weiterer Folge sahen sich die beiden katholischen Dachverbände als Bollwerk einerseits gegen den Nationalsozialismus und andererseits gegen den Austromarxismus.²²⁷

In der Folge bildeten die verbliebenen deutschnationalen Verbindungen und der NSDStB einen 'Zentralkampfausschuß'²²⁸. In Kooperation mit dem steirischen Heimatschutz versuchten sie, das nach dem Volksbürgerschaftsprinzip ausgerichtete neu geschaffene deutsche Studierendenrecht auch in Österreich einzuführen. Doch dazu kam es nicht mehr. Im Juni 1933 wurde im Zuge von studentischen Ausschreitungen die Hochschulautonomie endgültig aufgelöst. In der Folge wurde damit der Polizei uneingeschränkter Zugang auf universitären Boden ermöglicht. Nachdem im Juni 1933 die nationalsozialistischen Einrichtungen verboten wurden, wurde kurze Zeit später auch der österreichische Teil der Deutschen Studentenschaft per Erlass von Unterrichtsminister Schuschnigg am 23. September 1933 für aufgelöst erklärt.²²⁹ „Gleichzeitig wurde die Einführung einer ständigen Hochschulwache veranlaßt“²³⁰, später sogar eine Polizeiwachstube im Anatomischen Institut eingerichtet.²³¹ Im September 1933 wurde ein Sachwalter für die Hochschülerschaft eingesetzt, der bis 1938 immer von der Regierung bestimmt wurde. Dieser fungierte als „Bindeglied zwischen Studentenschaft, akademischen Behörden und

(Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 82; Kartellverband katholischer nichtfarbtragender akademischer Vereinigungen Österreichs http://de.wikipedia.org/wiki/Kartellverband_katholischer_nichtfarbentragender_akademischer_Vereinigung_n_%C3%96sterreichs; zuletzt abgerufen am 17. 06. 2008. Krause schreibt, dass der KV seit 1913 Kartell-Verband der katholischen Studentenvereine heißt, führt allerdings keine Bezeichnung für die Zeit zwischen dem Austritt der Vereine 1865 und 1913 an. Krause; Burschenherrlichkeit, S. 113.

²²⁶ Vgl.: Lichtenberger-Fenz; „Deutscher Abstammung“, S. 162 f; Rehberger; CV, S. 19.

²²⁷ Binder; Weg der Studentenschaft, S. 90.

²²⁸ Lichtenberger-Fenz; „Deutscher Abstammung“, S. 163.

²²⁹ Vgl. z. B.: Posch; Dauerkrise, S. 67.

²³⁰ Lichtenberger-Fenz; „Deutscher Abstammung“, S. 163.

²³¹ Speiser; sozialistische Studenten, S. 146.

Unterrichtsministerium.“²³² Erster Sachwalter für ganz Österreich wurde Heinrich (Heinz) Drimmel²³³, Josef Klaus²³⁴ übernahm das Amt für die Universität Wien.

Die Einrichtung der Sachwalterschaft wurde von austrofaschistischer Seite dadurch gerechtfertigt, dass ihrer Argumentation nach die bisherigen FunktionärInnen die Vorläuferorganisation nur missbraucht und sich nicht für die eigentlichen Interessen der Studierenden eingesetzt hätten. Somit wäre den neuen Machthabern im österreichischen Staat nichts anderes übrig geblieben, da sonst die studentische Mitarbeit an den Universitäten nicht mehr möglich gewesen wäre. In den Worten eines austrofaschistischen Studierendenfunktionärs klingt dies folgendermaßen:

„Der Hörer, [...] möge jedesmal wenigstens einen Satz der Herzensworte dieser Männer [der austrofaschistischen Führer, Anm. M. M.] lesen, die nicht nur ihre schwere Pflicht erfüllen, sondern deren sieghafter Wunsch und Wille es ist, ihn, seine Kollegen und das ganze deutsche Volk Oesterreichs dem Glücke entgegenzuführen.

Dieser Wille und dieser Wunsch beseelt auch – und das wollen wir hier ausdrücklich bekennen – den Sachwalter und seine Mitarbeiter, die, nicht um zu kommandieren, mit Autorität ausgestattet wurden, sondern, um zu verhindern, daß verantwortungslose Elemente das studentische Aufbauwerk und die Mitarbeit vaterlandstreuer Kommilitonen stören.“²³⁵

Die Vorgangsweise erinnert ein wenig an die Ereignisse rund um die ‘Selbstausschaltung’ des Parlaments. Die katholischen Studierenden traten aus ihren Funktionen zurück, und als die Deutschnationalen die Organisation weiter am Leben halten wollten, wurden sie daran gehindert bzw. wurde ihnen durch die Auflösung des Vertretungsorganes das

²³² Lichtenberger-Fenz; „Deutscher Abstammung“, S. 163. Nach Weingand/Winkler wurde der Sachwalter am 1. Oktober eingesetzt. Vgl.: Weingand Hans-Peter; Winkler, Werner; Diese Welt muss unser sein. Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991, Graz 1992, S. 105. In Hinkunft zitiert als: Weingand; Winkler; Diese Welt.

²³³ Heinrich Drimmel (1912-1991) war nach dem Zweiten Weltkrieg von 1954-1964 Unterrichtsminister. Danach bekleidete er das Amt des Wiener Landeshauptmannstellvertreters und Vizebürgermeisters. 1971 zog er sich aus der Politik zurück. Vgl.: Heinrich Drimmel http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Drimmel; zuletzt abgerufen am 04. 08. 2008.

²³⁴ Josef Klaus (1910-2001) war von 1949 bis 1961 Landeshauptmann von Salzburg und bekleidete dazu von 1952 bis 1954 den Posten eines Landesparteiobmanns der ÖVP Salzburg. Ab 1962 war er Abgeordneter der ÖVP, deren Bundesparteiobmann er 1963 war. 1961 bis 1963 übernahm er das Bundesministerium für Finanzen, bevor er 1964-1970 das Amt des Bundeskanzlers ausübte. Vgl.: Dr. Josef Klaus | Biografie von Dr. Josef Klaus http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00810/pad_00810.shtml; zuletzt abgerufen am 28. 09. 2008.

²³⁵ von Stein; Ein Jahr studentische Aufbauarbeit. In: Kultur- und Bildungsinstitut im Auftrage des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs (Hg.); Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, Wien 1934, S. XI.

Betätigungsfeld genommen. Obendrein wurde ein Verbot über die nicht genehmen Gruppierungen ausgesprochen.

Diese Vorgangsweise stellt in einer Rückschau mit den innenpolitischen Ereignissen an den Universitäten einen einzelnen, und eigentlich den einzigen, Schritt gegen den erstarkenden Nationalsozialismus dar. Es wurde von Regierungsseite aus versucht, der nationalsozialistischen Bewegung ihre wichtigsten Betätigungsfelder zu nehmen. Dies drückt sich im Verbot der NSDAP und des NSDStB am 20. Juni 1933 aus, ebenso wie durch die restlichen Maßnahmen an den Universitäten. Gerade unter den Studierenden waren viele Anhänger der Bewegung zu finden. Die hohen Schulen in Österreich waren „von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung“²³⁶, was nicht nur auf die Studierenden, sondern im gleichen Maße auch auf die Lehrenden zutraf.

Allerdings konnte mit einem Verbot der Organisation natürlich nicht die Einstellung der Menschen geändert werden. Auch die Einführung von „Pflichtvorlesungen zur weltanschaulichen Erziehung der Hörer aller Fakultäten für die Studenten der zwei ersten Semester“²³⁷ konnte aus den sich ‘deutsch’ fühlenden Studierenden keine ÖsterreicherInnen machen. Vor allem dann nicht, wenn diese Pflichtlehrveranstaltungen von illegalen Nationalsozialisten wie dem Historiker Heinrich Kretschmayr²³⁸ abgehalten wurden.²³⁹ Es konnte auch in Ermangelung regimetreuer Lehrender nur wenig auf die Masse der deutschnationalen Studierenden eingewirkt werden. Durch eine schlampige Durchführung konnte weder das erwartete Ziel erreicht, noch damit verhindert werden, dass die weltanschaulichen Zwangsvorlesungen boykottiert wurden. Gleichzeitig kam es zu einem „demonstrative[n] Besuch der Vorlesungen betont nationaler Professoren, auch wenn diese keine Nationalsozialisten waren“²⁴⁰.

Schon vor dem Verbot des NSDStB konnte dieser viele korporierte Studierende zu seinen Mitgliedern zählen. In der Verbotszeit wurde er illegal tätig, verlor aber nichts an seiner Attraktivität für deutschnationale Studenten. Ganze Korporationen wechselten zum NSDStB, denn „die Zugehörigkeit zu einer Verbindung ohne die gleichzeitige

²³⁶ Mikoletzky, Juliane; „Von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung“. Die Technische Hochschule in Wien und der Nationalsozialismus, Wien, 2003.

²³⁷ Speiser; sozialistische Studenten, S. 146.

²³⁸ Heinrich Kretschmayr (1870-1939) hatte ab 1903 ein Professur für Geschichte an der Universität Wien inne. 1923-1925 war er Leiter der staatlichen Archive. Vgl.: Kretschmayr, Heinrich <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.k/k819243.htm>; zuletzt abgerufen am 28. 09. 2008.

²³⁹ Vgl.: Posch; Dauerkrise, S. 95 f.

²⁴⁰ Binder; Weg der Studentenschaft, S. 82.

Zugehörigkeit zu einer Parteiformation der NSDAP erschien undenkbar²⁴¹. In Österreich stellte die gleichzeitige Zugehörigkeit zu diesen beiden Organisationsformen keinen Widerspruch dar, wie es etwa in Deutschland der Fall war. In Hinblick auf die ideologische Ausrichtung waren sich die Korporationen und der NSDStB in beiden Ländern sehr ähnlich. In Deutschland führte aber die zum Teil feindliche Politik des NSDStB den Verbindungen gegenüber, bzw. sein totalitärer Anspruch, zu Differenzen. In Österreich gab es diese Unterschiede nicht, sondern ein gemeinsames Vorgehen gegen die als feindlich angesehenen Gruppierungen. Ein Unterschied zu Deutschland und damit auch in dem Verhältnis von NSDStB und den Korporationen stellte sicher auch die schon lange existierende Forderung nach dem Ausschluss der jüdischen Studierenden dar. Das Verbot des NSDStB durch einen ungeliebten Staat und ein noch ungeliebteres Regime, das nun offensiv gegen ihr oberstes Ziel, den Anschluß, vorging, tat ein Übriges für den Abbau der Differenzen und ein gemeinsames Agieren.

Obwohl die meisten politisch aktiven Studierenden im Untergrund arbeiteten, kam es im Herbst 1937 zu größeren Demonstrationen der Studierenden und einem „Hochschulstreik vom 22. bis zum 25. November“²⁴², da erhebliche Einschnitte in die medizinische Ausbildung vorgenommen wurden. Die Proteste, die rote und braune Studierende vereinten, blieben erfolgreich und die Maßnahmen wurden wieder zurückgenommen. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass es eine Demonstration der studentischen Meinung war, die abseits der gleichgeschalteten offiziellen Vertretung organisiert und durchgeführt wurde.

5.2 Inhaltliche Eingriffe in die universitäre Ausbildung

Mit der Auflösung der Deutschen Studentenschaft in Österreich und dem Austritt aus dem Gesamtverband musste das neue austrofaschistische Regime nicht nur eine andere Form der studentischen Vertretung einführen, sondern auch die Inhalte ändern. Der österreichische Ständestaat ging bewusst auf Distanz zu Deutschland, betonte nunmehr die österreichische Eigenstaatlichkeit und kehrte dem früher formulierten Anschlußgedanken den Rücken zu. Dieser neuen Politik des selbstbewussten Österreich stand allerdings die

²⁴¹ Weingand; Winkler; Diese Welt, Graz 1992, S. 105.

²⁴² Speiser; sozialistische Studenten, S. 156.

Selbstsicht als 'zweiter deutscher Staat' entgegen. Viel zu lange wurde im, nach dem Ersten Weltkrieg neugeschaffenen, 'Rest der Monarchie' der Zusammenschluss mit Deutschland gewünscht und sogar von den politischen Parteien gefordert. Das durch den Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye festgelegte Anschlußverbot wurde als aufgezwungene Fremdbestimmung angesehen. In der österreichischen Nachkriegsmeinung stand es im Gegensatz zum, vom amerikanischen Präsidenten Wilson propagierten, Selbstbestimmungsrecht der Völker, das als Todesurteil der Monarchie angesehen wurde. In den ersten Jahren nach der Vertragsunterzeichnung wurde die Forderung nach dem Anschluß trotzig aufrechterhalten. Erst langsam kam es auch in den politischen Parteien zu einer Abkehr von diesem Wunsch. Die Erste Republik hatte mit einer ständigen Legitimitäts- und Identitätskrise zu kämpfen, worunter einerseits die Problematik der Lebensunfähigkeit des Staates, den keiner wollte, und andererseits die Frage der Selbstsicht als Deutsche, Österreicher oder Deutschösterreicher zu verstehen ist. Gerade der letzte Punkt erlaubte es, sich in Krisenzeiten eine bessere Zukunft durch den Anschluß vorzustellen.²⁴³ Dies drückte sich auch Anfang der 1930er Jahre bei den Wahlergebnissen aus. Die letzten Nationalratswahlen 1930 brachten nur einen kleinen Anstieg der Mandatszahlen des deutschnationalen Blocks und die NSDAP schaffte nicht einmal den Einzug in den Nationalrat. Aber in den darauffolgenden Landtags- und Gemeinderatswahlen schaffte die NSDAP beträchtliche Mandatsgewinne. Eine Entwicklung, die zeigte, dass die Verfechter des Anschlusses nicht nur an den Universitäten an Bedeutung gewannen.²⁴⁴

Umso schwieriger und schlussendlich auch erfolgloser waren zu diesem Zeitpunkt die Versuche, das Ruder noch herumzuwerfen und die Bevölkerung auf den österreichischen Staat einzuschwören. Einen österreichischen Patriotismus hatte es in der Ersten Republik ohnehin nur in einem begrenzten Ausmaß gegeben, womit die entsprechende Basis fehlte, um den 'Österreichgedanken' auch dauerhaft in den Menschen zu verankern.²⁴⁵ Die

²⁴³ Hanisch, Ernst; Einleitung. Das politische System Erste Republik / Zwei Erklärungsmodelle. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 5.

²⁴⁴ Vgl. dazu: Dachs, Herbert; Das Parteiensystem. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 150, Tabelle 3. Mandate und Stimmenanteile bei Nationalratswahlen 1919-1930; Jagschitz, Gerhard; Die Nationalsozialistische Partei. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 236.

²⁴⁵ Vgl. dazu z. B.: Bruckmüller, Ernst; Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (= Brünnler, Christian; Mantl, Wolfgang; Welan, Manfred (Hg.); Studien zu Politik und Verwaltung Bd. 4); 2., erg. und erw. Aufl. Wien, Köln, Graz 1996, S. 303-317. In Hinkunft zitiert als: Bruckmüller; Nation Österreich.

Voraussetzungen waren an den österreichischen Universitäten noch ein wenig schwieriger, da hier die deutschnationalen Studierenden den Ton angaben.

Die Austrofaschisten wussten um die Situation an den Hochschulen, weshalb rasch versucht wurde, dem Deutschnationalismus entgegenwirkende Maßnahmen zu setzen, bzw. die Universitäten nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Die Auflösung der Deutschen Studentenschaft im September 1933 bot eine willkommene Gelegenheit, mit der Umformung zu beginnen. Schon kurz danach trat die neue Form der Studierendenvertretung an ihre Stelle: die Sachwalterschaft. Im September 1934 wurde ein Bundesgesetz zur Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Studierenden ausgegeben, welches in den folgenden Jahren mehrmals abgeändert wurde. Im Juli 1935 folgten dann das Hochschulermächtigungsgesetz²⁴⁶- und das Hochschülerziehungsgesetz²⁴⁷. Letzteres sah neben der Absolvierung von Pflichtlehrveranstaltungen auch eine wehrsportliche Ausbildung für Studenten sowie Schulungslager vor. Hier orientierte sich das austrofaschistische System anscheinend an ähnlichen Einrichtungen, wie sie schon von der DSt. unter nationalsozialistischer Führung beim Studententag in Königsberg 1932 vorgestellt wurden. In etwas mehr als zwei Jahren nach der 'Selbstausschaltung' des Parlaments wurde damit die neue austrofaschistische Universität organisatorisch und inhaltlich umgestaltet.

Den Maturaklassen wurde über den 'Hochschulführer für Abiturenten', der vom Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs herausgegeben wurde, mitgegeben, dass die Zukunft der SchülerInnen nicht zwangsläufig an den Universitäten lag, denn:

„Es wäre ein Unglück für die Gesellschaft, wenn alle tüchtigen Kräfte in die akademischen Berufe strömten und die anderen Berufe dadurch geistig verarmten. Die Gefahr einer solchen Verarmung hat eine Zeitlang bestanden und ist auch heute noch nicht völlig überwunden. Nicht darauf kommt es an, daß alle Besten Hochschulbildung erlangen, sondern darauf, daß ein jeder an den Platz gelangt, für den er am meisten geeignet ist. Wenn das geschieht, werden auch in den nicht-akademischen Berufen die Kräfte zu finden sein, die zu besitzen Lebensbedingung für diese Berufe und ihre Stellung in der

²⁴⁶ Es handelt sich dabei um das ‚Bundesgesetz über die Ermächtigung der zuständigen Bundesminister zur Regelung einiger Angelegenheiten der Hochschulen durch Verordnung (Hochschulermächtigungsgesetz)‘, BGBl 266/1935. Vgl.: ÖNB-ANNO+ /Bundesgesetzblatt 1934-1938 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19350004&seite=00000965>; zuletzt abgerufen am 01. 07. 2008.

²⁴⁷ Es handelt sich dabei um das ‚Bundesgesetz, betreffend die Erziehungsaufgaben der Hochschulen (Hochschülerziehungsgesetz)‘, BGBl 267/1935. ÖNB-ANNO+ /Bundesgesetzblatt 1934-1938 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19350004&seite=00000966>; zuletzt abgerufen am 01. 07. 2008.

Gesellschaft ist. Nicht sollen die Hochschulen alle guten Kräfte an sich ziehen, sondern nur diejenigen, die gerade für die akademischen Berufe passen. Daß diese nicht durch Ungeeignete belastet werden, ist von größter Wichtigkeit. Es wird aber sehr häufig vorkommen, daß ein für einen akademischen Beruf Ungeeigneter in einem anderen Beruf sich als höchst tüchtig erweist.“²⁴⁸

Immerhin aufbauende Worte für die ‘ungeeigneten’ SchülerInnen, dass sie trotzdem noch einen Beitrag für den Staat leisten konnten, auch wenn sie nicht studierten. Allerdings wird nicht klar dargelegt, nach welchen Kriterien und vor allem wie unter den SchülerInnen ausgewählt bzw. die Befähigung für ein Hochschulstudium festgestellt wurde. Mit diesem Programm ist es nicht verwunderlich, dass die Universität Wien im Ständestaat kontinuierlich an Studierenden verlor, wobei das Sommersemester 1936 und das Wintersemester 1936/37 eine Ausnahme darstellten. Dafür war das Wintersemester 1937/38 das einzige in der Zwischenkriegszeit, in dem weniger StudienanfängerInnen an die Wiener Hochschule kamen als im Sommersemester davor. Im Zeitraum vom Sommersemester 1933 bis zum Wintersemester 1937/38 verlor die Universität Wien fast 2.500 Studierende.²⁴⁹ Welchen Anteil die negative Propaganda an der Abnahme der Studierendenzahlen hatte, lässt sich allerdings nicht feststellen. Daneben spielte die schlechte wirtschaftliche Situation in Österreich ebenfalls eine wichtige Rolle für den Rückgang der Studierenden. Für die Zeit der 1.000-Mark-Sperre kann auch von einem Minus bei den deutschen Studierenden ausgegangen werden, auch wenn dabei andere österreichische Universitätsstädte wie Innsbruck, wo zeitweise 50% der Studierenden aus Deutschland kamen²⁵⁰, stärker betroffen waren als die Universität Wien.²⁵¹

²⁴⁸ Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs (Hg.); Hochschulführer für Abiturenten, S. 8. In Hinkunft zitiert als: Sachwalter; Hochschulführer.

²⁴⁹ Vgl. dazu die Vorlesungsverzeichnisse der Universität Wien in den Jahren 1933 bis 1938. An den Enden jedes Vorlesungsverzeichnisses gibt es eine „Summarische Übersicht der im“ vorangegangenen Semester „an der Universität Wien inskribierten ordentlichen und außerordentlichen Hörer“. Z. B. Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien Sommersemester 1933, S. 79. Nach dem Endbericht des Forschungsprojektes “‘Arisierung, Berufsverbote und ‘Säuberungen’ an der Universität Wien. Ausschluss und Vertreibung ‘rassisch’ und/oder politisch oder in anderer Weise verfolgter Lehrender und Studierender 1938/39” sank die Zahl der Studierenden im Austrofaschismus um ca. ¼. Vgl.: Stadler, Friedrich; Posch, Herbert; Lausecker, Werner; Ingrisch, Doris; Forschungsprojekt “‘Arisierung, Berufsverbote und ‘Säuberungen’ an der Universität Wien. Ausschluss und Vertreibung ‘rassisch’ und/oder politisch oder in anderer Weise verfolgter Lehrender und Studierender 1938/39” Endbericht, Wien 2003, S. 59. In Hinkunft zitiert als: Stadler; Posch; Lausecker; Ingrisch; Forschungsprojekt ‘Arisierung’.

²⁵⁰ Gehler, Michael; Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938 (= Steininger, Rolf (Hg.); Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 6), Innsbruck, 1990, S. 36. In Hinkunft zitiert als: Gehler; Studenten und Politik.

²⁵¹ Obwohl Universität Wien die meisten ausländischen Studierenden in absoluten Zahlen aufwies, war “der prozentuelle Anteil ausländischer Studierender an der Zahl der gesamten Studierenden der Universität” umso

Dieser Inhalt wird aber nicht nur den MaturantInnen mitgegeben, sondern auch den Erstsemestrigen. Sogar an den Universitäten wird vor einem Studium gewarnt. Im Jahrbuch der Hochschülerschaft, dessen Erwerb für alle Studierenden verpflichtend war, stand ebenfalls zu lesen:

„Wir sind heute Zeugen eines übergroßen Andranges zum akademischen Studium. Einschneidende Maßnahmen müssen getroffen werden um den Andrang zur Hochschule einzudämmen. Da gilt es, gehörige Aufklärung über die Anforderungen des Studiums dem Abiturenten zu vermitteln um so manche Enttäuschung und viel Leid zu ersparen. Vor allem gilt es aber auch, rücksichtslos alle Überschätzung des akademischen Berufes auszumerzen.“²⁵²

Neben dem Versuch, potentielle Studierende von den Universitäten abzuhalten, wird eine weitere Aufgabe der Sachwalterschaft augenscheinlich, nämlich die Studierenden auf den Staat einzuschwören. Dabei wird auf die konstruierte Verbundenheit von beiden hingewiesen, dass die Studierenden den Staat benötigen. Im ‘Hochschulführer’ klingt dies folgendermaßen:

„Der Beruf des Studenten, die Wissenschaft, würde ohne Staat einfach verwesen. Der Student, der sich nicht zum Staat bekennt, vergreift sich am eigenen Sein, am Studentsein. Ohne Staat hat er kein Leben; ohne Staat hat er auch kein Wissen! [...] Wesentlich ist der Staat für den Studenten mehr als ein äußerlicher Behelf. Der Staat ist als geistige Wirklichkeit die seinshafte Vorbedingung vollkommenen Studiums. Der Student bedarf des Staates g e i s t i g. [...] Staatsverneinung ist Wissenschaftsverrat. Im Staat steht der Student oder er ist überhaupt nicht.“²⁵³

Es wird den künftigen Studierenden - vorausgesetzt, dass sie nach den einleitenden und wenig ermunternden Worten zur Lage des Studiums überhaupt noch den Weg eines Studiums wählten - suggeriert, dass ein erfolgreicher Studienabschluss ohne Staat gar nicht möglich wäre. Durch diese Absprache der Lebensfähigkeit eines Studierenden ohne den Staat wird unterschwellig versucht, die vom austrofaschistischen Regime vorgenommenen

geringer. Der Rückgang der Studierenden aus dem Ausland mit dem Sommersemester 1934 belief sich fast auf die Hälfte. Der Rückgang der Studierenden aus dem Deutschen Reich war mit beinahe 80 % der höchste. Vgl.: Stadler; Posch; Lausecker; Ingrisch; Forschungsprojekt ‘Arisierung’, S. 62 f.

²⁵² Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935, S. 15.

²⁵³ Sachwalter; Hochschulführer, S. 9 f. Hervorhebung aus dem Original.

universitären Maßnahmen als etwas Positives darzustellen. Kritik an diesen Maßnahmen wird die Angriffsfläche genommen, da sie ja im Sinne der Studierenden getroffen wurden und ihnen ein Studium ermöglichten. In diese Kerbe schlagen die im gleichen Artikel etwas später auftauchenden Worte:

„Denn nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Nicht für unser Leben, sondern für den Staat lernen wir! Das Studium ist der erste Staatsdienst des jungen Menschen.“²⁵⁴

Noch einmal wird dadurch die Sinnhaftigkeit und die Maßnahmen des Staates, von Österreich, hervorgehoben. Mit diesen Worten sollte wohl eine Begeisterung für das ‘neue’ Österreich hervorgerufen und die jungen Menschen auf den Staat eingeschworen werden. Fraglich bleibt allerdings, wie wirksam diese Vorgangsweise tatsächlich war.

Unterstützt wurde diese Sichtweise auch durch den Staatssekretär für Unterricht, Hans Pernter²⁵⁵, der sich als Schöpfer des neuen Hochschulziehungsgesetzes auszeichnete.²⁵⁶

Die Hochschulautonomie war schon länger Geschichte, wodurch es sich der Staat leisten konnte, massiv in die universitäre Ausbildung einzugreifen. Wie gezeigt wurde, wurden Entscheidungen vom sozialistischen Unterstaatssekretär Glöckel in Bezug auf das Studierendenrecht, die nicht in die universitäre Ausbildung eingriffen, sehr wohl als Verletzung der Hochschulautonomie gewertet. In dieser Diskussion wurde versucht, die Hochschulautonomie über die österreichische Verfassung zu heben, um eine diskriminierende Regelung einzuführen, was teilweise sogar gelang. Bei folgender Ausführung des Staatssekretärs Pernter hätte demzufolge ein Aufschrei durch die Studierenden und Lehrenden gehen müssen, was interessanterweise aber nicht geschah.

„Eine solche Erziehung zu einheitlicher Kulturauffassung und vaterländischer Gemeinschaftsgeiste beeinträchtigt in keiner Weise die Bestimmung unserer

²⁵⁴ ebd., S. 10.

²⁵⁵ Hans Pernter (1887-1951) war Hochschulassistent, bevor er 1919 seine erste Tätigkeit in einem Ministerium übernahm. Ab 1934 war er Staatssekretär im Bundesministerium für Unterricht, bevor er 1936 zum Bundesminister bestellt wurde. Diese Funktion hatte er bis zum nationalsozialistischen Einmarsch in Österreich inne. 1938 wurde er verhaftet und war bis 1941 in den KZ Dachau und Mauthausen inhaftiert. Nach seiner Freilassung wurde er 1944 nochmals verhaftet und war bis zu seiner endgültigen Freilassung 1945 in Untersuchungshaft. In der Zweiten Republik war er noch für mehrere Jahre Abgeordneter der ÖVP.
Dr. Hans Pernter | Biografie von Dr. Hans Pernter
http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01180/pad_01180.shtml; zuletzt abgerufen am 23. 09. 2008.

²⁵⁶ Vgl.: Sachwalter; Hochschulführer, S. 12.

Verfassung über die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre. Die österreichische Staatsführung ist durchaus gewillt, die Freiheit des Geistes auf allen Gebieten der Wissenschaft, solange sie sich innerhalb der Grenzen streng wissenschaftlicher Auffassung hält, zu schützen, dafür muß sie aber auch fordern, daß die Wissenschaft sich zum Staate bekennt und die Hochschulen die ihnen anvertraute Jugend im Geiste dieses Staates erziehen. Dazu sollen nun alle die Maßnahmen dienen, welche das Hochschulerziehungsgesetz vorsieht, einerseits die Pflichtvorlesungen zu weltanschaulicher und staatsbürgerlicher Erziehung und über die vaterländische Geschichte, andererseits die der akademischen Jugend gewiß auch zusagende Wehrerziehung durch vormilitärische Übungen sowie die Gemeinschaftserziehung im Hochschullager.“²⁵⁷

In dieser offensichtlichen Notwendigkeit, den Schülerinnen und Schülern die österreichische Heimat schmackhaft zu machen, schrecken die Autoren, in diesem Fall Universitätsdozent August Knoll, auch nicht davor zurück, Themen und Ikonen der deutschnationalen Studierenden für ihre Zwecke auszuschlachten. Über die Geschichte wird argumentiert, dass die Studenten immer bereit waren, bei einer Bedrohung des Vaterlandes zu verteidigen. Diese Bereitschaft wurde herangezogen, um einerseits heroisiert zu werden und andererseits auf die enge Verbundenheit der beiden hinzuweisen. In weiterer Folge wird die verpflichtende Wehrhaftmachung als Selbstverständlichkeit dargestellt, die in erster Linie als ‘natürliche Aufgabe’ der Studenten gerechtfertigt und in Tradition der Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges gesetzt wird. Für diese Strategie wurde auch nicht davor zurückgeschreckt, den von der deutschen Studentenschaft maßgeblich mitfinanzierten Siegfriedskopf zu instrumentalisieren. Aber auch das Ziel wird formuliert: „ein erneuerter Bund zwischen Student und Staat. Losung ist: d e r N e u e S t u d e n t i m N e u e n S t a a t!“²⁵⁸

Die Maßnahmen zum Ziel der Umgestaltung der Universitäten wurden mit diesem ‘neuen’ Geist gerechtfertigt. Es sollte schließlich das alte, verstaubte System erneuert werden, um die Verbundenheit zwischen den Studierenden und dem Staat zu ermöglichen. Die Anfänge der schädlichen Zustände an den Universitäten wären im Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu finden. Denn:

²⁵⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935, S. 7.

²⁵⁸ Sachwalter; Hochschulführer, S. 11. Hervorhebung aus dem Original.

„Die hohe Schule war keine Bildungsstätte mehr, sie wurde Wissensbetrieb. [...] Dadurch vermauerte die liberale Schule die lebendige Beziehung des Hörers zum Leben, des Studenten zum Staat.“²⁵⁹

Mit dem Liberalismus als Vater wären die ‘Auswüchse der Nachkriegszeit’ logisch und kaum vermeidbar gewesen. Allerdings hätten sie sich nicht so stark verwurzeln können wie der Liberalismus, wäre daher auch leichter von den Universitäten zu vertreiben. Die Anspielungen waren aber nicht auf die antisemitischen Übergriffe der deutschnationalen Studierenden gemünzt. Auch die Vorläufer des inzwischen verbotenen NSDStB wurden nicht angegriffen oder kritisiert:

„Was nach 1918 geschah, ist in jeder Hinsicht ein Erzeugnis des Zerfalles und mußte naturnotwendig in den Schlund zurück, der es auswarf. Zerfall gebiert nur Zerfall. Gewiß sind davon viele Kreise angesteckt und fortgerissen worden. Welche Verwüstung der Schulgeist der Nachkriegszeit in manchen Erziehungsinstituten angerichtet hatte, ist zu bekannt. Auf den Hochschulen hatte aber der s o z i a l i s t i s c h e Geist n i e m a l s einen richtigen Nährboden gefunden. Zu stark waren die christlichen und nationalen Kräfte der Professoren- und Hörerschaft, um sich von internationalem Defaitismus und Pazifismus entmannen zu lassen. Ja, der Widerstand gegen den Geist der Ehr- und Würdelosigkeit, der Selbstbesudelung und Selbsterniedrigung, ging gerade von der Hochschule aus. Sie war oft die einzige Stätte, die den Urlauten der Straße ein energisches Halt gebot. Sie wandte sich zuerst gegen die Lockerung zwischen Student und Staat, herbeigeführt von volksfremden Elementen, die die Liebe zum Vaterland mit der Schale des Spottes übergossen.“²⁶⁰

Nicht die jahrelang dominierenden deutschnationalen Studierenden, nicht die AnhängerInnen der mittlerweile verbotenen NSDAP und des NSDStB, die versuchten gegen den austrofaschistischen Staat zu putschen, wurden als Gefahr angesehen. Vielmehr waren sie immer noch Verbündete gegen die sozialistischen Studierenden, denen an den Universitäten nur eine kleine Rolle zukam und die sich außerhalb von Wien keines großen Zulaufs erfreuen konnten. Aus diesen Worten ist keine Distanz zu den deutschnationalen bzw. nationalsozialistischen, antisemitischen Vorgängen an den Universitäten zu lesen. Sie beinhalten kein Wort der Abgrenzung gegenüber dem nationalsozialistischen Nachbarstaat. Die von konservativer Seite auch heute noch geäußerte Rechtfertigung der

²⁵⁹ ebd., S. 12.

²⁶⁰ ebd., S. 11 f. Hervorhebung aus dem Original.

austrofaschistischen Machtübernahme als notwendigen Schritt zur Abwehr des Nationalsozialismus kann zumindest in Bezug auf die österreichischen Hochschulen nicht nachvollzogen oder bewahrheitet werden. Diese Worte zeigen eindeutig, wie die Universitäten mit dem Problem Nationalsozialismus umgingen: Sie verschlossen die Augen davor. Es gab zwar zu wenige Lehrende, die den austrofaschistischen Gedanken an den Universitäten verbreitet hätten, daher konnten nicht alle großdeutsch bis deutschnational eingestellten Lehrenden entfernt werden. Den deutschnationalen Studierenden hätte das austrofaschistische System entgegengetreten können, doch es wurden ihnen kaum Hindernisse in den Weg gelegt. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, dass auch nur einer einzigen studentischen Verbindung im Austrofaschismus verboten wurde, auf der Universität in Farben zu erscheinen.²⁶¹

Die aufgezwungene Wehrerziehung, die mit dem Hochschulerziehungsgesetz eingeführt wurde, ist eine Idee, die der NSDStB schon Jahre zuvor auf dem 1932 in Königsberg stattfindenden Studententag verkündet hatte. Damals wurde die Gesamtorganisation der DSt. dem Führerprinzip unterworfen und Arbeitsdienst und körperliche Betätigung zu wichtigen Eckpfeilern des Studiums ausgerufen. Allerdings griff der NSDStB damit eine Idee auf, die schon seit dem Kriegsende in den deutschen Korporationen propagiert wurde. Für die korporierten deutschen Kriegsstudierenden stellte die Beschränkung des deutschen Heeres zusammen mit dem verlorenen Krieg und der Rückkehr in das Zivilleben einen tiefgreifenden Einschnitt dar. Gerade für die schlagenden Verbände, die das Prinzip der Wehrhaftigkeit lebten, stellten diese Maßnahmen einen Eingriff in „die Voraussetzung des Schutzes des deutschen Volkstums und der Erhaltung der deutschen Kultur“²⁶² dar. Der Pazifismus war ihrer Ansicht nach nicht vereinbar mit dem ‘deutschen Geiste’. Gegen die ‘Wehrlosigkeit’ des deutschen Staates wurde von Beginn an mobil gemacht und schon zu Beginn der 1920er Jahre gab es die ersten Versuche Studierende militärisch auszubilden. Ab 1929, also noch bevor der NSDStB die Maßnahmen von Königsberg einführte, wurden in Deutschland unter der Leitung von Offizieren Wehrsportlager gebildet.²⁶³

In Österreich dürfte die Situation ähnlich gewesen sein. Obwohl sich in der entsprechenden Literatur keine so starken Hinweise in Bezug auf die Studierenden finden lässt. Dem Prinzip der Wehrhaftigkeit hingen besonders die schlagenden Korporationen an. Es ist

²⁶¹ Es handelte sich dabei um die Landsmannschaft ‚Balthia‘. Vgl. dazu: Massiczek; März/April 1938, S. 219.

²⁶² Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 117.

²⁶³ ebd., S. 117 f.

davon auszugehen, dass es hierzulande unter den korporierten Studierenden bekannt war, gab es doch schon in Zeiten der Monarchie einen regen Kontakt zu den deutschen Verbindungen. Dieser wurde nach dem ersten Weltkrieg noch verstärkt. Einerseits waren die österreichischen Burschenschaften, gesammelt in der 'Burschenschaft der Ostmark', ab 1919 in dem Dachverband 'Deutsche Burschenschaft' mit den deutschen organisiert²⁶⁴ und andererseits kamen bis zur Einführung der Tausend-Mark-Sperre 1933 viele deutsche Studierende an die österreichischen Universitäten. Allerdings war es in Österreich kaum notwendig Wehrsportlager einzuführen. Schon nach Kriegsende beteiligten sich österreichische Studierende an den Kämpfen in Kärnten und Oberschlesien.²⁶⁵ In späteren Jahren boten die Heimwehren und das Studentenfreikorps genügend Möglichkeiten, sich entsprechend zu betätigen und führende Positionen zu erlangen.²⁶⁶

Der Arbeitsdienst stellte im austrofaschistischen System weniger eine wirtschaftliche als eine erzieherische Maßnahme mit einer doppelten Funktion dar: „Erziehung zur körperlichen Arbeit und Erziehung zur Volksgemeinschaft“²⁶⁷. Wobei diese Punkte nur erreicht werden könnten, wenn die Studierenden in einem Lager mit der Arbeiterschaft zusammenträfen, um dort die vorhandenen Gegensätze auszuräumen. Besonders viel Anklang dürfte der Arbeitsdienst allerdings nicht gefunden haben. Im Jahrbuch wurde es schon als großer Erfolg gewertet, dass sich 1935 die Zahl der Meldungen von 120 mehr als verdoppelt hatte. Zwar geht nicht genau hervor, ob diese Zahl Österreichweit galt oder nur für die Universität Wien. Aber selbst wenn sich diese Angabe nur auf die Universität Wien bezieht, sind etwas mehr als 240 Studierende bei 9963 Studierenden im Sommersemester 1935 wohl kaum ein Grund, um in Jubelchöre auszubrechen und ein Gelingen dieser Einrichtung zu verkünden.²⁶⁸

²⁶⁴ Vgl. Dvorak; 115 Jahre; S. 39.

²⁶⁵ Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen, S. 39.

²⁶⁶ Vgl.: Dvorak; 115 Jahre; S. 39. Laut Dvorak traten viele Korporierte im austrofaschistischen Staat aus diesen Einrichtungen wieder aus.

²⁶⁷ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935, S. 19.

²⁶⁸ ebd., S. 18 f.

5.3 Der Aufbau der Sachwalterschaft

Die Sachwalterschaft der österreichischen Hochschüler war ein hierarchisches System, in dem mehr Ebenen als in der Deutschen Studentenschaft existierten. Somit entsprach sie schon eher dem heutigen Modell der ÖH mit vier Ebenen²⁶⁹ und pflegte eingeschränkte Verbindungen zu staatenübergreifenden Organisationen.

Nicht nur strukturell unterschied sich die Sachwalterschaft von der Deutschen Studentenschaft, auch in der inhaltlichen Ausrichtung können Unterschiede festgemacht werden. Außerdem gab es in den Jahren ihrer Existenz keine Wahlen, die sogar zu Zeiten der Deutschen Studentenschaft durchgeführt worden waren. Das austrofaschistische Regime wollte an den Universitäten nichts dem Zufall überlassen und setzte lieber genehme und gleichgeschaltete Personen als 'Studierendenvertreter' ein, bevor es Wahlen zuließ. Die Möglichkeit, wie es die Deutsche Studentenschaft jahrelang praktizierte, einen Urnengang mittels diskriminierendem Wahlrecht und eingeschränktem Pool der Wählerschaft durchzuführen, um zumindest ein Minimum einer demokratischen Ausrichtung zu suggerieren, war nicht beabsichtigt und anscheinend keine entsprechend sichere Option. Die Sachwalterschaft wurde also nicht von Studierenden aufgebaut oder beeinflusst, sondern von staatlichen Stellen aufgezwungen. Anscheinend fürchtete das austrofaschistische Regime einen Urnengang an den Universitäten, da es den Sachwalter immer von oben bestimmte. Die weitere Postenvergabe in diesem System wurde nicht beschrieben, vermutlich wurden sie an Bekannte oder treue Parteigänger vergeben. Somit hat der erste für ganz Österreich zuständige Sachwalter Heinz Drimmel, treffend den eigentlichen Charakter des Systems beschrieben, wenn er von einem „studentischen Führungsapparat [...]“ oder von „den Reihen der Führer der Studentenschaft“²⁷⁰ spricht. Die Formulierung „der studentischen Selbstverwaltung, die v o n Studenten f ü r

²⁶⁹ „Mit 28. Mai 1945 wurden alle Hochschulvorschriften, welche während der Zeit des Nationalsozialismus erlassen worden waren, aufgehoben, und alle Hochschulvorschriften in der Fassung vom 13. Mai 1938, egal ob sie vorher als Gesetze, Verordnungen oder Ministerialerlässe in Kraft gesetzt wurden, d.h. auch alle von den Austrofaschisten auf der Grundlage des Hochschülermächtigungsgesetzes durchgeführten Ministerialerlässe, als Bundesgesetze und damit auch nur durch Bundesgesetze änderbar, wieder in Kraft gesetzt.“ (Griesebner; Politisches Feld Universität, S. 72 Fußnote 109) Somit erlebte die Sachwalterschaft mit Beginn des Wintersemesters 1945/46 eine Wiederbelebung. Aber sie wurde in Österreichische Hochschülerschaft umbenannt und es gab erstmals in diesem System demokratische Wahlen. Ab dem Herbst 1946 wurde das hierarchische System langsam in ein demokratisches umgebaut. Griesebner; Politisches Feld Universität, S. 72 ff.

²⁷⁰ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935, S. 9.

Studenten geschaffen²⁷¹ wurde, mit denen er im Hochschulführer die Sachwalterschaft beschreibt, entspricht wohl kaum der Wirklichkeit des Systems.

Der Sachwalter war die oberste Instanz, ihm oblag die Vertretung „der Hochschülerschaft und aller ihrer Gliederungen gegenüber den akademischen Behörden und der Unterrichtsverwaltung“²⁷². Unter dem Sachwalter der Hochschülerschaft standen die Sachwalter der einzelnen Hochschulen, einschließlich der Akademie der bildenden Künste, die als ‘örtliche Sachwalter’ bezeichnet wurden. Auf diesen beiden Ebenen befanden sich mehrere Arbeitsgebiete, die als Abteilungen bezeichnet wurden und denen ein Abteilungsleiter vorstand. Unter dem ‘örtlichen Sachwalter’ befinden sich die Fachgruppen und Fachschaften.²⁷³ Wobei die Begrifflichkeiten anscheinend auch den eigenen MitarbeiterInnen nicht geläufig waren, denn in den verschiedenen Texten, meist ohne Hinweis auf die Autorenschaft, zum Aufbau der Organisation werden beide Wörter für die gleichen Einrichtungen verwendet bzw. abwechselnd gebraucht. Aus der bildlichen Darstellung des Aufbaus dieses Systems ergibt sich, dass die Fachgruppen auf den Fakultäten angesiedelt waren, während die Fachschaften auf der Ebene der Studienrichtungen eingerichtet wurden. Demnach würden aber nur Fachschaften an den philosophischen Fakultäten in Wien und Graz, der Hochschule für Bodenkultur, der Technischen Hochschule Wien und den juristischen Fakultäten in Wien und Innsbruck existiert haben. An der Hochschule für Welthandel und der theologischen Fakultät in Salzburg gab es anstelle der Fachschaften Arbeitsgemeinschaften.²⁷⁴ Zumindest an der Universität Wien gab es auch eine ‘Fachschaft für Rettungstechnik, Luft- und Gasschutz’.

„Die Fachschaft ist die Zusammenfassung aller auf gemeinsamer kultureller Basis stehenden Hochschüler der gleichen Studienrichtung zur Vertretung und Wahrung gemeinsamer Fachinteressen und zur Eingliederung des Einzelnen in die Gesamtstudentenschaft. Die Fachgruppe ist eine höhere Einheit in der fachschaftlichen Organisation der Hörschaft einzelner Fakultäten.“²⁷⁵

²⁷¹ Sachwalter; Hochschulführer, Vorwort. Hervorhebung aus dem Original.

²⁷² ebd., S. 29.

²⁷³ ebd., S. 29.

²⁷⁴ ebd., S. 46.

²⁷⁵ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935, S. 13.

Die Fachschaften sollten eine Verbindung zwischen den Studierenden und den Lehrenden herstellen, sowie die vorhandene Kluft zwischen Studium und Beruf beseitigen und die beiden Bereiche aufeinander abstimmen. Nach außen hin sollten sie die Verbindung zu den „entsprechenden berufsständischen Körperschaften“ pflegen und aufrechterhalten. Einerseits sollten sie also den Studierenden behilflich sein im Studium voranzukommen und andererseits in den verschiedenen Aufgabengebieten mitarbeiten. Diese umfangreiche Aufgabenstellung an die Fachschaften sollte allerdings nicht als zusätzliche Bürde oder Hindernis während des Studiums angesehen werden, denn sie stellten keinen Widerspruch dar, sondern standen „in notwendiger Ergänzung und in engster und nützlichster Verbindung“ zum Studium.²⁷⁶

Die auf den oberen Teilen dieser Hierarchie angesiedelten Abteilungen umfassten folgende Arbeitsgebiete: Schulungswesen, Auslandsdienst, Arbeitsdienst, Körperliche Ertüchtigung, Presse- und Werbewesen, Hochschulpolitik und Wirtschafts- und Fürsorgewesen.

Die Studienberatung wird demnach an die Fachschaften bzw. Fachgruppen abgeschoben; die für die Studierenden wichtigste Einrichtung dieser sieben Aufgabenbereiche war wohl das Wirtschafts- und Fürsorgewesen, das die Studierenden in meist wirtschaftlichen Notlagen unterstützen sollte. Die anderen Ämter waren inhaltlich eher auf die Umgestaltung der Universitäten im Sinne des austrofaschistischen Regimes bzw. zur Umsetzung der neuen Hochschulziehung ausgerichtet. Sie waren Werkzeuge zur Umsetzung der austrofaschistischen Werte und Ziele an den Universitäten und weniger eine Hilfestellung für Studierende.²⁷⁷

Das Schulungswesen hatte zum Ziel, über unterschiedliche Veranstaltungen kulturelle, staatsbürgerliche und volkswirtschaftliche Werte zu vermitteln. Typisch österreichische Kulturgüter wie Volkslied und -tanz oder das Laienspiel wurden besonders gefördert. Diese Einrichtung stellte wieder eine Übernahme einer deutschnationalen Idee dar. Seit dem Wintersemester 1927/28 wurden an der Universität Wien ‘Volkstümliche Universitäts-Vorträge’ abgehalten, die einen ähnlichen Inhalt hatten.²⁷⁸ Der Auslandsdienst stand in erster Linie in Kontakt zu Studierendenorganisationen anderer Länder und fand über die Mitarbeit in internationalen Verbänden statt. Daneben war die Stelle

²⁷⁶ ebd., S. 14 f.

²⁷⁷ Vgl.: Sachwalter; Hochschulführer, S. 30-33.

²⁷⁸ Vgl. z. B.: Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien Wintersemester 1927/28, S. 62 ff. Ab dem Wintersemester 1927/28 lassen sich diese Veranstaltungen nachweisen. Falls sie davor auch schon stattgefunden haben, wurden sie nicht im Vorlesungsverzeichnis angeführt.

Ansprechpartner für ausländische Studierende, die hier entsprechende Informationen erlangen konnten. Auch ein Austauschdienst wurde von dieser Organisation betrieben. Der Arbeitsdienst sowie das Amt für Leibesübungen dienten beide zur Erstellung eines Angebotes für die Studierenden. Das Pressewesen war für die Produktion der eigenen Broschüren und Zeitungen verantwortlich. Der Aufgabenbereich Hochschulpolitik wurde auch Verbändewesen genannt. Daraus wird auch schon die inhaltliche Ausrichtung klar, die einen Gleichklang zwischen der Hochschülerschaft und den Verbänden schaffen sollte.²⁷⁹

Aber auch die Fürsorge wurde für die Ziele des austrofaschistischen Staates instrumentalisiert. 1935 wurde berichtet, dass eine ärztliche Untersuchung für Erstsemestrige eingeführt werden sollte. Es wurde angeblich in den Jahren zuvor festgestellt,

„daß in den akademischen Berufen eine nicht geringe Anzahl physisch und psychisch nicht Geeigneter oder minder Geeigneter Eingang gefunden hat. Es steht da in solchen Fällen die Neigung oder das Wollen des Betreffenden mit den an ihn gestellten Anforderungen nicht im Einklang. Der daraus erwachsende Schaden trifft sowohl die Gesundheit des physisch oder psychisch unzulänglichen Gerüsteten, als auch die Allgemeinheit, der er nicht jenen von seiner Stellung als Akademiker zu erwartenden Nutzen bieten kann.“²⁸⁰

Es wird hier also ein weiterer Ausschlussmechanismus eingeführt, der die jungen Menschen von einem Hochschulstudium abhalten konnte. Umschrieben wurde dies mit positiven Formulierungen, die der jungen Bevölkerung klar machen sollten, dass ihre Kräfte besser in anderen Bereichen eingesetzt seien, um dem Staat möglichst ideal zu dienen. Da an den Universitäten die neue ‘Elite’ des Staates herangebildet werden sollte, wurde mit diesen Umschreibungen davon abgelenkt, dass nicht alle Studierenden erwünscht waren. Letztere sollten schließlich die zukünftige Führungsschicht bilden und die Lenkung des Staates übernehmen, daher mussten sich die zukünftigen Studierenden aus systemkonformen Personen rekrutieren. Auch an den Schulen sollte den Jugendlichen die austrofaschistische Ideologie näher gebracht werden. Ebenso wie an den Schulen scheiterte

²⁷⁹ Sachwalter; Hochschulführer, S. 30 ff.

²⁸⁰ Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935, S. 21.

dieses Vorhaben an den Universitäten durch eine zweigleisige und inkonsequente Durchführung.²⁸¹

Zusammenfassend kann der Sachwalterschaft attestiert werden, dass sie in erster Linie ideologische Handlanger des austrofaschistischen Systems war. Die meisten Einrichtungen der Sachwalterschaft dienten dazu, die neue Ideologie unter den anderen Studierenden zu verbreiten. Diesem Ziel war der Großteil der Einrichtungen und die studentischen FunktionärInnen untergeordnet. Um einer Opposition keinen Raum zu geben, wurden die Wahlen abgeschafft, um sicherzustellen, dass nur konforme Studierende Arbeiten in diesem System übernahmen. Nur in einem minimalen Ausmaß wurde den Aufgaben einer Studierendenvertretung nachgekommen. Trotzdem gelang es nicht die Masse der Studierenden von der neuen Ideologie zu überzeugen.

²⁸¹ Vgl. dazu: Dachs, Herbert; „Austrofaschismus“ und Schule. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 282-296.

6. Antisozialismus, Antisemitismus und Anschlußgedanke als allgemeines Gedankengut des österreichischen Verbindungswesens

An den österreichischen Universitäten lassen sich in den Jahren der Zwischenkriegszeit vor allem drei Punkte festmachen, die sich in beiden großen studentischen Lagern der Korporationen ausmachen lassen. Sowohl die deutschnationalen, als auch die katholischen Studierenden zeichnete der Antisozialismus, der Antisemitismus und der Anschlußgedanke, gepaart mit einem ausgeprägten Bekenntnis zum deutschen Kulturkreis bzw. Deutschnationalismus, aus. Diese Punkte waren über die Jahrzehnte Gedankengut der Verbindungen und in dieser Hinsicht wurde an den Universität Politik betrieben. Dieser Punkte bediente sich auch der Nationalsozialismus, der sich an den österreichischen Universitäten zu Beginn der 1930er Jahre rasch ausbreitete. Es kann daher gesagt werden, dass die ideologischen Rahmenbedingungen für den Nationalsozialismus schon lange vor seinem Auftreten gegeben waren und die katholischen und deutschnationalen Verbindungen mit diesen Inhalten den Weg für seinen Aufstieg bereitet haben.

Diese drei Funktionen spielten an allen österreichischen Hochschulen eine Rolle, allerdings machten sie sich am ehesten in Wien bemerkbar. Im Vergleich mit den anderen österreichischen Universitätsstädten gab es im Wien der Zwischenkriegszeit eine starke sozialistische Opposition sowie einen hohen Anteil jüdischer Studierender. Sowohl in Graz, als auch in Innsbruck gab es nicht einmal annähernd hundert sozialistische oder jüdische Studierende.²⁸² Trotzdem „solidarisierte sich studentischer ‘Antisemitismus ohne Juden’ mit Wien“²⁸³ und hatten die katholischen und deutschnationalen Studierenden eine antisemitische und antimarxistische Grundhaltung. Im Unterschied zu Wien gab es allerdings kaum Übergriffe auf Angehörige dieser Gruppen, sondern kam es in erster Linie zu Auseinandersetzungen zwischen den katholischen und deutschnationalen Korporierten. In Graz waren die deutschnationalen Studierenden die stärkste Gruppierung und beherrschten auch die dortige Deutsche Studentenschaft, während in Innsbruck die katholischen Studierenden die Mehrheit stellten.

²⁸² Für Graz vgl. Binder; Weg der Studentenschaft, S. 75 f. Für Innsbruck vgl.: Gehler; Studenten und Politik, S. 37 f.

²⁸³ Gehler; Studentenverbindungen und Politik, S. 344.

6.1 Anschlußgedanke und deutsches Kulturbekenntnis als Teil der österreichischen Selbstsicht

Die Forderung nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland bekam mit dem Ende des Ersten Weltkrieges eine bedeutende Rolle, als sich aus der Habsburgermonarchie mehrere Einzelstaaten bildeten und das kleine Österreich übrig blieb. Allerdings war die Anschlußforderung keine Erfindung des Jahres 1918. Ihre Ursprünge können in der Diskussion über die Kleindeutsche oder Großdeutsche Lösung in der Mitte des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Mit der endgültigen Durchsetzung der Kleindeutschen Lösung nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 und der darauf folgenden Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871, fand die Forderung immer mehr Anhänger in der österreichischen Monarchie und dabei in erster Linie bei den studentischen Verbindungen.²⁸⁴

Mit der Errichtung des Deutschen Reiches wurde auch eine urburschenschaftliche Forderung - die Einigung Deutschlands war ein Grundsatz, der im Rahmen des Wartburgfestes 1817 aufgestellt worden war - erfüllt.²⁸⁵ Allerdings sahen sich dabei die österreichischen Verbindungen ausgeschlossen - sie waren von der deutschen Einigung nicht betroffen. War bis dahin für die österreichischen Korporationen ein Bekenntnis zum 'Deutschtum' und zur Habsburgermonarchie kein Widerspruch gewesen, musste ihr Ausschluss aus dem Gesamtverband der Deutschen Konsequenzen haben. Diese äußerte sich darin, dass sich die studentischen Verbindungen vom österreichischen Herrscherhaus ab- und dem deutschen zuwandten. Denn für die Studenten musste ein Hinwenden zur österreichischen Monarchie zwangsläufig eine Aufgabe des Bekenntnisses zum deutschen Kulturkreis bedeuten. Die gemeinsame Kultur, auch wenn in erster Linie nicht die Kultur sondern die Sprachnation gemeint war²⁸⁶, wurde durch die Politik des Habsburgerreiches, mit der Folge des Erstarkens der anderen Nationen, als bedroht angesehen. Ein österreichischer Vielvölkerstaat, in dem alle gleichberechtigt waren und die 'deutschen' Österreicher ihre Vormachtstellung verloren, konnte keine Option darstellen.²⁸⁷ Demnach

²⁸⁴ Molisch; Politische Geschichte, S. 85. Dvorak; 115 Jahre, S. 30 f.

²⁸⁵ Vgl.: Krause; Burschenherrlichkeit, S. 85.

²⁸⁶ Vgl.: Bruckmüller; Nation Österreich, S. 314.

²⁸⁷ Vgl.: Haas, Hanns; Staats- und Landesbewußtsein in der Ersten Republik. In: In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 474. In Hinkunft zitiert als: Haas; Staats- und Landesbewusstsein.

konnte der Wunsch nach einem Staat für alle Deutschen, als die sie sich ansahen, nicht aufgegeben werden. Ein Umdenken, ein Hinterfragen der eigenen Ideale, bzw. eine Ausrichtung den neuen Gegebenheiten angepasst, kam wohl keinem der Studenten in den Sinn. Im Gegenteil, die zu dieser Zeit neu entstehenden katholischen Verbindungen wurden neben ihrer religiösen Orientierung gerade aufgrund ihrer Befürwortung des österreichischen Kaisertums angefeindet. Daher ist die Forderung nach dem Anschluß bis zum Ende des Ersten Weltkrieges immer in Zusammenhang mit einem ausgeprägten Deutschnationalismus zu sehen.

Nachdem die meisten konfessionslosen Korporationen schon seit Jahrzehnten ein Aufgehen der deutschsprachigen Gebiete der Monarchie in Deutschland forderten, manifestierte sich dieser Gedanke nach dem Krieg auch außerhalb der studentischen Verbindungen. Dem neuen Österreich wurde von seiner Bevölkerung nur geringe Überlebenschancen zugestanden, daher erschien ein Aufgehen im Nachbarstaat als naheliegende und einzige Lösung.

Dieser Gedanke setzte sich auch in den politischen Parteien fest, die sich fast durchgängig für den Anschluß aussprachen und ihn über die Namensgebung des neuen Staates als Deutschösterreich manifestierten. Die Intentionen der Parteien waren unterschiedlich und entsprachen den Linien der Organisationen. Die deutschnationalen Verbindungen und Parteien blieben weiterhin ihrer Linie treu, bzw. gab es für sie auch keinen Grund diese zu ändern, während die anderen Parteien andere Ausformungen zeigten. Bei den Christlichsozialen bevorzugten vor allem die alpenländischen Organisationen ein Aufgehen im deutschen Staat. Über einen längeren Zeitraum konnte bei den Christlichsozialen eine „vorsichtig-distanzierte Haltung zum Anschluß“²⁸⁸ wahrgenommen werden. Dies beinhaltete die Betonung der ‘österreichischen Mission’, die sich in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation sah und mehr oder weniger dessen Wiedererrichtung anstrebte. Damit war ein Anschluß an Deutschland nicht zwingend notwendig, da eine Provinzialisierung als mögliche Folge abgelehnt wurde. Dies widersprach auch dem ‘Sendungsbewusstsein’ der christlichsozialen und späteren austrofaschistischen Führung. Denn das neue Reich sollte einen katholisch-österreichischen, nicht protestantisch-preußischen, Mittelpunkt haben.²⁸⁹ Der CV hingegen

²⁸⁸ ebd., S. 480.

²⁸⁹ Vgl.: ebd., S. 480 f; Staudinger, Anton; Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 48. In Hinkunft zitiert als: Staudinger; „Österreich-Ideologie“.

hatte aufgrund seiner schon im Vorfeld des Krieges gepflegten Kontakte mit deutschen Schwesterverbindungen diesbezüglich weniger Bedenken, aber auch im CV gab es unterschiedliche Strömungen.

Die sozialdemokratische Partei befürwortete aufgrund politischer und wirtschaftlicher Überlegungen ein Zusammengehen der beiden Staaten. Die sozialistische Regierung Deutschlands legte den Schluss nahe, dass sich der Sozialismus hier bald durchgesetzt habe und an dieser Entwicklung wollte die österreichische Sozialdemokratie teil haben. Gerade der Verlust der Regierungsbeteiligung im Juni 1920 stärkte dieses Ansinnen der Parteiführung. Die Masse der Arbeiterschaft war mit diesen Zielen nur begrenzt zu begeistern.²⁹⁰

Einer Umsetzung dieser Idee auf politischer Ebene wurde mittels des im September 1919 unterzeichneten Friedensvertrages von St. Germain die Möglichkeit genommen. Dieser Beschluss wurde von österreichischer Seite nur unter Protest akzeptiert. Die Entscheidung der Alliierten wurde dem, vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson propagierten, Selbstbestimmungsrecht der Völker als widersprüchlich aufgefasst. Denn während die 'deutschen' Österreicher nicht in einem Staatenverband mit den Deutschen aufgehen konnten, erfolgte aufgrund dieses Rechts die Gründung der Nachfolgestaaten, die das Ende der Monarchie bedeuteten.²⁹¹

Das Abfinden mit dem Diktat von außen verhinderte aber nicht, dass der Anschluß weiterhin ein untergeordnetes Thema in der österreichischen Politik blieb. Verschiedene Organisationen waren aber über die Parteigrenzen hinweg in diesem Sinne aktiv. Die Anschlußfrage stand immer in einem engen Verhältnis mit der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Denn die 'Lebensunfähigkeit' des neuen Staates wurde vor allem in der geänderten wirtschaftlichen Situation und den damit fehlenden Kapazitäten ausgemacht. Die unterschiedlichen Phasen der österreichischen Wirtschaft in den 1920er Jahren zwischen Krisen und Erholung, bewirkte auch eine unterschiedliche Auseinandersetzung mit dem Anschluß.²⁹² Erst durch das verstärkte Auftreten des Nationalsozialismus in Deutschland kamen die meisten politischen Parteien in Österreich von der Anschlußforderung ab.

²⁹⁰ Vgl.: Haas; Staats- und Landesbewusstsein, S. 481 f; Maderthaler, Wolfgang; Die Sozialdemokratie. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 190.

²⁹¹ Vgl. z. B.: Egert; Durchsetzung des völkischen Prinzips, S. 59.

²⁹² Haas; Staats- und Landesbewusstsein, S. 483 f.

Das Auf und Ab der österreichischen Politik in der Anschlußfrage fand an den österreichischen Universitäten keinen Wiederhall. Eine Abkehr von diesem Gedanken fand unter den Studierenden der Deutschen Studentenschaft nicht statt. Auch als das offizielle Österreich durch das Aufkommen des Nationalsozialismus auf Distanz zu dieser Forderung ging, hielten sie die deutschnationalen Studierenden aufrecht. Die deutschnationalen Studierenden konnten auf die Unterstützung der Lehrenden bauen und unter dieser Voraussetzung regelmäßig Wahlen abhalten. Die Deutsche Studentenschaft in Österreich war eindeutig antisemitisch und großdeutsch ausgerichtet. Mehrmals wurden Ereignisse in Deutschland herangezogen, damit die deutschnationalen Studierenden ihre Gesinnung äußern und eine Lanze für den Anschluß brechen konnten. Die Mitarbeit im Dachverband der DSt. wurde daher forciert und der Austausch mit deutschen Studierenden gesucht. Die DSt. bildete in ihrer staatenübergreifenden Ausrichtung eine Organisation, in welcher der Anschlußgedanken unbehelligt gefestigt werden konnte.

Es verwundert kaum, dass von Seiten des katholischen Koalitionspartners in erster Linie die nationalen Kräfte in der Deutschen Studentenschaft Österreichs mitwirkten. Es fehlte ihnen allerdings die Verankerung unter den katholischen Studierenden, weshalb sie auch vom Dachverband KDHO (KDAA) nur begrenzt unterstützt wurden. Daneben hatte die katholische Studierendenbewegung insgesamt mit einem Mangel an aktiven Mitgliedern zu kämpfen. Obwohl anfangs die Möglichkeiten einer aktiven Hochschulpolitik erkannt wurden, schwand das Interesse an der Mitarbeit sehr rasch wieder. Durch den bald einsetzenden Mitarbeitermangel musste im Rahmen der Deutschen Studentenschaft den deutschnationalen Studierenden die aktive Gestaltung überlassen werden. Trotz eines regen Zulaufes zu den katholischen Korporationen an den Universitäten gelang es nicht, die neuen Mitglieder auch zu einer Mitarbeit in der Hochschulpolitik zu motivieren. Die jahrelange eingeschränkte Aktivität in der Deutschen Studentenschaft war mit ein Grund für die am Anfang der 1930er Jahre zunehmenden Auseinandersetzungen mit den deutschnationalen Studierenden.²⁹³

Diese Auseinandersetzungen führten zum Ausstieg der katholischen Studierenden aus der Deutschen Studentenschaft 1932. Obwohl ursprünglich ein Wiedereintritt in die Koalition mit den deutschnationalen Studierenden beabsichtigt war, wurde aufgrund der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland dieser Schritt wieder verworfen. Die den Anschluß befürwortenden deutschnationalen Studierenden führten daraufhin die

²⁹³ Vgl. dazu: Jagschitz; Dollfuss, S. 152 f.; 157; 172.

Studierendenvertretung weiter, bevor von staatlicher Seite zuerst das Verbot der NSDAP und ihrer Organisationen und später die Auflösung der Deutschen Studentenschaft folgte. Der neue, von der austrofaschistischen Führung ausgegebene, Pro-Österreich Kurs wurde von den katholischen Studierenden sofort übernommen.

Daher wird auch heute noch von dieser Seite gerne betont, dass das austrofaschistische Regime die letzte Bastion gegen den Nationalsozialismus gewesen sei und in diesem Zusammenhang werden die ständestaatlichen Führer als 'wahre' Österreicher bezeichnet. Denn „in der Zeit von Ständestaat-Kanzler Engelbert Dollfuß habe 'es auch endlich einmal einen ausgesprochenen österreichischen Patriotismus' gegeben“²⁹⁴. Unbestreitbar ist, dass sich dieses Regime in einem bewussten Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland sah und sich damit vom Anschlußgedanken distanzierte. Allerdings sind die daraufhin gesetzten Maßnahmen, vor allem jene, die gegen die nationalsozialistische Bewegung gerichtet waren, äußerst dürftig. Denn schon kurz nach dem Verbot der nationalsozialistischen Partei versuchte die austrofaschistische Führungsrige, sich mit den Mitgliedern der verbotenen Partei auf „ein gemeinsames Vorgehen gegen den 'Marxismus' zu verständigen“²⁹⁵. Auf Druck des nationalsozialistischen Deutschland wurden ab 1936 trotz des immer noch währenden Verbotes „Vertrauensleute der illegalen Partei sogar in führende Positionen des 'Ständestaates'“²⁹⁶ aufgenommen. Der Antimarxismus der austrofaschistischen Führung war dermaßen ausgeprägt, dass ein Übereinkommen mit der nationalsozialistischen Bewegung wichtiger und dringender erschien, als ein Ausgleich mit der Sozialdemokratie.²⁹⁷

Das ausgesprochene Österreichertum war aber nicht so tief verankert, wie es heute gerne gesehen wird. Auch in der katholischen Bewegung gab es keine einheitliche Linie, sondern unterschiedliche Ausrichtungen. Die neue austrofaschistische „deutsche 'Österreich'-Ideologie konnte vorhandene österreichische patriotische Tendenzen in den eigenen

²⁹⁴ Aussage von Otto Habsburg in seiner Rede am 10. März 2008 bei einer ÖVP-Gedenkveranstaltung anlässlich des vor 70 Jahren vollzogenen Anschlusses im „historischen Reichsratssaal des Parlaments“. Vgl.: Dollfuß in „Schlacht gegen Hitler gefallen“ <http://www.orf.at/080310-22766/index.html>; zuletzt abgerufen am 02. 07. 2008.

²⁹⁵ Garscha, Winfried R.; Nationalsozialisten in Österreich 1933 – 1938. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 106. In Hinkunft zitiert als: Garscha; Nationalsozialisten.

²⁹⁶ ebd., S. 100.

²⁹⁷ Staudinger; „Österreich-Ideologie“, S. 36.

Reihen nicht stärken²⁹⁸, sondern wirkte im Gegenteil kontraproduktiv. Das komplizierte Konstrukt des österreichischen Patriotismus war der Bevölkerung nur schwer oder gar nicht zugänglich. Die beharrliche Selbstsicht als Teil der deutschen Nation verhinderte die Entwicklung eines wirklichen österreichischen Patriotismus. Andere österreichische politische Gruppierungen konnten mit dieser Ideologie nicht in ein Bündnis gegen den Nationalsozialismus geholt werden, „da diese [...] gleichzeitig auch eine Legitimierungsfunktion für die innenpolitische Machtausübung durch die Vaterländische Front zu erfüllen hatte und breite Bevölkerungsschichten, die vor 1933 durch die Parteien der Arbeiterbewegung repräsentiert waren, vom nationalen Interesse ausschloß.“²⁹⁹

An den Universitäten wurde dies umso prekärer, da hier die deutschnationalen Kräfte tonangebend waren. Der austrofaschistischen Regierung erschien es daher umso wichtiger den österreichischen Patriotismus hier voranzutreiben, weshalb auch entsprechende Maßnahmen gesetzt wurden. Zusätzlich wurden den Schülerinnen und Schülern bzw. den Studierenden über verschiedene Medien die Sichtweise der austrofaschistischen Führung näher gebracht. Es war allerdings ein schmaler Grat, der damit beschritten wurde, da das richtige Mittelmaß zwischen dem Bekenntnis zur deutschen Nation und der Eigenständigkeit Österreichs gefunden werden musste. So formuliert der neue Bundeskanzler und Nachfolger von Engelbert Dollfuß, Kurt von Schuschnigg, im Jahrbuch der Hochschülerschaft:

„Laßt euch nicht von wirklichkeitsfremden Doktrinären oder unbelehrbaren Fanatikern überreden, die den Deutschen in Euch gegen den Oesterreicher in Euch ausspielen wollen. Wir alle sind Deutsche, weil und dadurch, daß wir Oesterreicher sind und wir werden um so bessere Deutsche sein, je bessere Oesterreicher wir werden. Der Weg zu wahren Deutschtum führt über die Betonung der blutvollen lebendigen Eigenart des eigenen Stammes und der Kulturwerte einer historischen Individualität deutscher Geschichte.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, daß die Verwirklichung des deutschen Lebensideales in der möglichen Gleichrichtung aller Volkskräfte in dem weiten, reichgegliederten, gerade in seiner Vielfalt so herrlichen deutschen Raum liegen sollte. Gegen eine solche Versündigung am wahren Geist des Deutschtums müssen gerade wir Oesterreicher die Stimme erheben, wozu wir auf Grund einer tausendjährigen ruhmreichen Geschichte dieser deutschen Ostmark wahrhaft alle Rechte haben.“³⁰⁰

²⁹⁸ ebd., S. 49.

²⁹⁹ ebd., S. 49.

³⁰⁰ Schuschnigg, Kurt von; Von Österreichs deutscher Sendung. In: Kultur- und Bildungsinstitut im Auftrage des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs (Hg.); Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs

Sehr ähnlich klingen die Worte des Staatssekretärs für Unterricht, Hans Pernter, der zusätzlich mit dem Mittel 'Zuckerbrot und Peitsche' die Studierenden auf den österreichischen Weg bringen will:

„Allen diesen Studenten, die guten Willens sind, werde ich stets Freund und Förderer sein, wo immer ich nur kann. An den restlichen Teil der Studentenschaft aber, der sich unter dem Banne einer abwegigen Ideologie des Nationalismus bisher gegen den österreichischen Staat einstellte, richte ich die ernste Mahnung zur Umkehr und Einkehr. Mögen doch endlich diese Kreise der Studentenschaft einsehen, daß man die deutsche Treue vor allem dem eigenen Vaterland, unserem Vaterland Oesterreich, zu halten hat, daß das Bekenntnis zu einem selbständigen Oesterreich nicht im geringsten Gegensatz zu einem ebenso aufrechtem Bekenntnisse zum deutschen Volkstum steht und daß gerade das neue Oesterreich, wie einst die Ostmark, eine besondere deutsche Sendung zu erfüllen hat. Es ist hohe Zeit, daß diese Einsicht sich durchsetzt, die eine Brücke bilden könnte zur Mitarbeit im Rahmen einer großen vaterländischen Studentenschaft. Wenn aber dieser Ruf zur Einkehr ungehört verhallen sollte, dann mögen es alle akademischen Kreise wissen, daß ich fest entschlossen bin, mit allen mir zu Gebote stehenden, sehr weitreichenden Mitteln, dafür zu sorgen, daß unsere Hochschulen im vaterländischen Geiste geführt werden, daß ihre Einrichtungen, für deren Erhaltung unser Staat die größten Opfer bringt, in erster Linie den vaterländisch gesinnten Akademikern zugute kommen und daß alle jene Elemente, welche sich diesem Kurs in staatsfeindlicher Haltung entgegenstellen, vom akademischen Boden entfernt werden.

Ein neuer Geist muß von unseren Hochschulen ausgehen, sie müssen zu Träger des großen Gedankens eines neuen Oesterreichs als christlichen, deutschen und sozialen Staates auf ständischer Grundlage werden, wie ihn der verewigte Bundeskanzler Dr. Dollfuß verkündet und mit seinem Opfertode besiegelt hat.“³⁰¹

Beide Funktionsträger des Austrofaschismus versuchen über die neue 'Österreich'-Ideologie auf die Studierenden einzuwirken und sie auf den 'vaterländischen Kurs' einzuschwenken. Dem Bekenntnis zum Deutschtum folgt sofort die Betonung des eigenständigen Österreichischen. Gerade Schuschnigg bemüht die Sichtweise der ÖsterreicherInnen als die 'besseren' Deutschen. Trotzdem wird auf der einen Seite versucht, die Gegensätzlichkeit zwischen 'österreichisch' und 'deutsch' zu betonen,

1934/35, Wien 1934, S. VII f.

³⁰¹ Pernter, Hans; Ein Wort an Österreichs Studenten. In: In: Kultur- und Bildungsinstitut im Auftrage des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs (Hg.); Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, Wien 1934, S. IX f.

während auf der anderen Seite betont wird, dass es keine Widersprüche gibt. Dieser Spagat war wohl doch zu groß, als dass er gelingen konnte. Nur kurz wird auf die ‘österreichische Mission’, die ‘deutsche Sendung’, eingegangen. Dies ist dahingehend interessant, da diese die austrofaschistische Führung als weiteren Aspekt der ‘Österreich’-Ideologie betrachtete. Wie schon zuvor festgestellt wurde, war das Österreichbild des austrofaschistischen Staates etwas diffus und nur schwer nachzuvollziehen. Dies lässt sich anhand dieser Auszüge nachvollziehen. Es darf bezweifelt werden, dass mit solchen Texten deutschnationale Studierende, die eine entsprechend langjährige ideologische Sozialisation erfahren hatten, zu einer Abkehr ihrer Ansichten, geschweige denn zu einem glühenden Österreich-Patriotismus gebracht wurden. Vielmehr stellte sich der Großteil der Studierenden gegen die neue Gesinnung und „interpretierte sie als Verrat an der eigenen Sache“³⁰². Auch die angekündigte Drohung von Hans Pernter, seine ‘weitreichenden Mittel’ auszuschöpfen, dürfte wohl kaum eine größere Wirkung zur Folge gehabt haben. Die Heroisierung von Dollfuß stellte ebenfalls kein geeignetes Mittel dar, um deutschnationale Kreise zu Verfechtern des austrofaschistischen Staates zu machen. Albert Massiczek, in der Zwischenkriegszeit selbst Nationalsozialist und illegal aktiv, beschreibt die verfehlte Politik des Ständestaates folgendermaßen:

„In den deutschnationalen und nationalsozialistischen Reihen empfand man die Existenz eines zweiten deutschen Staates nicht nur als Wertminderung für das Deutsche Reich, sondern fühlte sich von der autoritären Regierung zusätzlich als Deutsche zweiten Grades eingestuft. Seitens der Regierung aber war man nicht imstande, Österreichs nationale und kulturelle Eigenständigkeit glaubhaft tiefer zu begründen und damit der Vorwurf, man verschreibe sich aus Opportunismus einer politischen Halbheit, zu entkräften.“³⁰³

Auch an den Universitäten wurde dieser Spagat innerhalb des CVs probiert. Dem Austritt aus dem Gesamtverband, dem ‘Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen’, folgte die Gründung des dritten ÖCV, dem ‘Österreichischen Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen’. „Die noch 1933 beschlossene Satzung des ÖCV verlangte nur ‘Bekenntnis zum deutschen Volkstum’“³⁰⁴.

³⁰² Höflechner, Walter; Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938. In: Brünner, Christian; Konrad, Helmut (Hg.); Die Universität und 1938, Wien, 1989, S. 73. In Hinkunft zitiert als: Höflechner; Wissenschaft.

³⁰³ Massiczek; März/April 1938, S. 216 f.

³⁰⁴ Hein; Antisemitismus, S. 77.

Die Trennung aufgrund der in Deutschland regierenden Nationalsozialisten, die seit ihrer Machtergreifung definierten, was deutsche Kultur ihrer Meinung nach sei, führte auf österreichischer Seite nicht zu einer Abkehr von der Zugehörigkeit zu diesem Kulturkreis.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg änderte der Verband seinen Namen bei der Wiedergründung, in den Jahren 1938 bis 1945 war auch der österreichische CV verboten, auf 'Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen'. Die ebenfalls nach 1945 wiederhergestellten Verbindungen nannten sich gegebenenfalls von Katholische Deutsche Studentenverbindung in Katholische Österreichische Studentenverbindung um. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es umso wichtiger sich als österreichisch zu bezeichnen und alle Verbindungen zu den früheren 'Werten' zu kappen. „Mit Deutschnationalismus hätte der ÖCV nie etwas zu tun gehabt – weder früher noch heute, sei man doch schon seit dem Bestehen österreichisch gesinnt gewesen, heißt es in offiziellen Stellungnahmen.“³⁰⁵ Denn um sich als Verteidiger des österreichischen Staates darstellen zu können, mussten etwaige 'braune' Flecken kaschiert werden.

6.2 Antisozialismus und Antimarxismus als Zeichen einer konservativen Wertehaltung

Nachdem sich das Bürgertum im 19. Jahrhundert gegen „die bestehende monarchische Ordnung und die Vorherrschaft des Adels“ durchsetzte und diverse Privilegien erkämpfte, sah es diese durch die aufkommenden sozialistischen bis anarchistischen Ideen gefährdet.³⁰⁶ Mit einer zunehmend stärkeren und selbstbewussteren Arbeiterschaft konfrontiert, „verwandelt sich das liberale Ziel der Demokratie in die Angst vor der 'Terrorherrschaft der Masse',“³⁰⁷.

Die Befürchtungen des Bürgertums fanden sich auch an den österreichischen Universitäten wieder. Die Angst vor den klassenkämpferischen Linken machte sich auch an den Hohen

³⁰⁵ Vgl.: Österreichischer Cartellverband <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96CV>, zuletzt abgerufen am 05. 06. 2008. So ist auch im geschichtlichen Abriss auf der Homepage des ÖCV über die Zwischenkriegszeit kein Hinweis auf das ‚deutsche Bekenntnis‘ zu finden. Die Abspaltung vom Gesamt-CV wird als „Gründung des 3. Österreichischen Cartellverbandes“ bezeichnet. Der Katholisch-Deutsche Hochschulausschuss (KDHÖ) wird mit „Katholische Hochschülerschaft Österreichs“ umschrieben. Vgl. ÖCV online <http://www.oecv.at/?page=01-01-02-02>, zuletzt abgerufen am 06. 06. 2008.

³⁰⁶ Fischer, Marina; Strasser, Hermann; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten. Ein Beitrag zur Soziologie der Universität, Wien 1973, S. 136.

³⁰⁷ ebd., S. 138.

Schulen breit und fand seinen Ausdruck in einer starken antisozialistischen bzw. antimarxistischen Haltung der bürgerlichen korporierten Studenten. Die Kontakte zur Arbeiterschaft, die bei der bürgerlichen Revolution von 1848 noch bestanden hatten, gingen verloren und mit den Inhalten und Zielen der sozialistischen Bewegung konnten die korporierten Studenten nichts anfangen. „Jene Reproduktion bürgerlicher Klassenvorherrschaft, wie sie nach dem Ende der bürgerlichen Revolution zur wichtigen Aufgabe der Hochschulen wird, findet darin ihren ungebrochenen Ausdruck.“³⁰⁸ Die über die Jahrzehnte aufgebaute Distanz zur Arbeiterschaft machte sich in einem Unverständnis der Ideologie der sozialistischen Studenten gegenüber bemerkbar. Allerdings kam es auf Seiten der bürgerlichen Studenten kaum zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Ideen. Einen weiteren Unterschied konnte in den diametralen Sichtweisen zu den wichtigen Punkten im Hochschulleben ausgemacht werden. Die deutschnationalen Studenten konnten mit der betonten Internationalität nicht umgehen, die katholischen nicht mit dem Antikatholizismus. Außerdem konnten das klassenkämpferische und revolutionäre Potential und die prinzipielle Ablehnung der Monarchie, sowohl der deutschen als auch der österreichischen, von beiden Studentengruppen nicht nachvollzogen werden. Ebenso konnten letztere die nicht antisemitische Haltung der sozialistischen Studenten nicht verstehen, während diese mit den von den Korporationen hochgehaltenen Werten nichts anfangen konnten.³⁰⁹

Im den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam es zu den ersten Annäherungen der bis dahin noch nicht organisierten sozialistischen Studierenden an den Hochschulen. 1893 wurde der erste sozialistische studentische Zusammenschluss gegründet, die ‚Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten‘.³¹⁰ Diese Organisation

³⁰⁸ ebd.; S. 158.

³⁰⁹ Vgl.: ebd. 158; Jagschitz; Dollfuss, S. 149; 166.

³¹⁰ Vgl.: :: VSSStÖ :: Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs >> wir über uns <http://www.vsstoe.at/default.asp?Hauptmenue=1&Untermenue=3>; zuletzt abgerufen am 02. 07. 2008.

1917 stand erstmals eine Frau an der Spitze des Zusammenschlusses. (Vgl. ebd.) Zoitl weist allerdings darauf hin, dass die ‚Freie Vereinigung‘ nicht der erste sozialistische Zusammenschluss war. Vgl.: Zoitl; „Student kommt von Studieren!“, S. 50; 60. Laut Weingand und Winkler nannte sich die sozialistische Studierendengruppe nach dem Ersten Weltkrieg ‚Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung‘. Während die Wiener Vereinigung schon länger existierte, fanden im Oktober und November 1918 erstmals auch in anderen Universitätsstädten sozialistische Studierende zusammen. In Graz hielt die ‚Vereinigung sozialistischer Hochschüler‘ ihre Gründungsversammlung am 1. März 1919 ab, im Dezember des gleichen Jahres konstituierte sich die Innsbrucker ‚Vereinigung sozialistische Hochschüler und Akademiker‘. 1921 versuchten sich die drei lokalen Gruppen zu einem gesamtösterreichischen Verband zusammenzuschließen. Am 13. November 1921 wurde die ‚Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung‘ ins Leben gerufen. Allerdings änderte dies nichts an der Arbeitsweise, denn die Einzelgruppen agierten weiterhin individuell, denn es gab kaum eine städteübergreifende Vorgangsweise. Aus diesem Grund wurde 1925 der Verband neu organisiert und gleichzeitig in ‚Verband sozialistischer

versuchte nur drei Jahre später eine Studentenvertretung an den Hochschulen einzurichten. Der Versuch scheiterte allerdings daran, dass die deutschnationalen und liberalen Verbindungen, die zuerst positive Willensäußerungen bezüglich einer Mitarbeit abgaben, sich davon schließlich doch wieder aufgrund „des internationalen Charakters ... dieses Versuches“³¹¹ distanzieren. Die ‚sozialistische Internationalität‘ steht in diesem Punkt also im krassen Gegensatz zu der (deutsch)nationalen Ausrichtung der meisten Studentenverbindungen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurde eine internationale Ausrichtung abgelehnt, denn das Augenmerk lag auf einem rein deutschen Zusammenschluss.

Trotz ihrer geringen Anzahl belebten die sozialistischen Studierenden die universitäre Landschaft. Es kann gesagt werden, dass die Idee einer Studierendenvertretung an den österreichischen Hochschulen von ihnen ausging, auch wenn sie anfangs scheiterten. Beim ersten Versuch 1896 lag es am Rückzug der studentischen Verbindungen, beim zweiten Versuch 1909 verursachten die akademischen Behörden das Misslingen dieser Initiativen. Die bislang rein bürgerlichen Hochschulen wurden mit einem neuen Geist konfrontiert, der sie in ihren Grundfesten erschütterte und ihre Akteure zu reagieren zwang. Die einzige Reaktion darauf beschränkte sich allerdings auf ein Abblocken des Neuen.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg, als die Zahl der sozialistischen Studierenden weiter zunahm, gab es von den eingesessenen Verbindungen keine Reaktion auf die veränderte Situation. Auch als in den 1920er Jahren immer mehr SchulabgängerInnen an die Universitäten strömten und es immer mehr „Studenten aus den Kreisen der mittleren und unteren Beamten, der Handwerker und Angestellten“³¹² gab, bewegten sich die Korporationen nicht, sondern hielten an ihrer antiquierten Selbstsicht als exklusive und elitäre Gruppe fest. Denn bis dahin waren sie an den Universitäten unter sich geblieben und konnten sich als eigene Schicht betrachten, welche sich bis dahin „weitgehend selbst regeneriert“³¹³ hatte, und die den Anspruch auf die führenden Positionen im Staat hatte. Das Elitebewusstsein der Korporierten „wurde nicht etwa im Licht der neuen politischen Wirklichkeit überprüft, sondern als selbstverständliches Axiom übernommen.“³¹⁴ Den

Studenten Österreichs‘ umbenannt. Die internationale Ausrichtung blieb weiterhin bestehen und drückte sich in mehreren internationalen Treffen (z. B. die ‚Sozialistische Studenteninternationale‘ 1931 in Wien) aus. (Weingand; Winkler; Diese Welt, S. 17; 47; 49.

³¹¹ Fenz; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft, S. 9.

³¹² Bleuel; Klinnert; Deutsche Studenten, S. 79.

³¹³ ebd., S. 79.

³¹⁴ ebd., S. 83 f.

sozialen Veränderungen an den Universitäten und in der Gesellschaft wurde nicht Rechnung getragen, sondern im Gegenteil der einst auferlegte Führungsanspruch weiter aufrecht erhalten. Für die deutschen Hochschulen trifft diese Beschreibung noch mehr zu als auf die österreichischen.

Denn nicht nur neue Inhalte machten sich breit, die Universitäten öffneten sich seit der Jahrhundertwende immer weiter für die bis dahin ausgeschlossenen Frauen. „1896 wurden Frauen zur Nostrifikation ausländischer medizinischer Dokorate, mit Beginn des Studienjahres 1898/99 bzw. 1900/01 auch als Hörerinnen an der philosophischen bzw. medizinischen Fakultät, zu den Rigorosen an diesen Fakultäten sowie zur Lehramtsprüfung zugelassen.“³¹⁵ Damit war Österreich gemeinsam mit Preußen das letzte europäische Land, das Frauen den Zugang zu den Universitäten ermöglichte.³¹⁶ Im Jahre 1919 wurden neben den juristischen Fakultäten auch die Technischen Hochschulen, die Hochschule für Bodenkultur und die Tierärztliche Hochschule Frauen zugänglich gemacht. 1922 folgte mit der Eingliederung in die Universität Wien auch bei der evangelischen Fakultät eine Öffnung für Frauen.³¹⁷

Die Oktoberrevolution 1917, die sozialistische Regierung Deutschlands im Oktober 1918 und die darauffolgenden Unruhen, für die in erster Linie die linken Kräfte verantwortlich gemacht wurden, die angebliche Verbindung von Judentum und Sozialismus und damit zusammenhängend die Dolchstoßlegende galten als ‘Beweise’ für die schon vor dem Weltkrieg aufgestellten Vorurteile, welche die Ablehnung der sozialistischen Studierenden an den Universitäten förderten. Die Verflechtung von Sozialismus und Judentum war für die beiden ablehnenden Kreise im Rahmen der russischen Revolution besonders ‘offensichtlich’ und fand schließlich in der Dolchstoßlegende ihren Niederschlag. ‘Bestätigt’ wurde diese Ansicht an den Universitäten durch den Kampf um das Studierendenrecht, in dem sich die sozialistischen Studierenden für das Staatsbürgerschaftsprinzip aussprachen. Nach diesem wären auch jüdische Studierende wahlberechtigt gewesen, was nicht im Sinne der deutschnationalen und katholischen Kreise war.

³¹⁵ Fischer; Strasser; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung, Teil C, S. C/72.

³¹⁶ Heindl, Waltraud; Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich. In: Heindl, Waltraud; Tichy, Marina (Hg.); „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“ Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (= Hamann, Günther; Mühlberger Kurt; Skacel, Franz (Hg.); Schriftenreihe des Universitätsarchivs Universität Wien Bd. 5), Wien ²1993, S. 17. Im Gegensatz zu dem Zitat von Fischer und Strasser, schreibt Heindl, dass die Philosophische Fakultät schon 1897 für Frauen geöffnet wurde.

³¹⁷ Einzig die katholische Fakultät blieb bis nach dem Zweiten Weltkrieg dem Frauenstudium verschlossen. Vgl.: Fischer; Strasser; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung, Teil C, S. C/74.

Nur kurzfristig wurde unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg über den interfraktionellen Hochschulausschuss³¹⁸ eine Zusammenarbeit der verschiedenen Lager möglich, die nicht lange andauerte. In Folge der langwierigen und zu keinem Ende kommenden Verhandlungen über das Studierendenrecht distanzierten sich die sozialistischen Studierenden von der 'deutsch-arischen' Liste und später auch von der Deutschen Studentenschaft. Die Wahlen zu diesem Organ wurden aufgrund der diskriminierenden Wahlordnung von Anfang an von Boykottaufrufen der sozialistischen Studierenden begleitet, an denen sie freiwillig, weder aktiv noch passiv, nicht teilnahmen. Inwieweit diese Maßnahmen allerdings Erfolg hatten, ist nicht erwiesen, ebenso wie kaum mehr festgestellt werden kann, wie groß ihre Anhängerschaft war, nachdem sie sich nie an Wahlen beteiligt hatten. Daher sind Aussagen über mögliche Veränderungen durch die Teilnahme der sozialistischen Studierenden an der Deutschen Studentenschaft rein spekulativ, da auch nicht nachvollzogen werden kann, über wie viele Mandate sie verfügt hätten.³¹⁹

Lehrveranstaltungen sozialistischer Lehrender, besonders von Julius Tandler, wurden oftmals von deutschnationalen und nationalsozialistischen Studierenden gestört. Die sozialistischen Lehrenden konnten sich auch keine Unterstützung von ihren Kolleginnen und Kollegen erwarten, da diese meist selbst ein gespaltenes Verhältnis zu ihnen hatten. Denn: „Man konnte die Sozialisten auch nicht rassistisch ausgrenzen, weshalb man sie als Verräter empfand, denen gegenüber keine Rücksicht angebracht schien, obgleich auch sie die Anschlußidee vertraten.“³²⁰

Im Austrofaschismus war, geleitet von Bundeskanzler Dollfuß, an ein Abrücken von der Ablehnung der Sozialdemokratie nicht zu denken. Die antisozialistische Haltung wurde im Gegenteil widerspruchslos übernommen und erfuhr nach dem Parteiverbot von 1934 keine Änderung. Mehrere Aussagen lassen sich in den Texten, die vom Sachwalter der Österreichischen Hochschülerschaft ausgegeben wurden, finden. Allerdings beschränkt sich diese Sichtweise nicht nur auf die Zwischenkriegszeit und die letzten Jahre der Monarchie. Bis heute finden sich einschlägige Aussagen auch von führenden ÖVP-

³¹⁸ Im Zuge der Auflösung des interfraktionellen Hochschulausschusses kam es zu einer Spaltung der linken Kräfte in eine sozialistische und eine kommunistische Studierendengruppe. Vgl.: Speiser; sozialistische Studenten, S. 53.

³¹⁹ Speiser schreibt, dass der VSSTÖ 1928 eine „Mitgliederschaft von 2.571, davon mehr als 500 Studentinnen (das war rund ein Zehntel der Hörer der Wiener Hochschulen)“ erreicht hatte. Vgl.: Speiser; sozialistische Studenten, S. 21. Worauf er allerdings diese Angaben stützt, wird nicht angegeben, daher können diese Zahlen auch nicht unwidersprochen übernommen werden.

³²⁰ Höflechner; Wissenschaft, S. 66.

Politikern, wie Stephan Neuhäuser nachweist.³²¹ Denn seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert versuchen „Atheismus, Materialismus, Sozialismus, Nationalismus [...] das Denken zu verwirren und die Seelen zu vergiften.“³²².

Die Politik des austrofaschistischen Regimes ist von einem konsequenten Vorgehen gegenüber der Sozialdemokratie gekennzeichnet. Trotz der Gefahr einer nationalsozialistischen Übernahme Österreichs, fand ein Abrücken von dieser Politik erst kurz vor dem Anschluß statt. Zwischenzeitlich wurde der nationalsozialistischen Anhängerschaft gegenüber vielmehr mit Nachsicht agiert. Das Juli-Abkommen von 1936 war gewissermaßen nur die offizielle Begründung für das lasche Vorgehen den nationalsozialistischen Kräften gegenüber, wurde aber schon nach dem Verbot der NSDAP, trotz deren terroristischen Aktivitäten, praktiziert. Wolfgang Speiser nimmt mehrmals auf die unterschiedliche Behandlung der beiden staatsfeindlichen Gruppierungen dieser Zeit Bezug und zeigt auf, wie die Augen vor den nationalsozialistischen Umtrieben verschlossen wurden.³²³

Die politisch aktiven linken Kräfte sammelten sich in der Zeit des Austrofaschismus in Wien im 'Geeinten Roten Studentenverband', „der sich aus Kommunist/inn/en, Revolutionären Sozialist/inn/en, Sozialdemokrat/inn/en und Parteilosen zusammensetzte“³²⁴. Der Gegensatz zwischen den deutschnationalen und sozialistischen Studierenden wurde erst in der austrofaschistischen Zeit ein wenig relativiert. So kam es kurz nach dem Verbot der sozialdemokratischen Einrichtungen zu einem massiven Werben der NationalsozialistInnen unter den jugendlichen Linken. Diesem waren anfänglich sogar einige Erfolge beschieden, danach blieben die SozialdemokratInnen bei ihren eigenen Untergrundorganisationen.³²⁵ Allerdings taten sich die nationalsozialistischen Studierenden mit dem politischen Agitieren noch um einiges leichter, da sie über die deutschnationalen Verbindungen 'legal' in Erscheinung treten konnten, während die linken Studierendenorganisationen nur im Untergrund agierten.³²⁶ Bis zu einem gewissen Grad

³²¹ Vgl.: Neuhäuser, Stephan (Hg.); „Wir werden ganze Arbeit leisten...“. Der austrofaschistische Staatsstreich 1934, Norderstedt 2004.

³²² Austria Wien (Hg.); 100 Jahre CV-Gedanke. 80 Jahre Austria Wien. Festschrift anlässlich der CVV 1956 in Wien, Wien 1956, S. 5.

³²³ Vgl. dazu: Speiser; sozialistische Studenten.

³²⁴ Weingand; Winkler Diese Welt, S. 49.

³²⁵ Garscha; Nationalsozialisten, S. 106 f.

³²⁶ Vgl. dazu: Massiczek; März/April 1938, S. 218.

kam es trotzdem zu kooperativen Aktionen, manche SozialistInnen wechselten aber auch in das Lager der Nationalsozialisten.

6.3 Korporationen als Träger des studentischen Antisemitismus

Noch länger als die beiden zuvor besprochenen Punkte war der Antisemitismus an den österreichischen Universitäten und ihren Studierenden existent. In diesem Bereich waren die österreichischen Studierenden am empfänglichsten für die Agitation des Nationalsozialismus zu Beginn der 1930er Jahre.

Schon bei der Gründung der 'Urburschenschaft' fanden sich antisemitische Töne, die sich in der Verbrennung von Werken auch jüdischer Autoren manifestierte.³²⁷ Oftmals wird versucht, die damalige Vernichtung von Werken jüdischer Autoren nicht als Handlung mit antisemitischem Hintergrund darzustellen. Aber schon der 'Vater' der Burschenschaft, Friedrich Ludwig Jahn, verhehlte seine antisemitischen Ansichten nicht, die er auch den Studenten mitgab. Außerdem äußerte sich die Einigung nationaler und religiöser Elemente schon sehr bald nach dem Wartburgfest in „einer christlich-germanischen Strömung“ die „im Kampf gegen die Juden“ ihr erstes Ziel fand.³²⁸

Schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte sich eine zunehmend antisemitische Stimmung im studentischen Verbindungswesen breit. Diese rassistische Sichtweise äußerte sich zuerst 1865, als sich die Wiener Burschenschaft 'Silesia' erstmals weigerte jüdische Studenten aufzunehmen. Dies war der Startschuss für eine jahrelange Diskussion um die Aufnahme bzw. die Satisfaktionsfähigkeit jüdischer Personen. Die Burschenschaft 'Libertas' nahm 1878 als erste eine antisemitische Satzung an.³²⁹ „Hatte dieser Gedanke in einer Körperschaft Wurzel gefaßt, so war sein Übergreifen auf andere nur mehr eine Frage der Zeit und hauptsächlich von der Widerstandsmöglichkeit sowie dem Ansehen der im Verbands befindlichen Juden abhängig.“³³⁰ Schon zu dieser Zeit wurde zwischen Juden und Ariern unterschieden und bis zur flächendeckenden Einführung des 'Arierparagraphen' bei den Verbindungen sollten nur mehr wenige Jahre vergehen. Denn

³²⁷ Zur antisemitischen Einstellung der ersten Burschenschafter vgl.: Schäfer; Burschenschaftsbewegung, S. 32.

³²⁸ Krause; Das Wartburgfest, S. 42.

³²⁹ Hein; Antisemitismus, S. 24.

³³⁰ Molisch; Politische Geschichte, S. 121.

jüdische Menschen wurden von den deutschnationalen Verbindungen als Mitglieder einer eigenen Rasse angesehen, die das 'deutsche Volk' unterwandern und 'verweichlichen' würden.³³¹ In den 1890er Jahren wurde durch das Waidhofener Prinzip jüdische Studenten als nicht satisfaktionsfähig erklärt und die diesem Grundsatz anhängenden Verbindungen führten den 'Arierparagrafen' ein.³³²

Die Annahme der Waidhofener Beschlüsse, der „ersten und krassesten Manifestation des neuzeitlichen, auf dem Konzept der Rasse fußenden Antisemitismus“³³³, durch die deutschnationalen Verbindungen hatte allerdings weitreichende Folgen. Denn viele von ihnen hatten in den Reihen ihrer Alten Herren Personen, die sich verdienstvoll um die Korporation eingesetzt hatten und jüdischer Abstammung waren. Diese mussten durch die Annahme des antisemitischen Standpunktes, ebenso wie die wenigen noch aktiven Korporierten, ausgeschieden werden. Oftmals kamen die jüdischen Alten Herren entsprechenden Maßnahmen zuvor und traten freiwillig aus.³³⁴

Die große Zahl jüdischer Korporierter, die nun ohne Verbindung waren, führte zu einer vermehrten Gründung rein jüdischer Korporationen, die sich dabei stark an die entsprechenden deutschnationalen Pendanten anlehnten. Diese versuchte Angleichung wurde von jüdischen Organisationen anderer Ausrichtungen kritisiert, die das Vorgehen „als eine jeder jüdischen Eigenart hohnsprechende Entartung bezeichneten“³³⁵. Dennoch erlebte das jüdischnationale, zionistische Korporationswesen einen Aufschwung³³⁶, der

³³¹ Vgl. dazu z. B.: Hein; Antisemitismus, S. 54 f.

³³² Am 24. Mai 1890 gründete sich der ‚Waidhofner Verband der wehrhaften Vereine‘, der die schon länger existenten Diskussionen über die Satisfaktionsfähigkeit von jüdischen Korporierten aufgriff und im Waidhofner Prinzip zusammenfasste. Obwohl es den Ideen der deutschnationalen Verbindungen entsprach, dauerte es noch ein paar Jahre bis 1896, bis es sich endgültig durchsetzen konnte. (Hein; Antisemitismus, S. 53 ff.) Die Vereine waren ursprünglich den Ideen Schönerers zugewandte Zusammenschlüsse, die „zunächst Kommers-, Mensur- und Farbwesen als den Vereinszwecken hinderlich“ verwarfen und rein geselliger Natur waren. (Dvorak; 115 Jahren, S. 32; 37.) 1887 kam es zu einem Umdenken und der wehrhafte Gedanke machte sich unter ihnen breit. Dadurch kamen sie in einen Gegensatz mit den Burschenschaften, der erst im Laufe der 1890er Jahre beigelegt werden konnte. Stellten die Vereine noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine starke Konkurrenz zu den deutschnationalen Verbindungen dar, verloren sie nach dem Ersten Weltkrieg rasch an Bedeutung, gefördert durch ihr Unvermögen eine einheitliche Linie zu verfolgen. (Witzmann; Anteil der waffenstudentischen Verbindungen, S. 37.)

³³³ Seewann, Harald; ‚Mit Wort und Wehr für Judas Ehr‘!“. Jüdisch-nationale Studentenverbindungen als Wegbereiter des Zionismus. In: Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992, S. 170. In Hinkunft zitiert als: Seewann; Mit Wort und Wehr.

³³⁴ Vgl.: Krause, Peter; ‚O alte Burschenherrlichkeit“. Die Studenten und ihr Brauchtum, Graz, Wien 1979, S. 123.

³³⁵ Seewann; Mit Wort und Wehr, S. 170.

³³⁶ 1893 wandelte sich der Verein ‚Kadimah‘ in eine schlagende Verbindung um. 1894 wurden die jüdischnationalen Korporationen ‚Unitas‘ und ‚Ivria‘ gegründet. Vgl. Hein; Antisemitismus, S. 54. 1896

von deutschnationaler Seite mit Unbehagen betrachtet wurde. Das jüdische Selbstbewusstsein äußerte sich in erster Linie in einer Vielzahl an Säbelpartien, die es den deutschnationalen Verbindungen ermöglichte, die bestehenden Vorurteile zu verstärken. Nachdem durch das Waidhofener Prinzip diese Art der Auseinandersetzung zwischen jüdischen und 'arischen' Studierenden nicht mehr möglich war, häuften sich nach der Jahrhundertwende gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen.

Auch unter den jüdischen Korporierten konnte sich keine einheitliche Linie durchsetzen. Am stärksten war die nationale, zionistische Gruppe, die dem Ziel des 'Judenstaates' anhing. Sie distanzierte sich auch nicht gegen die von deutschnationaler Seite geäußerten Unvereinbarkeit von jüdischen und deutschen Menschen. Daneben gab es auch eine Gruppe, die eine Assimilation befürwortete, da sie sich selbst als Deutsche betrachteten. Diese war bis in die Mitte der 1890er Jahre die führende Richtung, bevor ihr die zionistische Bewegung mit ihrem neuen jüdischen Selbstbewusstsein den Rang ablief. Sie wurden sowohl von den deutschnationalen, als auch von der jüdischnationalen Richtung angefeindet.³³⁷

In der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts kam das sehr lange benutzte Argument der 'Überfremdung' der Universitäten auf, unter dessen Vorwand ein Numerus clausus für jüdische Studierende gefordert wurde. Da der Anteil der jüdischen Studenten angeblich viel höher war als jener der jüdischen Bürger in der Gesamtbevölkerung, wurde erstmals im Dezember 1892 ein Numerus clausus in der Höhe des Bevölkerungsanteils für die Hochschulen gefordert. „Der erste deutsche Studententag in Wien 1897 erhob diese Forderung zum offiziellen Programmpunkt der gesamten völkischen Studentenschaft“³³⁸. Diese Forderung wurde am zweiten deutschen Studententag 1905 nochmals bekräftigt. Im „Programm der alldeutschen Hochschüler Wiens“³³⁹ wurde sie zusätzlich ausgeweitet und radikalisiert. Demnach sollten alle, die sich dieser Meinung nicht anschlossen, von den Hochschulen verwiesen werden. Der jüdische und der klerikale Einfluss sollte an den Hochschulen, aber auch schon im Vorfeld an den Mittelschulen, gebrochen werden.³⁴⁰

gründete sich eine ‚Libanonia‘.

³³⁷ Seewann; Mit Wort und Wehr, S. 172 f

³³⁸ Hein; Antisemitismus, S. 58.

³³⁹ ebd., S. 59.

³⁴⁰ ebd., S. 59.

Mit dem Ersten Weltkrieg steigerte sich der studentische Antisemitismus noch mehr. Die Kriegsgeschehnisse wurden von der antisemitischen Seite in alle möglichen Richtungen ausgenutzt, um die alten Vorurteile durch neue Vorwürfe zu festigen. So hätten sich die jüdischen Bevölkerungsteile „vor dem Militärdienst gedrückt, [...] sich am Krieg maßlos bereichert und seien Schuld an den Niederlagen und den Versorgungskrisen“³⁴¹. Während sich durch den Krieg die deutschnationalen und katholischen Korporierten annäherten, geschah selbiges mit den jüdischen Korporierten nicht, ihnen wurde prinzipiell unterstellt, ‘Feigheit vor dem Feind’ zu zeigen. Diese Meinung wurde nach dem Krieg mittels manipulierter Opferzahlen verstärkt, die nur eine geringe Zahl an jüdischen Gefallenen auswiesen.

Den antisemitischen Studierenden wurde nach dem Ersten Weltkrieg kein Einhalt geboten, vielmehr sahen sie sich durch die Unterstützung seitens der Universitäten und dem Stillschweigen des Ministeriums unter christlichsozialer Führung darin noch bestärkt. Der Antisemitismus wurde „auch von den Hochschullehrern und Ämtern bis hin ins Ministerium gepflegt“³⁴². Die Deutsche Studentenschaft wurde in ihrem Tun von der Professorenschaft und den Rektoren unterstützt und gegen Angriffe der Presse verteidigt.³⁴³ Längst beschränkte sich der Antisemitismus nicht mehr alleine nur auf die deutschnationalen Korporationen, auch katholische Verbindungen hingen ihm an.

Der studentische Antisemitismus drückte sich in der Zwischenkriegszeit in erster Linie durch gewalttätige Übergriffe gegenüber jüdischen Studierenden aus. Schon im April 1920 kam es zu den ersten antisemitischen Ausschreitungen, in deren Folge die Universität geschlossen werden musste. Immer wieder äußerte sich der Antisemitismus der deutschnationalen Studierenden in brutalen Auseinandersetzungen. Zu einem weiteren Ziel wurden im Laufe der 1920er Jahre auch sozialistische Studierende gemacht. Die Anzahl und Intensität der Übergriffe dürften auch von außeruniversitären Ereignissen, z. B. führten die Gewalttaten rund um die Ereignisse von Schattendorf 1927 zur Sperrung der Hochschule für Welthandel, und den Rektoren abhängig gewesen sein. So kam es unter der Rektorenschaft des deutschnationalen Wenzel Gleispach im Vergleich zu seinem Vorgänger Theodor Innitzer zu einem Anstieg der Übergriffe.³⁴⁴ Die Aufhebung der

³⁴¹ Lichtblau, Albert; Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 454.

³⁴² Binder; Weg der Studentenschaft, S. 90.

³⁴³ Speiser; sozialistische Studenten, S. 6.

³⁴⁴ ebd., S. 45 ff.

Studierendenordnung des ehemaligen Rektors Gleispach Ende Juni 1931 durch den Verfassungsgerichtshof hatte sofortige schwere Ausschreitungen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Studierenden zur Folge. Auch danach kam es an den Universitäten kaum zu einer Beruhigung der Lage. Vor allem die Rampe der Universität Wien stellte oftmals den Schauplatz der blutigen Ereignisse dar, bei denen die anwesende Polizei in der Regel als Zuseher agierte und nur einschritt, wenn sich die sozialistischen Studierenden einmal durchsetzen konnten.³⁴⁵ 1932 und 1933, mit den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten in Deutschland, führte die Begeisterung der deutschnationalen Studierenden erneut zu Übergriffen, deren Ziel neben den jüdischen und sozialistischen nun auch vermehrt die katholischen Studierenden wurden. Im Oktober 1932 wurden erstmals auch ausländische, genauer amerikanische, Studierende Opfer der rassistischen und politischen Verfolgungen. Daraufhin wurde Anfang November aufgrund „der Intervention des amerikanischen Gesandten“ von der Regierung „eine Hochschulwache von 40 Mann ernannt, welche allerdings nicht aus Polizisten, sondern aus Hilfspedellen, aus Angestellten der Museen, Bundestheater usw. bestand“.³⁴⁶ Erst durch das Einschreiten einer ausländischen Gesandtschaft sah sich die österreichische Regierung genötigt, Maßnahmen gegen die jahrelange Gewalt an den Universitäten zu ergreifen. Aber selbst diese blieben halbherzig, die Hochschulwache hinterließ kaum einen abschreckenden Eindruck und die Krawalle setzten sich ungehindert weiter fort. Erst unter dem austrofaschistischen Regime wurden weitreichende Veränderungen durchgeführt, welche die Ausschreitungen hemmen konnten. Die Autonomie der Hochschulen wurde aufgehoben, nach der Hochschulwache hatte nunmehr auch die Polizei ungehinderten Zutritt zu den akademischen Gebäuden. Es wurde „sogar im Anatomischen Institut eine Polizeiwachstube“ eingerichtet.³⁴⁷

Im Austrofaschismus kam es zu einer Abkehr des radikalen Antisemitismus. In der veränderten politische Lage, den fehlenden - weil verbotenen - Adressaten und der Notwendigkeit, sich gegen den Nationalsozialismus abgrenzen zu müssen, „verringerte sich die Bedeutung des Antisemitismus als politische Waffe“.³⁴⁸ Die Beruhigung der politischen Bühne wirkte sich auch auf die neue Hochschülerschaft, die alle, auch jüdische

³⁴⁵ Vgl.: ebd., S. 65; 76 ff.

³⁴⁶ ebd., S. 111.

³⁴⁷ ebd., S. 146.

³⁴⁸ Königseder, Angelika; Antisemitismus 1933 – 1938. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 54.

und ausländische Studierende umfasste, aus. In den Jahrbüchern, die von der Sachwalterschaft jährlich herausgegeben wurden, befasste sich ein eigener Abschnitt mit den studentischen Verbindungen, wo nun auch die jüdischen Zusammenschlüsse ausgewiesen wurden. Allerdings wurde die offizielle Abkehr von der langjährigen diskriminierenden Vorgängerorganisation nicht von allen Austrofaschisten verinnerlicht. Dies kommt etwa in einer offiziellen CV-Schrift von 1936 zum Ausdruck, in welcher der „Bundesminister und Vorsitzende des Altherren-Bundes des ÖCV Emmerich Czermak“ anmerkte, „der CV sei nicht nur ‘judenrein’, sondern habe auch keine ‘Halbjuden und jüdisch Belastete’“³⁴⁹ in seinen Reihen.

Trotzdem schien es, als ob die Maßnahmen des Ständestaates zumindest in diesem Bereich Wirkung gezeigt hätten, denn über einen längeren Zeitraum kam es zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Ab 1937 traten die nationalsozialistischen Studierenden an den Universitäten wieder offensiver auf und trugen trotz Farben- und Abzeichenverbotes immer öfter nationalsozialistische Embleme. Auch die antisemitischen Ausschreitungen begannen im Wintersemester 1937/38 wieder und steigerten sich in den ersten Monaten des Jahres 1938.³⁵⁰

Nachdem die nationalsozialistische Herrschaft in Österreich konsolidiert war, wurden die jüdischen Korporationen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder gegründet hatten, endgültig aufgelöst. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das jüdische Korporationsleben nicht mehr reaktiviert, da die wenigen Überlebenden der Shoah nur in den seltensten Fällen in ihre Heimat zurückkehrten.

Bemerkenswert an diesen drei Punkten ist, dass sie sowohl bei den deutschnationalen, als auch den katholischen Korporationen Anwendung finden. Trotz der sonstigen gegenseitigen Betonung der Differenzen gab es mehr Gemeinsamkeiten als sie selbst sehen wollten. Oftmals wird darauf hingewiesen, dass die Koalition der Zwischenkriegszeit gerade durch den in beiden Lagern vorherrschenden Antisemitismus begründet lag. Dabei wird aber übersehen, dass es in der Ablehnung der sozialistischen Studierenden und generell der marxistischen Bewegung ebenso Gemeinsamkeiten gab, wie im Selbstverständnis sich als ‘Deutsche’ zu fühlen. Die ideologischen Überschneidungen

³⁴⁹ Hein; Antisemitismus, S. 77. Ein weiteres Beispiel stellt Leopold Kunschak dar, der ebenfalls 1936 seine schon 1919 in Form eines Gesetzesentwurfes zu Papier gebrachte antisemitischen Haltung veröffentlichte. Vgl. dazu: Lichtenberger-Fenz; Österreichs Universitäten, S. 10 f.

³⁵⁰ Vgl. dazu: Massiczek; März/April 1938, S. 219-221.

wurden von den Korporationen selbst nicht gesehen, nur die kurze Zeit der relativ unproblematischen Zusammenarbeit im Rahmen der Deutschen Studentenschaft stellte dahingehend eine Ausnahme dar.

Die drei Punkte selbst hatten eine lange Tradition im Rahmen der studentischen Verbindungen, deren Ursprünge bis in die Habsburgermonarchie zurückreichen. Die Vormachtstellung der korporierten Studierenden an den Universitäten führte dazu, dass diese Inhalte nicht aufgeweicht wurden. Neue Ansichten konnten sich nur außerhalb der Korporationen durchsetzen, auch ein Umdenken in manchen Bereichen kam nicht zustande. Im Gegenteil wurden diverse politische Ereignisse dazu herangezogen die vorgefassten Meinungen zu bestätigen und auszubauen. Auch auf Seiten der Lehrenden wurden diese Ansichten geteilt und an die Studierenden weitergegeben, wodurch diese sich in ihrer Haltung bestätigt sahen.

Diese drei Punkte wurden auch vom später an die Universitäten kommenden Nationalsozialismus instrumentalisiert. Der Anziehungskraft der nationalsozialistischen Bewegung konnten sich vor allem die deutschnationalen Korporierten nicht entziehen. Durch die gleichen Inhalte war es für sie möglich, bei beiden Organisationen, den Korporationen und dem NSDStB, Mitglied zu sein. Erst nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten lösten sich die studentischen Verbindungen, zum Teil freiwillig, auf. Auch wenn sich der NSDStB an Inhalten bediente, die an den österreichischen Universitäten nicht mehr neu waren, konnte er sich durch seine Agitation, durch seine Möglichkeiten der Propaganda und mit einer großen, in Deutschland erfolgreichen Partei im Hintergrund, eines raschen Zulaufs erfreuen.

7. Ausblicke

7.1 Die Universität Wien unter nationalsozialistischer Herrschaft

Mit dem Einmarsch der nationalsozialistischen deutschen Truppen im März 1938 hörte Österreich für sieben Jahre auf zu existieren. Dieser Schritt wurde von der österreichischen Bevölkerung nicht als Okkupation gesehen, sondern vielmehr als Befreiung begrüßt. Österreich war somit kein Opfer, auch wenn es manche Menschen wie Otto Habsburg, auch heute noch nicht so sehen wollen.³⁵¹ Dies zeigte sich an den österreichischen Universitäten ab dem Herbst 1937, als die nationalsozialistischen Studierenden trotz Verbotes ihre Aktivitäten wieder aufnahmen. Antisemitische Ausschreitungen standen nun plötzlich wieder an der Tagesordnung und nahmen an Häufigkeit und Intensität zu, je näher der Anschluß kam. Aber nicht nur an den Universitäten selbst kam es immer wieder zu nationalsozialistischen Demonstrationen. In Graz mussten aufgrund dieser Demonstrationen die Hochschulen geschlossen werden. In der steirischen Landeshauptstadt traten die NationalsozialistInnen schon im Februar 1938 am offensivsten auf, gab es hier auch keine Gegnerschaft, die sich ihnen in den Weg stellte. In Wien ging die Hochschulwache hingegen anfangs noch massiv gegen das neue zur Schau gestellte Selbstbewusstsein der nationalsozialistischen Studierenden vor, das sich beispielsweise im öffentlichen Tragen der verbotenen Abzeichen, später auch der Uniformen, äußerte. Diese Form des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus nahm mit der zunehmenden Paralyse der austrofaschistischen Führung ebenso ab.³⁵²

Das ungeliebte Regime wurde beseitigt und das durch die Reduzierung auf einen Kleinstaat beschädigte Selbstbewusstsein der ÖsterreicherInnen durch die Eingliederung in eine 'Großmacht' der damaligen Zeit wieder aufgepäppelt. Die Freude über den Anschluß dauerte aber nicht lange. Selbst die glühendsten VertreterInnen der deutschen Volksgemeinschaft wurden bald ernüchtert und mussten registrieren,

³⁵¹ Vgl.: Dollfuß in „Schlacht gegen Hitler gefallen“ <http://www.orf.at/080310-22766/index.html>; zuletzt abgerufen am 02. 07. 2008.

³⁵² Vgl.: Massiczek; März/April 1938, S. 219 f; Pauley; Der Weg, S. 193 ff.

„daß die ‘Ostmärker’ nach 1938 keineswegs als Elite, sondern als bloße Provinzgesellschaft in das nationalsozialistische Deutsche Reich integriert worden waren. Da die NSDAP-Führung dies von den Österreichern selbstkonstruierte Sonderrolle der ‘besseren deutschen Kulturnation’ bewußt negiert hatte, kam es, vor allem mit den zunehmenden militärischen Niederlagen nach der Schlacht um Stalingrad 1942/43, rasch zu einer emotionalen Ablösung.“³⁵³

Doch noch bevor es soweit war, wurde im anfänglichen Jubel der ‘Staat, den keiner wollte’ endgültig zu Grabe getragen. Wie schnell sich die ÖsterreicherInnen an die neuen Gegebenheiten anpassen konnten, wie rasch die nationalsozialistische Umgestaltung vollzogen wurde, zeigt, wie wenig die Maßnahmen des austrofaschistischen Regimes mit dem Versuch, der Bevölkerung einen österreichischen Patriotismus einzupflanzen, Wirkung zeigten.

Es kann wohl gesagt werden, dass gerade die Universitäten ein Paradebeispiel für die erfolgreiche Adaptierung der nationalsozialistischen Vorgaben waren. Wie gezeigt werden konnte, hatte sich hier der österreichische Patriotismus am allerwenigsten durchsetzen können, weder bei den Lehrenden und schon gar nicht bei den Studierenden. Daher ist es auch kaum verwunderlich, dass die Umgestaltung der Universitäten gerade im Nationalsozialismus, obwohl hier weitreichendere Maßnahmen als im Austrofaschismus gesetzt, diese ähnlich schnell umgesetzt wurden. Der Umbau „verlief nach dem gleichen Muster wie im ‘Altreich’, nur wesentlich beschleunigter. Was dort zum Teil sechs Jahre gedauert hat wurde in Wien in wenigen Monaten umgesetzt.“³⁵⁴ In ideologischer Hinsicht gab es unter den Lehrenden und Studierenden hingegen keinen Widerstand. Von Vorteil waren dabei natürlich die nationalsozialistischen Vorfeldorganisationen wie NSDStB oder ANSt (Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen), die zwar im Ständestaat verboten waren, aber im Untergrund, gestützt auf legale Organisationen, ihre Tätigkeiten fortsetzten.³⁵⁵

An den österreichischen Universitäten wurde die Gleichschaltung mit der nationalsozialistischen Gesetzeslandschaft vorexerziert. Nach Lichtenberger-Fenz setzte sich die Angleichung aus drei Schritten zusammen. Zu Beginn stand im März 1938 die

³⁵³ Rathkolb, Oliver; Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, S. 21.

³⁵⁴ Stadler; Posch; Lausecker; Ingrisch; Forschungsprojekt ‘Arisierung’, 2003, S. 26.

³⁵⁵ Vgl. z. B.: Lichtenberger-Fenz, Brigitte; „Es läuft alles in geordneten Bahnen“. Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime. In: Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugebauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.); NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Nachdruck Wien 2001, S. 550 ff. In Hinkunft zitiert als: Lichtenberger-Fenz; „Es läuft alles in geordneten Bahnen“.

„Phase der Machtergreifung“, worauf im April und Mai die „Konsolidierung der Macht“ folgte und anschließend bis zum Wintersemester 1938/39 im „Aufbau einer nationalsozialistischen Hochschule“ seinen Abschluss fand.³⁵⁶ Am 22. März, also nur wenige Tage nach dem Einmarsch, wurden die Lehrenden auf Hitler vereidigt. Von der Vereidigung ausgeschlossen waren jüdische Beamte.³⁵⁷ Die erste Säuberungswelle war zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen. Jede der drei Phasen wurde von einer nochmaligen genaueren Kontrolle der Universitätsangehörigen begleitet, in deren Rahmen weitere, dem nationalsozialistischen System nicht genehme, Personen von ihrem Arbeitsplatz gedrängt wurden.

Jüdische Studierende wurden im ersten Semester nach dem Einmarsch durch „Erlass des Unterrichtsministeriums vom 23. April 1938“³⁵⁸ mit einem zweiprozentigen Numerus clausus belegt, im darauffolgenden Wintersemester durfte nur mehr ein Prozent der Studierenden jüdischer Abstammung sein, bevor ihnen am 11. November 1938 im Zuge des Novemberpogroms das Betreten der Universität komplett verboten wurde.³⁵⁹ Vielen jüdischen Studierenden, wurde damit die Möglichkeit ihr Studium weiter zu führen, genommen. Auch Studierenden, die kurz vor der Beendigung ihrer Studien standen, bzw. nur mehr ihre Abschlussprüfung benötigten, wurden mit diesen Maßnahmen ein erfolgreicher Abschluss verwehrt.³⁶⁰

Der Krieg ließ die geringe Zahl der Studierenden nochmals weiter zurückgehen. Die Maßnahmen im Bereich des Studiums machten eine Hochschulausbildung immer schwieriger und unattraktiver. Daneben wirkte sich die Entfernung der nicht-systemkonformen Personen negativ auf die Universitäten aus. Nur langsam konnte der

³⁵⁶ Für diese Umstrukturierung der Universitäten wurde die Hilfe von reichsdeutschen Beamten in Anspruch genommen. Vgl.: ebd., S. 550.

³⁵⁷ Grundlage für die Vereidigung war das Gesetzblatt für Österreich 3/1938 vom 15. März 1938, der „Kundmachung des Reichstatthalters für Österreich, wodurch der Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Vereidigung der öffentlichen Beamten des Landes Österreich bekanntgemacht wird.“ Darin finden sich auch Definitionen darüber, welche Personen als Juden galten wie im §4: „Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt.“ Vgl.: ÖNB-ANNO+ /Gesetzblatt für das Land Österreich 1938-1940 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=glo&datum=19380004&seite=00000013>; zuletzt abgerufen am 24. 09. 2008.

³⁵⁸ Stadler; Posch; Lausecker; Ingrisch; Forschungsprojekt ‘Arisierung’, 2003, S. 28.

³⁵⁹ ebd., S. 35. Zur Vertreibung der jüdischen Studierenden an der Universität Wien vgl. Posch, Herbert; Ingrisch, Doris; Dressel, Gert; ‘Anschluß’ und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende an der Universität Wien (= Stadler, Friedrich (Hg.); Emigration – Exil – Kontinuität. Schriften zur zeitgeschichtlichen Kultur- und Wissenschaftsforschung, Bd. 8), Wien 2008.

³⁶⁰ Vgl. dazu: ebd., besonders das angeführte Beispiel des Medizinstudenten auf Seite 37.

Studierende der Medizin, die ihr Studium noch beenden konnten, mussten eine Erklärung abgeben, dass sie ihren Beruf auf ‘deutschösterreichischem Staatsgebiet’ nicht nachkommen würden. Vgl.: ebd., S. 38.

‘Aderlass’ im wissenschaftlichen Bereich wieder ausgeglichen werden. Viele Stellen waren vakant, allerdings wurden auch manche Disziplinen ersatzlos gestrichen, wenn sie nicht in das nationalsozialistische Bild der Wissenschaften passten. Trotz der personellen Engpässe wurden ausseruniversitäre Institute in die Hochschulen eingegliedert. Bis 1940 wurde an der Universität Wien ein neues Institut eingerichtet, in den Jahren 1940 bis 1943 wurden weitere acht Institute gegründet,³⁶¹ wobei ein besonderes Augenmerk auf den neuen rassenideologischen Erkenntnissen lag. Dementsprechend mussten sich manche Institute einem inhaltlichen Wandel unterziehen. Trotzdem machten sich die personellen Änderungen im Studienbetrieb kaum bemerkbar, der ohne gröbere Einschränkungen aufrecht erhalten werden konnte.³⁶²

Der NSDStB zeichnete 1932 schon vor, wie ein Studium unter nationalsozialistischer Herrschaft aussehen werde. „Vorbedingung für ein Studium im NS-Staat waren Ahnennachweis, Arbeitsdienstbuch, Gesundheitszeugnis und, wenn möglich, Mitgliedsbuch einer NS-Organisation.“³⁶³ Die körperliche Befähigung stand im Vordergrund und wurde mittels mehrerer Prüfungen im Laufe des Studiums nachgewiesen, von deren positiven Absolvierung die Fortsetzung des Studiums abhing. „Für Studentinnen war zusätzlich ab dem Wintersemester 1938/39 eine Grundausbildung in Luftschutz, erster Hilfe und Nachrichtendienst verpflichtend.“³⁶⁴ Daneben mussten die Studierenden verschiedene Arbeitsdienste, wie die Erntehilfe, ableisten, die mit 1. Jänner 1940 sogar verpflichtend wurden. Aufgrund der anfänglichen verwaltungstechnischen Schwierigkeiten und den fehlenden Plätzen war es anfänglich noch möglich, diesen Maßnahmen zu entkommen. 1941 wurden diese Dienste eine Voraussetzung für die Immatrikulation. Im Juli 1941 wurde der Kriegshilfsdienst für die Studierenden eingeführt und ab 1943 wurden sie zu militärischen Einsätzen herangezogen.³⁶⁵ Ein Fernbleiben war kaum möglich und wurde schwerstens bestraft.

³⁶¹ Der Großteil der nationalsozialistischen universitären Neugründungen wurde nach 1945 übernommen, nur wenige Institute wurden wieder aufgelöst. Wichtige Institutsgründungen der damaligen Zeit waren das Institut für Theaterwissenschaft, das Institut für Zeitungswissenschaft (heute Institut für Publizistik) oder das Institut für Dolmetschausbildung. Vgl. dazu: Saurer, Edith; Institutsneugründungen 1938 – 1945. In: Heiß, Gernot; Mattl, Siegfried; Meissl, Sebastian; Saurer, Edith; Stuhlpfarrer, Karl (Hg.); Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd. 43), Wien 1989, S. 321.

³⁶² Lichtenberger-Fenz; „Es läuft alles in geordneten Bahnen“, S. 12.

³⁶³ ebd., S. 556.

³⁶⁴ ebd., S. 556.

³⁶⁵ Vgl.: Kohler; Verpflichtende Dienste.

Durch die Dauer des Krieges wurden die Universitäten ebenfalls den Kriegszielen untergeordnet und in die Ausbildung entsprechend eingegriffen. So konnten im letzten Kriegsjahr nur mehr kriegswichtige Studienrichtungen inskribiert werden, während der restliche Universitätsbetrieb immer weiter eingestellt wurde. Nur wenigen Lehrenden und Studierenden gelang es, sich dem Kriegsdienst durch ihre Tätigkeit zu entziehen.

7.2 Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm im April 1945 für wenige Tage der Student Kurt Schubert die Leitung der Universität Wien, bevor er sie nach Einberufung einer Professorenversammlung am 25. April an den neugewählten Rektor Ludwig Adamovich abgab. Er blieb aber weiterhin, gemeinsam mit Peter Rubel, für die Koordinierung der Räumungseinsätze der Studierenden verantwortlich.³⁶⁶

Im Mai 1945 wurde die Universität Wien wieder eröffnet, obwohl an einen richtigen Betrieb vor einer Räumung der von Bomben schwer getroffenen Universität nicht zu denken war. Daher wurden auch die Studierenden zum Schuttwegräumen herangezogen. Diese Arbeit stellte gleichzeitig eine Vorbedingung der Inskription dar: „10 Stunden Räumungseinsatz waren dafür notwendig“³⁶⁷.

Die Universität sah sich mit vielerlei Problemen konfrontiert. So kam es durch die heimkehrenden Soldaten, ebenso wie dem Ansturm der im Nationalsozialismus ausgeschlossenen Personen, zu einer Überfüllung, der sie nur schwer Herr werden konnte. Daneben gab es auch verschiedenste verwaltungstechnische Probleme. Ein weiterer Punkt stellte die Entnazifizierung dar. Studierende der drei großen politischen Gruppen entschieden ab 1945 gemeinsam mit dem Rektor über die Zulassung von Studierenden. „Mit dem Nationalsozialistengesetz von 1947 wurden alle Belasteten und Minderbelasteten bis Mitte 1950 vom Studium ausgeschlossen“³⁶⁸. Dabei waren die Bestimmungen für die Studierenden härter als für die Lehrenden, die, wie im Falle Borodajkewycz³⁶⁹, relativ

³⁶⁶ Griesebner; Politisches Feld Universität, S. 70 f; Siehe auch: Mesner, Maria; Posch, Herbert; Studieren und Studierende an der Universität Wien. In: Grandner, Margarete; Heiss, Gernot; Rathkolb, Oliver (Hg.); Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955 (= Querschnitte Bd. 19). Innsbruck, Wien, München, Bozen 2005, S. 63 f. In Hinkunft zitiert als: Mesner; Posch; Studieren und Studierende.

³⁶⁷ Mesner; Posch; Studieren und Studierende, S. 61 f.

³⁶⁸ ebd., S. 65.

³⁶⁹ Taras Borodajkewycz (1902-1984) war Mitglied einer CV-Korporation. Nach Beendigung seines

leicht ihre Tätigkeiten an den österreichischen Universitäten fortsetzen konnten. Denn unter dem Deckmantel der Opferthese konnte sich Österreich einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entziehen und das lästige Übel der Entnazifizierung konnte bald ganz vernachlässigt werden.

Am 3. September 1945 wurde die Österreichische Hochschülerschaft unter Rückgriff auf die austrofaschistische Gesetzeslage eingerichtet. Zur gleichen Zeit konstituierten sich auch die studentischen Zusammenschlüsse neu. Erste Wahlen wurden im November 1946 abgehalten und ergaben eine konservative Mehrheit, die in den ersten Jahrzehnten bestehen bleiben sollte.³⁷⁰

In den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg zeigte sich an den österreichischen Universitäten kaum eine größere Veränderung. Einzig die Kandidatur der nationalen Studierenden mit mehreren Listen ab dem Jahr 1951 und ihre sofortigen Erfolge, eine Liste erhielt 12% der Stimmen bundesweit, brachte eine Koalition mit den ÖVP-Studierenden.³⁷¹ Somit wurde knapp 20 Jahre nach dem Auseinanderbrechen der deutschnational-katholischen Deutschen Studentenschaft die Koalition der beiden Lager wieder errichtet. Die später im Ring freiheitlicher Jugend (RFS) gesammelte nationale Studierendenschaft verlor ab Mitte der 1970er Jahre stetig an Einfluss und Unterstützung der Wählerschaft. Nachdem Mitte der 1980er Jahre die für eine Kandidatur notwendigen Unterstützungsunterschriften nicht aufgebracht wurden, konnte sich der RFS in den 1990er Jahren wieder eine kleine Basis schaffen, mit der er zwischen zwei und drei Mandaten auf der Bundesebene schwankt.³⁷²

Geschichtestudiums 1932 wurde er Assistent unter Heinrich Ritter von Srbik (Srbik (1878-1951) war zwischen Oktober 1929 und September 1930 österreichischer Unterrichtsminister, ab 1938 bis 1945 Reichstagsabgeordneter). 1934 trat er als CV-Mitglied der illegalen NSDAP bei. 1937 wurde er Dozent, ab 1942 lehrte er in Prag. 1943 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen, was durch seinen Protest in eine Verwarnung umgewandelt wurde. 1945 wurde er aus dem CV ausgeschlossen, 1946 wurde er als Minderbelasteter eingestuft. Durch gute Verbindungen zur ÖVP wurde er 1955 zu einem außerordentlichen Professor der Hochschule für Welthandel, die Vorläuferin der heutigen Wirtschaftsuniversität Wien. In dieser Funktion machte er aus seiner nationalsozialistischen Gesinnung keinen Hehl, seine Äußerungen blieben lange Zeit ohne Konsequenzen. Am 31. März 1965 fand sowohl eine Demonstration gegen als auch für Borodajkewycz statt, in dessen Rahmen der Kommunist und Widerstandskämpfer Ernst Kirchwegger von einem Neonazi getötet wurde und somit das erste politische Opfer der Nachkriegszeit darstellt. Trotzdem sollte es noch über ein Jahr dauern, bis Borodajkewycz nach einem von ihm selbst eingeleiteten Disziplinarverfahren im Mai 1966 zwangspensioniert wurde. Vgl.: Heinrich von Srbik <http://de.wikipedia.org/wiki/Srbik>; Taras Borodajkewycz <http://de.wikipedia.org/wiki/Borodajkewycz>; Risse im Context XXI - Der Fall Borodajkewycz <http://www.contextxxi.at/context/content/view/161/93/>; alle zuletzt abgerufen am 14. 08. 2008; Gehler; Studentenverbindungen, S. 374.

³⁷⁰ Mesner; Posch; Studieren und Studierende, S. 66.

³⁷¹ ebd., S. 66.

³⁷² Vgl.: Gehler; Studentenverbindungen, S. 357 f.

Dass die Entnazifizierung sowohl bei den Lehrenden als auch bei den Studierenden zum Teil nur sehr nachlässig vollzogen wurde, zeigt nicht nur das Beispiel Borodajkewycz, sondern auch die hohe Akzeptanz des nationalen Lagers unter den Studierenden. Somit konnten sich die deutschnational eingestellten Studierenden sehr rasch relativ uneingeschränkt an den Hochschulen bewegen. Damit ist es kaum verwunderlich, dass es schon kurz nach dem Krieg wieder zu den Zuständen der Zwischenkriegszeit kam, zumal es eine gewisse Konstante zwischen den politischen Akteuren vor und nach der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich gab. Die mangelnde Entnazifizierung äußerte sich schon 1946 rund um die ersten ÖH-Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg, als es „im Vorfeld zu nationalsozialistischen Ausschreitungen, Beschimpfungen von studierenden KZ-Überlebenden und in der Folge zu Prügeleien“³⁷³ kam. In den kommenden Jahren waren Schlägereien zwischen den katholischen, sozialistischen und nationalistischen Studierenden wieder an der Tagesordnung. Das Bild der Universitäten glich somit jenem aus der Zeit vor der nationalsozialistischen Herrschaft. Auch die Korporationen hielten wieder die Ideale der Zwischenkriegszeit wie Antisemitismus oder die Ablehnung der Begrifflichkeit der ‘Österreichischen Nation’ hoch.³⁷⁴ Der einzige Unterschied war allerdings, dass nun die katholischen, konservativen Studierenden die Mehrheit bildeten, nicht mehr die (deutsch)nationalen. Lange Zeit, bis zur Schaffung eines geeigneten Stipendienwesens und der Einführung des freien Hochschulzugangs, stellten die sozialistischen und linken Studierenden weiterhin eine Minderheit an den Universitäten dar.³⁷⁵

³⁷³ Mesner; Posch; Studieren und Studierende, S. 66.

³⁷⁴ Gehler, Michael; Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hg.) Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (= Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin Bd. 3), Frankfurt/Main 1995, S. 241 f.

³⁷⁵ ebd., S. 66 f.

8. Schlussbetrachtung

Die Geschehnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit lassen erkennen, dass die diskriminierenden und rassistischen Entwicklungen an den österreichischen Hochschulen der Zwischenkriegszeit nicht zufällig passiert sind. Mehrere hier zutage tretende Faktoren wurden über die Jahrzehnte hindurch im studentischen Brauchtum gepflegt und verinnerlicht. Dadurch fehlte den Studierenden ein gewisses Maß an Offenheit. Der Begriff der Toleranz war in diesen Tagen zu einem Fremdwort geworden und die Zustände an den österreichischen Universitäten in der Zwischenkriegszeit spotteten jedes Anspruches einer hohen Schule.

Das von Friedrich Ludwlg Jahn hochgehaltene, und an die Studenten weitergegebene, Ideal des deutschen Volkstums war in seiner Eingeschränktheit, in seiner Überheblichkeit anderen Nationen gegenüber, der Samen, der an den Hochschulen Früchte trug. Die Studenten der Freiheitskämpfe gegen Napoleon wurden die Träger des neuen Geistes, der an den Hochschulen schnell Wurzeln schlug. Konnte der deutsche Gedanke anfänglich noch mit einer österreichischen Identität gepaart werden, gab es keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Punkten, wurde er durch den Krieg von 1866 und der kleindeutschen Lösung so radikalisiert, dass er nunmehr keine anderen Ausprägungen mehr zuließ. Die katholischen Studierenden, die sich ebenfalls zum deutschen Kulturkreis zählten, allerdings weiterhin in Kombination mit einem Bekenntnis zu Österreich und den Habsburgern, wurden schließlich von der Anhängerschaft des deutschen Volkstums angefeindet. Das neue Unverständnis einer Kombination des Deutschen mit dem Österreichischen äußerte sich einzig und allein in exzessiver Gewaltanwendung. Potentiellen Feinden wurde nicht mehr mit Intellekt, sondern mit der Faust entgegen getreten.

Neue Ideen, die an die Universitäten kamen, wurden sofort angefeindet. In der Mitte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts meinten die (deutsch)nationalen Korporationen, die Universitäten und die Wissenschaft gegen die aufkommenden katholischen Studenten verteidigen zu müssen. Wobei der Breite wissenschaftlicher Forschung später die Enge des nationalen Bewusstseins gegenüberstand und sich im Österreich der ausklingenden Monarchie auch die Universitäten für den (deutsch)nationalen Kampf instrumentalisieren ließen.

Um die Jahrhundertwende waren es die sozialistischen Studierenden, die aufgrund der neuen Gedanken angefeindet und bald Opfer der exzessiven Gewaltanwendung wurden. Hatten sie doch dem deutschen Kulturkreis abgeschworen, waren sie international ausgerichtet und wollten eine Gesellschaft, die im absoluten Gegensatz zu dem Ideal der Korporationen stand, welche sich eher mit einem monarchischen oder totalitären Regime anfreunden konnten, als mit der ungeliebten Demokratie.

Als dem deutschen Gedanken völlig konträr angesehen wurde das Judentum, welches zu bekämpfen sich die deutschnationalen Korporationen verschrieben. Im Großteil der Bevölkerung Österreichs hatten sich antisemitische Vorurteile festgesetzt, wodurch die Korporationen mit ihrer Anfeindung auch nicht alleine dastanden und sich des Rückhaltes sicher sein konnten. Daher wurden ohne großem Bedauern auch aus der eigenen Korporation die jüdischen Mitglieder ausgestoßen. Obwohl die meisten Korporierten eine langjährige gemeinsame Zusammenarbeit den gleichen Zielen entgegen verband und in dieser Zeit über die Religion hinweg eine Verständigung möglich war, wurde diese Gemeinschaft durch den Rassegedanken langsam ad absurdum geführt. Denn schließlich verstieß der Ausschluss der jüdischen Korporierten dem Lebensbundprinzip der Verbindungen. In dieser Frage wurde problemlos gegen die eigenen Ideale verstoßen. Die sich daraufhin neugegründeten jüdischen Verbindungen wurden aber immer noch als eine Gefahr angesehen.

Das Ende des Ersten Weltkrieges zerstörte das Selbstbewusstsein der 'österreichischen Deutschen'. Von einem Großstaat quasi über Nacht zur Bevölkerung eines Kleinstaates mutiert, musste dies tiefere Wunden im Selbstverständnis der deutschnationalen Studierenden hinterlassen. Dazu kam, dass ihnen, wie schon 1871, der Zusammenschluss mit den restlichen Deutschen über das Anschlußverbot verweigert wurde. Nach dem Krieg sah sich das neue Österreich isoliert, da es von lauter neugegründeten 'Feindstaaten' umgeben war und die Alliierten als Kooperationspartner durch die Friedensverträge keine Option darstellten. Trotz des Anschlußverbotes wurde dieser Gedanke in der Zwischenkriegszeit nicht aufgegeben, schien doch das Aufgehen im Nachbarstaat die einzige Lösung für den 'lebensunfähigen' Staat und seine Bevölkerung. Eine Abkehr von diesem Gedanken gab es entweder wirklich erst durch die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland oder noch später durch die Erfahrungen und Ernüchterungen in der deutschen Provinz 'Ostmark'.

Als sich das neue austrofaschistische Regime einem ausgeprägten österreichischen Patriotismus verschrieb, der zusätzlich mit der 'österreichischen Mission' gepaart wurde, war dies ein letzter Versuch, auf Distanz zum Nationalsozialismus zu gehen. Allerdings war das aus verschiedenen Traditionen zusammengestellte Konstrukt des österreichischen Patriotismus viel zu kompliziert angelegt, als dass es unter der Bevölkerung schnell und einfach Fuß fassen konnte. Daher konnten die Maßnahmen zur Entwicklung eines Österreichgefühls, nicht greifen und stellten eher einen Schlag ins Wasser dar. Die plötzliche Kombination der Selbstsicht als Deutsche mit der Betonung der österreichischen 'Eigenartigkeit', die Betonung von Österreich als zweiten 'deutschen', aber besseren, Staat, aber auch die Notwendigkeit, sich über das Österreichbewusstsein legitimieren zu müssen, stellten Strategien dar, von denen sich die österreichische Bevölkerung distanzierte. Durch die Abwehr der neuen Ideologie wurden somit „nicht die Abwehrkräfte gegen den Nationalsozialismus“ gestärkt. Vielmehr wurde diese Strategie „zum schnellsten Weg zur Kapitulation vor dem Nationalsozialismus und zum besten für seine Vorbereitung“.³⁷⁶

Unterstützt wurde die ideologische Fehlleistung in den Jahren 1933 bis 1938 von einem nachsichtigen Umgang mit den nationalsozialistischen Teilen in der Bevölkerung. Zwar wurde die NSDAP als erste verboten, doch im Laufe der Jahre wurden die Maßnahmen immer weiter zurückgeschraubt, wodurch sich einschlägige Personen mehr oder weniger frei bewegen konnten. Dadurch war es den NationalsozialistInnen auch möglich den Anschluß vorzubereiten, wodurch Österreich nahtlos von einem faschistischen System ins nächste wechselte.

Das Mißlingen der austrofaschistischen Strategie zeigte sich nicht nur nach dem Anschluß 1938 im Jubel der Bevölkerung, sondern zuvor schon an den österreichischen Universitäten. Die langjährige deutschnationale Tradition machte gerade diese Studierenden gegen die austrofaschistischen Maßnahmen immun, bzw. bestärkten sie diese in ihrer Haltung.

Es konnte somit gezeigt werden, dass die jahrzehntelange Vorherrschaft der deutschnationalen Studierenden, zuerst alleine, später gemeinsam mit den katholischen Korporierten, dazu führte, dass deren Ideologien sich unter den Studierenden, als auch unter den Lehrenden verbreiten und festigen konnten. Wobei die Inhalte nicht nur an den Universitäten existierten, sondern in der gesamten Bevölkerung eine Anhängerschaft

³⁷⁶ Lichtenberger-Fenz; Österreichs Universitäten, S. 10.

hatten. Die Agitation unter den Studierenden vereinfachte sich nach dem Ersten Weltkrieg, als die Deutsche Studentenschaft errichtet wurde und sich damit neue Möglichkeiten der Propaganda ergaben. Als der NSDStB an den österreichischen Universitäten zu den ersten Erfolgen kam, war in ideologischer Hinsicht der Weg für ihn schon bereitet. Die gleichen Inhalte und Ziele führten zwischen den deutschnationalen Richtungen zu keinem Konkurrenzdenken, sondern vielmehr zu einer Zusammenarbeit, die schließlich in einem Aufgehen der deutschnationalen Korporationen in den nationalsozialistischen Einrichtungen endete. Einzig die katholischen Verbindungen versuchten auf Distanz zum NSDStB zu gehen, was durch die inhaltliche Nähe nur nach dem Verbot des Studentenbundes gelang. Inhaltlich versuchten sie sich mittels der Betonung des österreichischen von den NationalsozialistInnen abzugrenzen, allerdings stießen sie damit unter den Studierenden mehrheitlich auf Ablehnung. Es gelang ihnen nicht, eine breitere Unterstützung an den Universitäten zu erlangen. Die nationalsozialistischen Studierenden konnten trotz ihres Verbotes in der austrofaschistischen Zeit immer offener und offensiver agieren und unter den KollegInnen agitieren, bis spätestens im Februar 1938 klar wurde, dass die österreichischen Universitäten im nationalsozialistischen Lager standen.

Literaturverzeichnis

Amt der NÖ Landesregierung, Abt. III/-Kulturabteilung (Hg.); Gaudeamus igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Schallaburg 28. Mai bis 18. Oktober 1992 (Ausstellungskatalog) (= Katalog des NÖ Landesmuseums Neue Folge Nr. 296), Wien 1992.

Austria Wien (Hg.); 100 Jahre CV-Gedanke. 80 Jahre Austria Wien. Festschrift anlässlich der CVV 1956 in Wien, Wien 1956.

Binder, Dieter; Der Weg der Studentenschaft in den Nationalsozialismus, In: Brüner, Christian; Konrad, Helmut (Hg.); Die Universität und 1938, Wien, Köln, 1989.

Bleuel, Hans Peter; Klinnert, Ernst; Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologie - Programme - Aktionen 1918-1935, Gütersloh 1967.

Bruckmüller, Ernst; Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (= Brüner, Christian; Mantl, Wolfgang; Welan, Manfred (Hg.); Studien zu Politik und Verwaltung Bd. 4); 2., erg. und erw. Aufl. Wien, Köln, Graz 1996.

Dachs, Herbert; Das Parteiensystem. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 143-159.

Dachs, Herbert; „Austrofaschismus“ und Schule. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 282-296.

Davy, Ulrike; Vašek, Thomas; Der „Siegfrieds-Kopf“. Eine Auseinandersetzung um ein Denkmal in der Universität Wien, Wien 1991.

Deutsche Studentenschaft der Universität Wien (Hg.); Wiener Universitäts-Führer für das Studienjahr 1930/31.

Dostal, Thomas; Die Großdeutsche Volkspartei. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 195-206.

Dvorak, Helge; 115 Jahre Burschenschaften in Österreich. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.); Die Vorträge der ersten österreichischen Studentenhistorikertagung Wien 1974 (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Bd. 2), Wien 1975, S. 27-42.

Egert, Eveline; Die Durchsetzung des völkischen Prinzips in der „Deutschen Studentenschaft“ als Problem zwischen den deutschen und österreichischen Studenten 1919 bis 1927. In: Österreichischer Verein für Studentengeschichte (Hg.); Die Vorträge der ersten österreichischen Studentenhistorikertagung Wien 1974 (= Beiträge zur Österreichischen Studentengeschichte Bd. 2), Wien 1975, S. 57-68.

Faust, Anselm; Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Band 1, Düsseldorf 1973.

Faust, Anselm; Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Band 2, Düsseldorf 1973.

Fenz, Brigitte; Volksbürgerschaft und Staatsbürgerschaft. Das Studentenrecht in Österreich 1918 – 1932, Diss. Wien 1977.

Fischer, Marina; Strasser, Hermann; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten, Wien 1973.

Fischer, Marina; Strasser, Hermann; Selbstbestimmung und Fremdbestimmung der österreichischen Universitäten. Anhang: Teil C, Wien 1973.

Gall, Franz; Alma Mater Rudolphina 1365-1965. Die Wiener Universität und ihre Studenten, Wien 1965.

Garscha, Winfried R.; Nationalsozialisten in Österreich 1933 – 1938. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 100-120.

Gehler, Michael; Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938 (= Steininger, Rolf (Hg.); Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 6), Innsbruck, 1990.

Gehler, Michael; Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit. In: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hg.) Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (= Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin Bd. 3), Frankfurt/Main 1995, S. 236-263.

Gehler, Michael; Korporationsstudenten und Nationalsozialismus in Österreich. Eine quantifizierende Untersuchung am Beispiel der Universität Innsbruck 1918-1938. In: Heither, Dietrich; Gehler, Michael; Kurth, Alexandra; Schäfer, Gerhard; Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt am Main 1997, S. 131-158.

Gehler, Michael; Österreichische Studentenvereine und Korporationen. Ein Überblick von den Anfängen im 19. Jh. Bis ins 20. Jh.: Entstehungsbedingungen – Zielsetzungen – Wirkungsgeschichte. In: Brandt, Harm-Hinrich; Stickler, Matthias (Hg.); „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (= Wagner, Ulrich (Hg.); Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg Bd. 8), Würzburg 1998, S. 173-205.

Gehler, Michael; Studentenverbindungen und Politik an Österreichs Universitäten. Ein historischer Überblick unter besonderer Berücksichtigung des akademischen Rechtsextremismus vom 19. Jahrhundert bis heute. In: Reinalter, Helmut; Petri, Franko; Kaufmann, Rüdiger (Hg.); Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, Innsbruck 1998, S. 338-428.

Gehler, Michael; Die Geschichte der Studentenvereine in Österreich von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. In: Pelinka, Anton; Reinalter, Helmut (Hrsg.); Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938 (= Interdisziplinäre Forschungen Bd. 10), Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002, S. 58-69.

Griesebner, Andrea; Politisches Feld Universität. Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990, Dipl., Wien 1990.

Grüttner, Michael; Die Korporationen und der Nationalsozialismus. In: „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg Bd. 8), Würzburg 1998, S. 125-143.

Haas, Hanns; Staats- und Landesbewußtsein in der Ersten Republik. In: In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 472-487.

Hacks, Peter; Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg, Berlin, Weimar 1991.

Hanisch, Ernst; Einleitung. Das politische System Erste Republik / Zwei Erklärungsmodelle. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 1-7.

Hein, Robert; Studentischer Antisemitismus in Österreich. (= Beiträge zur österreichischen Studentengeschichte Band 10), Wien 1984.

Heindl, Waltraud; Zur Entwicklung des Frauenstudiums in Österreich. In: Heindl, Waltraud; Tichy, Marina (Hg.); „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“ Frauen an der Universität Wien (ab 1897) (= Hamann, Günther; Mühlberger Kurt; Skacel, Franz (Hg.); Schriftenreihe des Universitätsarchivs Universität Wien Bd. 5), Wien ²1993, S. 17-26.

Heither, Dietrich; Gegner der Weimarer Demokratie. In: Heither, Dietrich; Gehler, Michael; Kurth, Alexandra; Schäfer, Gerhard; Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt am Main 1997, S. 77-112.

Höflechner, Walter; Wissenschaft, Hochschule und Staat in Österreich bis 1938. In: Brüner, Christian; Konrad, Helmut (Hg.); Die Universität und 1938, Wien, 1989.

Jagschitz, Gerhard; Die Jugend des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuss. Ein Beitrag zur geistig-politischen Situation der sogenannten „Kriegsgeneration“ des 1. Weltkrieges, Diss., Wien 1967.

Jagschitz, Gerhard; Die Nationalsozialistische Partei. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 231-244.

Jahn, Friedrich Ludwig; Deutsches Volkstum, Berlin, Weimar 1991.

Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1935-1936, Wien 1935.

Juen, Markus; Waffenstudenten und katholische Korporationen an der Universität Wien 1918 – 1938. Versuch einer Bestandsaufnahme, Dipl., Wien 1994.

Königseder, Angelika; Antisemitismus 1933 – 1938. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 54-65.

Kohler, Mathilde Anna; 'Irgendwie windet man sich durch, mit grossem Unbehagen'. Verpflichtende Dienste und Arbeitseinsätze der Studentinnen an der Universität Wien 1938-1945. Diplomarbeit, Wien 1991.

Kraus, Erich; Wenzel Gleispach und die Österreichische Hochschulpolitik in der Zwischenkriegszeit, Diss., Wien 1976.

Krause, Peter; „O alte Burschenherrlichkeit“. Die Studenten und ihr Brauchtum, Graz, Wien 1979.

Kultur- und Bildungsinstitut im Auftrage des Sachwalters der Hochschülerschaft Österreichs (Hg.); Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1934/35, Wien 1934.

Leitner, Erich; Politik und Hochschule. Der CV in der Steiermark 1918-1938, Wien 1978.

Lichtblau, Albert; Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 454-471.

Lichtenberger-Fenz, Brigitte; Österreichs Universitäten und Hochschulen – Opfer oder Wegbereiter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft? (Am Beispiel der Universität Wien). In: Heiß, Gernot; Mattl, Siegfried; Meissl, Sebastian; Saurer, Edith; Stuhlpfarrer, Karl (Hg.); Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd. 43), Wien 1989, S. 3-16.

Lichtenberger-Fenz, Brigitte; „... Deutscher Abstammung und Muttersprache“. Österreichische Hochschulpolitik in der Ersten Republik, Wien, Salzburg 1990.

Lichtenberger-Fenz, Brigitte; „Es läuft alles in geordneten Bahnen“. Österreichs Hochschulen und Universitäten und das NS-Regime. In: Tálos, Emmerich; Hanisch, Ernst; Neugbauer, Wolfgang; Sieder, Reinhard (Hg.); NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Nachdruck Wien 2001, S. 549-569.

Maderthaler, Wolfgang; Die Sozialdemokratie. In: Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 177-194.

Massiczek, Albert; Die Situation an der Universität Wien März/April 1938. In: Czeike, Felix (Hg.); Wien 1938 (=Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte Band 2), Wien 1978, S. 216-229.

Mesner, Maria; Posch, Herbert; Studieren und Studierende an der Universität Wien. In: Grandner, Margarete; Heiss, Gernot; Rathkolb, Oliver (HG.); Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955 (= Querschnitte Bd. 19). Innsbruck, Wien, München, Bozen 2005, S. 54-67.

Mikoletzky, Juliane; „Von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung“. Die Technische Hochschule in Wien und der Nationalsozialismus, Wien 2003.

Molisch, Paul; Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918, Wien 1939.

Mühlberger, Kurt; Maisel, Thomas; Rundgang durch die Geschichte der Universität Wien. Ausstellung im Rahmen der Präsentation der Universität Wien in Brünn vom 19. Oktober bis 12. November 1995, Wien 1995.

Neuhäuser, Stephan (Hg.); „Wir werden ganze Arbeit leisten...“. Der austrofaschistische Staatsstreich 1934, Norderstedt 2004.

Obermüller, Heinrich; Verboten und verfolgt. Katholische Verbindungen an mittleren und höheren Schulen im deutschsprachigen Sprachraum. 1. Teil. Von den Anfängen bis 1918, Wien 1991.

Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien Wintersemester 1927/28.

Öffentliche Vorlesungen an der Universität zu Wien im Zeitraum Sommersemester 1933 bis einschließlich Wintersemester 1937/38.

Pauley, Bruce F.; Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Posch, Herbert; Studierende und die Universität Wien in der Dauerkrise 1918 bis 1938. In: Posch, Herbert; Ingrisch, Doris; Drossel, Gert; ‘Anschluss’ und Ausschluss 1938. Vertriebene und verbliebene Studierende an der Universität Wien (= Stadler, Friedrich

(Hg.); Emigration – Exil – Kontinuität. Schriften zur zeitgeschichtlichen Kultur- und Wissenschaftsforschung, Bd. 8), Wien 2008, S. 61-97.

Rathkolb, Oliver; Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005.

Rehberger, Robert; CV und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur österreichischen und deutschen Studentengeschichte (= Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung der Studentengeschichte Bd. 2), Wien 1967.

Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs, Der (Hg.); Hochschulführer für Abiturenten, Wien 1936.

Saurer, Edith; Institutsneugründungen 1938 – 1945. In: Heiß, Gernot; Mattl, Siegfried; Meissl, Sebastian; Saurer, Edith; Stuhlpfarrer, Karl (Hg.); Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd. 43), Wien 1989, S. 303-321.

Schäfer, Gerhard; Die frühe Burschenschaftsbewegung. In: Heither, Dietrich; Gehler, Michael; Kurth, Alexandra; Schäfer, Gerhard; Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt am Main 1997, S. 14-53.

Speiser, Wolfgang; Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938. (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 40), Wien 1986.

Stadler, Friedrich; Posch, Herbert; Lausecker, Werner; Ingrisch, Doris; Forschungsprojekt „'Arisierung', Berufsverbote und 'Säuberungen' an der Universität Wien. Ausschluss und Vertreibung 'rassisch' und/oder politisch oder in anderer Weise verfolgter Lehrender und Studierender 1938/39“ Endbericht, Wien 2003.

Staudinger, Anton; Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. In: Tálos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hg.); Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933-1938 (= Tálos, Emmerich; Finck, Marcel; Politik und Zeitgeschichte Bd. 1), 5., völlig überarb. und erg. Aufl. Wien 2005, S. 28-52.

Steindl, Astrid; Die Akademischen Nationen an der Universität Wien. In: Mühlberger, Kurt; Maisel, Thomas (Hg.); Aspekte der Bildungs- und Universitätsgeschichte. 16. bis 19. Jahrhundert (= Schriftenreihe des Universitätsarchivs Universität Wien, Bd. 7), Wien 1993, S. 15-39.

Steiner, Olivia; Zur Entstehung der Basisgruppenliste Geisteswissenschaften an der Universität Wien. Eine qualitativ-empirisch gestützte Annäherung unter besonderer Berücksichtigung der Apperzeption von Basisdemokratie, Dipl., Wien 2005.

Stichweh, Rudolf; Soziologie des Vereins. Strukturbildung zwischen Lokalität und Globalität. In: Brix, Emil; Richter, Rudolf (Hg.); Organisierte Privatinteressen. Vereine in Österreich, Wien 2000, S. 19-30.

Stimmer, Gernot; Studentische Gruppierungen und Nationalsozialismus. Im Spannungsfeld zwischen Begeisterung für und Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Krause, Peter; Fritz, Herbert (Hg.); Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (= Tradition und Zukunft Bd. 3), Wien 1997.

Trauner, Karl Reinhart; Die Los-von-Rom= Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie, Diss., Wien 1997.

Weingand; Hans-Peter; Winkler, Werner; Diese Welt muss unser sein. Die sozialistische Studierenden in Graz 1919-1991, Graz 1992.

Weiß, Hermann; Personenlexikon 1933-1945, Wien 2003.

Wettstein Ritter von Westersheim, Richard; Rechenschaftsbericht über die Einrichtung eines Verwundetenspitals in der K. K. Universität. Erstattet im Namen der Spitalskommission des akademischen Senates und der Spitalsverwaltung, Wien 1914.

Witzmann, Erich; Der Anteil der waffenstudentischen Verbindungen an der völkischen und politischen Entwicklung 1918-1938, Diss., Wien 1940.

Volkman, Hellmut; Die Deutsche Studentenschaft in ihrer Entwicklung seit 1919, Leipzig 1925.

Weinzierl, Erika; Universität und Politik in Österreich. Antrittsvorlesung gehalten am 11. Juni 1968 an der Universität Salzburg (= Salzburger Universitätsreden Heft 33), Salzburg, München 1969.

Zaubauer, Wolfgang; Studenten und Politik an der Universität Wien 1918-34, Dipl., Wien 2004.

Zoitl, Helge; „Student kommt von Studieren!“ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (= Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 62), Wien, Zürich 1992.

Ungedruckte Quellen

Scheit, Gerhard; Siegfrieds Nase. Über die Neuaufstellung des „Siegfriedskopfes“ im Arkadenhof der Wiener Universität.

Wahlordnung der Kammer der Deutschen Studentenschaft (D.St.) der Universität Wien.
In: Satzungen der deutschen Studentenschaft der Universität Wien.

Internetquellen

Gesetzestexte

ÖNB-ANNO+ /Reichsgesetzblatt 1849-1918

2. Beilage zu RGBI 416/1849

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000750>; abgerufen am 22. 09. 2008.

RGBI 105/1863

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18630004&seite=00000368>; abgerufen am 28. 06. 2008.

ÖNB-ANNO+ /Staatsgesetzblatt 1918-1920

StGBI 5/1918

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=sgb&datum=19180004&seite=00000004>; abgerufen am 03. 08. 2008.

StGBI 91/1918

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=sgb&datum=19180004&seite=00000129&zoom=2>; abgerufen am 05. 06. 2008.

StGBI 460/1919

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=sgb&datum=19190004&seite=00001110>; zuletzt abgerufen am 04. 08. 2008.

ÖNB-ANNO+ /Bundesgesetzblatt 1920-1934

BGBI 546/1922

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19220004&seite=00001022&zoom=2>; abgerufen am 28. 09. 2008.

ÖNB-ANNO+ /Bundesgesetzblatt 1934-1938

BGBI 266/1935

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19350004&seite=00000965>; abgerufen am 01. 07. 2008.

BGBI 267/1935

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19350004&seite=00000966>; abgerufen am 01. 07. 2008.

ÖNB-ANNO+ /Gesetzblatt für das Land Österreich 1938-1940

GBIfÖ 3/1938

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=glo&datum=19380004&seite=00000013>; abgerufen am 24. 09. 2008.

Wikipediaeinträge

Taras Borodajkewycz

<http://de.wikipedia.org/wiki/Borodajkewycz>, abgerufen am 14. 08. 2008.

Verhältnisvertrag - Wikipedia

<http://de.wikipedia.org/wiki/Cartell>; abgerufen am 25. 06. 2008.

Damenverbindung

<http://de.wikipedia.org/wiki/Damenverbindung>; abgerufen am 25. 06. 2008.

Dachverband

<http://de.wikipedia.org/wiki/Dachverband>; abgerufen am 25. 06. 2008.

Heinrich Drimmel

http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Drimmel; abgerufen am 04. 08. 2008.

Otto Glöckel

http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Gl%C3%B6ckel; abgerufen am 04. 08. 2008.

Friedrich Ludwig Jahn

http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Ludwig_Jahn; abgerufen am 01. 08. 2008.

Kartellverband katholischer nichtfarbtragender akademischer Vereinigungen Österreichs

http://de.wikipedia.org/wiki/Kartellverband_katholischer_nichtfarbentragender_akademischer_Vereinigungen_%C3%96sterreichs; abgerufen am 27. 06. 2008.

Lebensbund

<http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensbund>; abgerufen am 25. 06. 2008.

Los-von-Rom-Bewegung

<http://de.wikipedia.org/wiki/Los-von-Rom-Bewegung>; abgerufen am 27. 06. 2008.

Österreichischer Cartellverband

<http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96CV>; abgerufen am 05. 06. 2008.

Schillerfest

<http://de.wikipedia.org/wiki/Schillerfeier>; abgerufen am 28. 03. 2008.

Fritz Schwind

http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Schwind; abgerufen am 22. 09. 2008.

Heinrich von Srbik

<http://de.wikipedia.org/wiki/Srbik>, abgerufen am 14. 08. 2008.

Universitätsarchiv

<http://www.univie.ac.at/archiv/rg/1.htm>; abgerufen am 28. 03. 2008.

<http://www.univie.ac.at/archiv/rg/2.htm>; abgerufen am 28. 03. 2008.

<http://www.univie.ac.at/archiv/rg/4.htm>; abgerufen am 28. 03. 2008.

<http://www.univie.ac.at/archiv/rg/18.htm>; abgerufen am 28. 03. 2008.

Weitere Internetseiten

Kretschmayr, Heinrich

<http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.k/k819243.htm>; abgerufen am 28. 09. 2008.

ORF ON Science – Uni Wien: „Siegfriedskopf“ wechselt Standort

<http://science.orf.at/science/news/145111>; abgerufen am 04. 07. 2008.

August von Kotzebue

<http://www.augustvonkotzebue.de/>; abgerufen am 26. 06. 2008.

Risse im Context XXI - Der Fall Borodajkewycz

<http://www.contextxxi.at/context/content/view/161/93/>; abgerufen am 14. 08. 2008.

Künstlerisch gestaltet, wissenschaftlich aufgearbeitet: „Siegfriedskopf“ im Arkadenhof

<http://www.dieuniversitaet-online.at/beitraege/news/kuenstlerisch-gestaltet-wissenschaftlich-aufgearbeitet-siegfriedskopf-im-arkadenhof/10/neste/80.html>; abgerufen am 15. 08. 2008.

Friedrich Ludwig Jahn - ein kurzer Lebenslauf

<http://www.fljahn-oberschule.cidsnet.de/zeitung/aus08/fljh.htm>; abgerufen am 01. 08. 2008.

Friedrich-Ludwig-Jahn-Förderverein

<http://www.jahn-museum.de/>; abgerufen am 01. 08. 2008.

Porträt: Friedrich Ludwig Jahn

<http://www.luise-berlin.de/BMS/bmstxt97/9701porb.htm>; abgerufen am 01. 08. 2008.

ÖCV online

<http://www.oecv.at/?page=01-01-02-02>; abgerufen am 06. 06. 2008.

ÖH – Österreichische HochschülerInnenschaft

<http://www.oeh.ac.at/>; abgerufen am 22. 09. 2008.

Arbeitsbereiche

<http://www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche.html>; abgerufen am 22. 09. 2008.

Dollfuß in „Schlacht gegen Hitler gefallen“

<http://www.orf.at/080310-22766/index.html>; abgerufen am 02. 07. 2008.

Otto Glöckel | Biografie von Otto Glöckel

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00412/pad_00412.shtml; abgerufen am 04. 08. 2008.

Dr. Josef Klaus | Biografie von Dr. Josef Klaus

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00810/pad_00810.shtml; abgerufen am 28. 09. 2008.

Rafael Pacher | Biografie von Raphael Pacher

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01146/pad_01146.shtml; abgerufen am 22. 09. 2008.

Dr. Hans Pernter | Biografie von Dr. Hans Pernter

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01180/pad_01180.shtml; abgerufen am 23. 09. 2008.

Österreichischer Verein für Studentengeschichte

http://www.studentengeschichte.at/02_Studentengeschichte/studentengeschichte.htm,
abgerufen am 15. 08. 2008.

:: VSSStÖ :: Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs >> wir über uns

<http://www.vsstoe.at/default.asp?Hauptmenue=1&Untermeneue=3>; abgerufen am 02. 07. 2008.

LEBENS LAUF

Geboren	09. Juni 1978
1984-1988	Volksschule Wien 10 Ettenreichgasse 45b
1988-1996	BundesRealGymnasium Wien 10 Laaerbergstrasse 1
Juni 1996	Matura-Abschluss mit Schwerpunkt Geschichte
Jän.`97-Aug.`97	Absolvierung des Grundwehrdienstes
Sept. 1998-Juni 2005	Mitarbeit in der Institutsgruppe (IG)/Studienrichtungsvertretung (StRV) Geschichte, der Fakultätsvertretung Geistes- und Kulturwissenschaften.
Juli 2001-Juni 2003	gewählter Studienrichtungsvertreter der Studienrichtung Geschichte an der Uni Wien
Juli-Sept. 2001	Sachbearbeiter im Referat für Aus- und Fortbildung der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den studentischen Vertretungsorganisationen in der Zwischenkriegszeit und ihren AkteurInnen, den (deutsch)nationalen und katholischen Korporationen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die These, wonach die Korporationen ideologisch den Boden der Universitäten für den Nationalsozialismus bereitet haben. Dazu wird die Geschichte des Korporationswesens im 19. Jahrhundert und die Entstehung der unterschiedlichen Ausrichtungen in Österreich näher betrachtet.

Trotz der ideologischen und weltanschaulichen Gegensätze bildeten die deutschnationalen und katholischen Korporationen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Konglomerat, das maßgeblichen Einfluss auf die Bildung und Ausgestaltung der ersten Studierendenvertretung an der Universität Wien, der Deutschen Studentenschaft, hatte. Ihre schon in diesem Rahmen zutage tretenden diskriminierenden Ansichten fanden sowohl unter den Lehrenden als auch von staatlicher Seite breite Unterstützung, mit Ausnahme der Zeit des sozialdemokratisch geführten Unterrichtsministeriums 1919 bis 1920. Die korporierten Studierenden verbreiteten ihre diskriminierenden Ansichten aber nicht nur an den österreichischen Universitäten, sondern auch im Rahmen der staatenübergreifenden Dachorganisation der Deutschen Studentenschaft (DSt.), einem Zusammenschluss der Studierendenvertretungen Deutschlands, Österreichs, des Sudetenlands und Danzigs. In diesem konnten die nationalsozialistischen Studierenden nach den ersten Wahlerfolgen Ende der 1920er Jahre erstmals 1931 die Führung übernehmen. In weiterer Folge wurde die DSt. nach nationalsozialistischen Vorstellungen umgestaltet und die bis dahin leitenden Korporierten verdrängt. Dieser Prozess war mit der Machtergreifung der NSDAP in Deutschland im Jahre 1933 abgeschlossen.

Auch in Österreich konnte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) zu Beginn der 1930er Jahre Erfolge bei den universitären Urnengängen erzielen. Einem weiteren Vordringen wurde von Seiten des austrofaschistischen Regimes 1933 mit dem Verbot der nationalsozialistischen Einrichtungen und der Auflösung der Deutschen Studentenschaft ein Riegel vorgeschoben. Die daraufhin folgenden starken Eingriffe in die Universitäten - in erster Linie der vom Regime anstatt der Deutschen Studentenschaft eingesetzten Sachwalterschaft der Österreichischen Hochschülerschaft - konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass den nationalsozialistischen Umtrieben nicht Einhalt geboten werden konnte. Trotz des Verbotes konnten sie unter dem Deckmantel der deutschnationalen Korporationen weiterhin ungestört unter den Studierenden für ihre Ziele agitieren, zuerst verdeckt, ab Mitte des Jahres 1937 auch immer offener, bis mit dem Anschluß Österreichs ihre Ziele erreicht waren.

Zur Untermauerung der eingangs formulierten These werden einerseits die beiden unterschiedlichen Organisationsformen der Deutschen Studentenschaft sowie der Sachwalterschaft und andererseits ihre jeweiligen inhaltlichen Ausrichtungen hinsichtlich dreier zentraler Ideologeme (Anschlussgedanke, Antisozialismus und Antisemitismus) untersucht, welche die Korporationen mit den Nationalsozialisten weitestgehend teilten.